

DIE WELTWOCH



Über den Wolken

Vom Nachbarschaftsstreit zum Bankenbeben: Was ist mit der CS los?

Von Beat Gygi und Roger Köppel

Subcomandante Cédric

Vom Hausbesetzer zum salonlinken Staatsmann. *Von Philipp Gut*

Sabotage am Amazonas

Warum die peruanischen Indianer den Regenwald verschmutzen.

Eine Reportage von Alex Baur

Robert Nef
Ist der Liberalismus
am Ende?

4 194407 006904 40



Aus Liebe zum Dorf, wo der Rocker Sirup trinkt.



Wenn im Herbst in Vex VS die Quitten an den Bäumen leuchten, dann hat Rocker Marco Antognini nur noch das Blubbern seines Sirup-Kochers in den Ohren. Und wie seinen Sirup beziehen wir all unsere rund 10 000 «Feins vom Dorf»-Produkte direkt aus dem Dorf und seinen Nachbardörfern. Hergestellt von Produzenten, die wir persönlich kennen. Genauso wie unsere Kundinnen und Kunden. Aus Liebe zum Dorf.

volg.ch/dorfgeschichten

Volg
frisch und fründlich



Nichts ist, wie es scheint: Awajún-Aktivist Shajian mit Reporter Baur (l.).

Cédric Wermuth ist überall. Der ehemalige Einheber der Juso führt im Aargau einen bemerkenswerten Ständeratswahlkampf. Seine Kampagne ist hochprofessionell und hat schon über 300 000 Franken an Spenden eingebracht. Bei seinen Auftritten gibt er sich nahbar und konzilient. Doch im Kern ist er ein überzeugter Marxist geblieben, wie Philipp Gut zeigt. Er hat Wermuth begleitet und festgestellt, dass sich der fulminante Hochglanz-Revolutzer sogar die Augenbrauen zupfen lässt. **Seite 26**

Zu seinem Unglück erklärte sich der Psychiater Roland Kuhn (1912–2005) zur Übergabe seines umfangreichen wissenschaftlichen Nachlasses ans Thurgauer Staatsarchiv bereit. Kaum waren die Kisten in Frauenfeld angekommen, lieferte Staatsarchivar André Salathé einzelne Dokumente an ausgewählte Journalisten aus. Diese produzierten in der Folge Schlagzeilen über Menschenmassenversuche und herangekarrte Heimkinder, ja über Dutzende von Todesopfern. Die Thurgauer Regierung liess untersuchen; jetzt hat eine Historikerkommission ihre Ergebnisse vorgelegt. Christoph Mörgeli unternimmt eine Ehrenrettung von Roland Kuhn, der in der abgelegenen Münsterlinger Psychiatrie Begründer der medikamentösen Behandlung von Depressionen wurde. **Seite 36**

Redaktor Alex Baur und der peruanische Fotograf Alex Kornhuber haben das Amazonas-Becken schon mehrmals bereist. Seit Jahren dokumentiert Kornhuber die Konflikte um die Erdölpipeline, die in Peru über Hunderte von Kilometern dem Oberlauf des Amazonas folgt. Trotzdem war ihre Reise zu den Awajún-Indianern, welche die Erdölförderung mit Sabotageakten fast zum Stillstand gebracht haben und ihre eigenen Territorien dabei systematisch verseuchten, voller Überraschungen. Nichts ist, wie es scheint. Letztlich verlangen die amerikanischen Ureinwohner aber nicht mehr als das,

was allen Menschen zusteht: Bildung, medizinische Versorgung, Arbeit – den Anschluss an die Zivilisation. **Seite 48**

Das institutionelle Abkommen mit der EU liegt fertig ausgehandelt zur Unterschrift bereit. Auch wenn Bundespräsident Ueli Maurer den Rahmenvertrag kürzlich für «tot» erklärte, befürchten andere, dass er nach den Wahlen wieder sehr lebendig sein wird. Auf diese Debatte sollte

sich die Schweiz gefasst machen. Dieser Ausgabe liegt daher eine kommentierte Fassung des Rahmenvertrages bei, damit zumindest die *Weltwoche*-Leser darauf bestens vorbereitet sein werden.

Eine besondere Auszeichnung darf unsere Kolumnistin Tamara Wernli entgegennehmen. Die Jungfreisinnigen des Kantons Zürich würdigen sie mit dem 20. Liberal Award. Die Politiker sehen in Wernlis Arbeit «eine willkommene und nötige Abwechslung in Zeiten der journalistischen Einöde und der engstirnigen Betrachtung der Gesellschaft». Dem können wir nur beistimmen und gratulieren unserer Kollegin herzlich! In dieser Ausgabe ist sie gleich mit zwei Texten präsent. **Seite 18 und 66**

Ihre Weltwoche

GESTRESST? ÜBERFORDERT? ERSCHÖPFT?

ZEIT FÜR EINE AUSZEIT.

Bei uns finden Sie das ideale Umfeld
und ein umfassendes medizinisches
Angebot dafür.



SEEKLINIKBRUNNEN

Seeklinik Brunnen | Gersauerstrasse 8 | 6440 Brunnen
T 041 825 48 48 | www.seeklinik-brunnen.ch

Ein Klinikum der AMEOS Gruppe

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 346.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (*Wirtschaft*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion: Michael Bahnnerth, Alex Baur, Erik Ebner, Katharina Fontana, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Florian Schwab, Roman Zeller

Redaktionelle Mitarbeiter: Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Andreas Honegger, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Wolfgang Koydl, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Linus Reichlin, Thomas Renggeli, Chris von Rohr, Peter Ruch, Peter Rüedi, Thilo Sarrazin, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Claudia Schumacher, Hildegard Schwaninger, Eugen Sorg, Sacha Verna (*New York*), Tamara Wernli, Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*), Karin Erdmann
Bildredaktion: Jasmin Karim (*Assistentin*)
Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Sandra Noser, Beat Zaugg, Dieter Zwicky
Website: Alex Merz, Tim Tassonis
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga Huber

Verlag:
Verlagsleiter: Sandro Gianini
Anzeigenverkauf: Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: GLA United
Tarife und Buchungen: weltwoche@gla-united.com

Betriebsleiter: Guido Bertuzzi
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

The Breitling Cinema Squad
Charlize Theron
Brad Pitt
Adam Driver



AIR
LAND
PREMIER
SEA



BREITLING
1884

#SQUADONAMISSION

BREITLING BOUTIQUE
GENEVA • LAUSANNE • LUCERNE
ST. MORITZ • ZERMATT • ZURICH

Mehr Fantasie

Wie aus einem Nachbarschaftsstreit ein Bankenbeben wurde.

Von Roger Köppel

Um es vorneweg zu sagen: Ich bin für den Schweizer Finanzplatz. Ich habe die Grossbanken immer gegen falsche und übertriebene Vorwürfe verteidigt. Das reflexhafte Bankenbashing vieler Journalisten geht mir auf die Nerven.

In keinem Land ausser der Schweiz wäre es denkbar, dass die Finanzindustrie, einst der Stolz der Eidgenossenschaft und eine wichtige Wohlstandsquelle obendrein, von den eigenen Leuten, Politikern und Medienschaffenden so selbstquälerisch verleumdet und mit Untergangsbegeisterung kaputtgeschrieben wird.

Natürlich gab und gibt es für Kritik gute Gründe, aber das, was daraus gemacht wurde, wirkt sich bis heute verheerend aus. Weil ein paar Manager versagten, wurde eine ganze Industrie an die Kette gelegt. Die Linken triumphierten, unterstützt von vielen Nichtlinken.

Faktisch führt heute der Staat mit seinen Kontrollorganen den Schweizer Finanzplatz. Juristen und Compliance-Offiziere, Bürokraten und Beamte geben den Takt vor. Kein Bänkler kann es sich noch erlauben, das Haus ohne einen Anwalt zu verlassen. Die ganze Industrie steckt im Stahlzwinger staatlicher Bevormundung.

Und ich bin sicher: Die jüngste Affäre um die Grossbank Credit Suisse ist Wasser auf die Mühlen derer, die nicht ruhen, bis alle Banken unter totaler staatlicher Knute sind. Das ist das Beelendende an dieser Geschichte eines multiplen, neuerlichen Managementversagens. Sie macht die einst stolze Branche erneut zum Gespött. Profitieren werden wohl die Falschen.

Was eigentlich ist passiert? Fassungslos, einige amüsiert, andere verärgert, versuchen wir uns einen Reim darauf zu machen, wie es möglich war, dass bei der ruhmreichen Schweizer Grossbank Credit Suisse ein banaler Nachbarschaftsstreit unter zwei Topshots zu einem nationalen Bankenbeben führen konnte.

Anlass, wenn auch nicht der Grund war ein Zwist zwischen Iqbal Khan, dem damaligen Chef der weltweiten CS-Vermögensverwaltung, und CEO Tidjane Thiam. Der Zufall oder Schicksal hatte beide zu Nachbarn in der schönen Zürcher Vorortsgemeinde Herrliberg gemacht. Thiam war zuerst da, ein paar Monate später kam Khan, ausgerechnet auf das direkt angrenzende Grundstück.

Der Chef neben seinem besten Angestellten, der CEO neben dem aufstrebenden

Jungstar, der in den Medien bereits als Nachbar seines Nachbarn gehandelt wird: Das hätte auch weniger feinsinnige Gemüter belastet. Für den hochintelligenten, hochambitionierten, hochsensiblen Thiam war es wohl zu viel, zu nah.

Man kann ihn bis zu einem gewissen Grad verstehen: Khans Villa thront chefmässig, leicht erhöht, über dem einzigen Zugangssträsschen zum Anwesen Thiams. Wer den CS-Chef besuchen will, fährt an einer Betonmauer unter den mächtigen Wohnzimmerfenstern Khans vorbei.

Mehr noch: Von Khans Anwesen aus lässt sich Thiams Liegenschaft grossräumig überblicken. Man muss kein Paranoiker

sein, um den ausladenden, bis an die Grundstücksgrenze vordringenden festungsähnlichen Backsteinbau Khans aus Nachbarsicht als etwas zudringlich, ja als übergriffig zu empfinden.

So kam der Moment, als sich Thiam mit seiner Partnerin entschloss, durch die Anpflanzung zweier Bäume etwas Privatsphäre zurückzugewinnen. Die Installierung der biologischen Sichtsperrre führte dann zu jener weltweit kolportierten Szene am Neujahrscocktail der Thiams in Herrliberg Anfang dieses Jahres, als sich Khan und der Hausherr in die Haare gerieten. Offensichtlich drängte Khan gegenüber Thiams Partnerin auf die Beseitigung der «beiden Monstrositäten», was wiederum Thiam zum vergeblichen schlichtenden Eingreifen nötigte.

Doch auch die Bäume waren nur der Anlass, nicht die Ursache. Hinter den Nachbarschaftsquereilen schwelte womöglich ein Rivalenkampf. CS-Chef Thiam dürfte den beliebten und erfolgreichen Khan gelegentlich als zu ambitioniert, als zu drängend, als zu



Faktor Mensch: Präsident Rohner (l.), CEO Thiam.

forsch empfunden haben. Bei Khan hingegen schien sich der Eindruck zu verfestigen, der Chef wolle ihn an der eigenen Entfaltung, am Weiterkommen hindern. Was zwischen den beiden wirklich abging, werden wir wohl nie erfahren.

Längst hatte sich in die Auseinandersetzungen auch Verwaltungsratspräsident Urs Rohner eingeschaltet. Auch ihm gelang es nicht, die Streithähne zu versöhnen. Khan kündigte. Kurz darauf gab er seinen Wechsel zum Konkurrenten UBS bekannt. Dann lancierte Thiams engster Mitarbeiter jene verhängnisvolle Beschattung Khans, die im Debakel und im tragischen Selbstmord eines Ermittlers endete. Thiam wusste angeblich von nichts, was Gutachten belegen, aber bei der Bank niemand glaubt.

Die nicht so schlechte Nachricht lautet: Manager sind auch nur Menschen. Selbst hochbezahlte Managermillionäre verirren sich in den Niedrigkeiten der menschlichen Natur. Auf der anderen Seite ist es verstörend, wenn es drei unbestritten brillanten, intelligenten Führungskräften nicht gelingt, ein Zerwürfnis einvernehmlich zu entgiften. Wer einen Konzern führen will, sollte einen Streit unter Nachbarn regeln können. Beim Krisenmanagement hat das CS-Management an sich selbst versagt.

Die Affäre ist vor allem peinlich für alle Beteiligten. Man darf hoffen, dass sie bei der CS kein Symptom tieferliegender Probleme ist. Von aussen entsteht der Eindruck, die Harmonie zwischen Präsident und CEO sei eingetrübt. Vielleicht ist es eine optische Täuschung. Es wird Zeit, dass Schweizer Grossbanken nicht mehr nur durch milliardenteure Bussen oder interne Streitereien Schlagzeilen liefern, sondern – wie früher – wieder durch Erfolg und unternehmerische Fantasie.

Unsere einzige Schwäche:
Es gibt nur 33 Betten.

Ihre Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch



Spitze für Sie





Ist er gefährlich? Film-Figur Joker. Seite 18



Es geht ums Öl: Amazonas. Seite 48.



«In der Klimakrise reicht das Klein-Klein nicht! Es braucht eine fundamentale Umkehr!»

SP-Nationalrat Wermuth: Seite 26

Titelgeschichte

16 Der Fall Credit Suisse

Wie aus einem Nachbarschaftsstreit eine Bankenkrise wurde

Kommentare & Analysen

5 Editorial

9 Kommentare

Ist die offene Gesellschaft am Ende?

10 Nahost Teherans «Tiefenstrategie»

10 Österreich Stillstand oder Marihuana

11 Herodot

Sachpolitisch wählen

12 Kopf der Woche

FDP-Nationalrat Christian Lüscher

18 Essay der Woche

Joker: Achtung, Gefahr

20 Mörgeli Gottes klimatisiertes

Bodenpersonal

20 Bodenmann

Bürgerliche Wasserstoffköpfe

23 Medien Aus der Zeit gefallen

23 Die Deutschen Volkserziehung

39 Mein Lieblingsgegner

im Bundeshaus Andreas Glarner über Cédric Wermuth

Inland

26 Cédric Wermuth Mit gezupften Augenbrauen gegen den Kapitalismus

30 Heizen mit Geld Politiker profitieren vom Verbot von Ölheizungen

31 Gegenrede

Lob des Pöstchen-Parlamentariers

34 Personenfreizügigkeit Hat jemand «Fachkräftemangel» gesagt?

38 Sessions-Check
Abgaben und Abgänge

Ausland

42 «Lange Strasse ins Nichts» Aus dem Fall Trump wird ein Fall Biden

44 Inside Washington
Die Untröstliche

45 Kamer
Dampfhochdruck in Westminster

46 Giuseppe Conte
Fuchs und Löwe

48 Revolte am Amazonas
Unterwegs in Peru

Wirtschaft & Wissenschaft

36 Psychiatrie
Das Märchen von den Pillen-Toten

40 Einspruch
Unlogische Folgerungen

Kultur & Gesellschaft

32 Streifzüge
Zauberberg am Zürichsee

52 Ikone der Woche
Anna Rossinelli

54 Literatur
Spittlers brisante Botschaft

56 Film
Mein Rambo

58 Debatten
Moralinsäure statt Drachenblut

Rubriken

9 Im Auge Adam Neumann,
Start-up-Guru

14 Personenkontrolle

15 Nachruf Jacques Chirac

24 Darf man das?

24 Leserbrief

25 Fragen Sie Dr. M.

37 Die Bibel
Zukunftsperspektiven

57 Jazz Joshua Redman Quartet

60 Kino «Midsommar»

61 Körzis Hollywood
Geklonter Star

62 Thiel Misswahl

62 Namen Träume, die wahr werden

62 Fast verliebt Fiese Chemie

63 Unten durch Geschnetztes

64 Wein Le Clos du Caillou

64 Salz & Pfeffer Wirtshaus zur Heimat,
Ehrendingen

65 Auto Mazda CX-30 Skyactiv-X
Revolution AWD

66 Tamaras Welt
Adieu, Sexyness!

Degussa



GOLD UND SILBER.



IHR HAB UND GUT IST BEI UNS SICHER.

Als grösster Edelmetallhändler in Europa bieten wir im Zentrum von Zürich, Bleicherweg 41, und Genf, Quai du Mont-Blanc 5, persönliche Tresorfächer in sieben verschiedenen Grössen an. Dies ermöglicht Ihnen eine sichere und diskrete Aufbewahrung Ihrer Dokumente oder Wertgegenstände in unserer Hochsicherheitsanlage ausserhalb des Bankensektors.

Weitere Informationen
und Onlineshop unter:

DEGUSSA-GOLDHANDEL.CH

VERKAUFGESCHÄFTE:

BLEICHERWEG 41 · 8002 ZÜRICH
TELEFON: 044 403 41 10

QUAI DU MONT-BLANC 5 · 1201 GENÈVE
TELEFON: 022 908 14 00



ZÜRICH | GENÈVE | FRANKFURT | MADRID | LONDON

Ein wichtiger Teil von Sympany: Das zuverlässige Mobilnetz von Sunrise.

Faire Tarife für die faire Versicherung: Die Mitarbeitenden von Sympany telefonieren mit massgeschneiderten Mobilabos von Sunrise. Dabei verwaltet Sympany alle Einstellungen rund um die Abos selbständig - mit dem praktischen Self-Management-Tool von Sunrise.

Mehr über unsere Lösungen für Geschäftskunden
auf sunrise.ch/business



Sunrise

Die Nummer 1 für 3 Millionen.

Ist die offene Gesellschaft am Ende?

Von Robert Nef — Schadenfreudig wird verkündet, die Zeit der Skepsis gegenüber staatlicher Bevormundung sei vorbei. Das wäre fatal. Die besten Lösungen für unsere Probleme finden sich nur im Wettbewerb.



Zweifel wären erwünscht: Klimademo.

Was Freiheit bedeutet, bestimmt nicht mehr der betroffene Mensch, sondern ein «Wir», das alles besser weiss, von dem aber niemand weiss, wer das wirklich ist. Es ertönt der gefährliche Ruf nach entschlossenen politischen Führern, die jetzt das Ruder in die Hand nehmen sollen, «bevor es zu spät» sei. Das liberale Motto «Mehr Freiheit, weniger Staat» wird unerbittlich durch «Mehr Staat, weniger Freiheit» ersetzt. Wenn heute die Rettung des Klimas von einer zusätzlichen globalen Verbots-, Besteuerungs- und Regulierungsbewegung erwartet wird, müssen sich aber auch diese Erwartungen und Hoffnungen an bisherigen Erfahrungen mit «Mehr Staat» messen lassen.

China hat mit militärischem Pomp siebzig Jahre Volksrepublik gefeiert. Jede Äusserung des Zweifels an dieser angeblichen Erfolgsgeschichte wird durch Zensur unterdrückt, und ein historischer Vergleich mit dem wirtschaftlichen Aufstieg kapitalistischer Staaten wie etwa Südkorea und Japan wird tunlichst vermieden. Und wie steht es um den ökologischen Fortschritt, beispielsweise beim CO₂-Ausstoss, der heute als alles bestimmender, entscheidender Faktor gilt? Gehört nicht ausgerechnet die Volksrepublik China zu den Ländern mit der umweltschädlichsten Industrie und mit dem am intensivsten ansteigen-

den CO₂-Ausstoss? Greta Thunberg sollte in China zum Klimastreik aufrufen. Zentralverwaltungswirtschaften auf der Basis staatlicher Produktions- und Forschungsplanung haben weltweit so wenig bewirkt wie die Kontingentierungen und Rationierungen nach «grünen» und «roten» Modellen. Je etatistischer die Regimes, desto schlimmer für die Umwelt.

Die Messresultate und die simulationsgestützten Prognosen der Klimaforscher sollen hier nicht angezweifelt werden. Die berechtigten Zweifel beginnen dort, wo es in gemischten globalen Gremien zu einer Kombination von erhärteten Resultaten der Klimaforscher mit globalen und nationalen politischen Interventionsprogrammen kommt, deren tatsächliche klimapolitische Wirkung ihrerseits überhaupt nicht erforscht ist. Diese gemischt naturwissenschaftlich-politökonomische Debatte um die tauglichsten Lösungen ist erst angelaufen, und wer aus liberaler Sicht Kritik äussert, wird gleich als Wissensverweigerer diffamiert. Der liberale Philosoph Karl R. Popper hat die Auffassung vertreten und begründet, es gebe in sozialen, kulturellen und ökonomischen Belangen nie genügend erhärtetes Wissen, das es der Politik erlauben würde, politische Macht auf eine nicht mehr zu hinterfragende «Wissenschaft» abzustützen. Wie wir heute optimal auf die Herausforderungen des Klimawandels reagieren, ist eine Frage der Politik und nicht der Naturwissenschaft. Begründete Zweifel an den aktuellen Lösungsvorschlägen sind nicht nur erlaubt, sondern erwünscht.

Es braucht auch im Bereich der Ideen und der wirksamsten Methoden des Umgangs mit neuen Herausforderungen einen offenen Wettbewerb, der Lernen und Fehlervermeidung durch Vergleiche bis in den Mikrobereich hinein offenhält. Innovationen kommen in der Regel von der ökonomischen Basis, deren längerfristiges Überleben davon abhängt, und nicht von den politischen Zentralen, deren Hauptgeschäft weltweit die Machterhaltung ist. Streiken und Anklagen hilft hier nicht weiter. Verbissenheit ist immer ein Zeichen von Unsicherheit, und es ist nicht das erste Mal in der Menschheitsgeschichte, dass man den «störlichen Menschen» den Untergang verheisst, wenn sie nicht «radikal umkehren» und einsparen auf das, was eine kleine Gruppe von «Erleuchteten» verkündet.

Robert Nef, Publizist, ist Mitbegründer und Stiftungsrat des Liberalen Instituts.

Unser aller Büro



Adam Neumann, Startup-Guru.

Seit letzter Woche hat Adam Neumann, 40, der Posterboy und Cyberpunk der Silicon-Valley-Generation, keinen Arbeitsplatz mehr, symbolisch betrachtet. Und das ist einigermaßen erstaunlich, denn Adam hat die mobile Bürowelt erfunden. Wework hat seinen Gründer und Propheten nach dem geplatzten Börsengang, einem gigantischen Wertzerfall von 47 auf noch 15 Milliarden Dollar und 3 Milliarden Verluste innert dreier Jahre als CEO entmachtet. Neumann wählte sich auf dem Flug zu den Sternen, die Google, Apple oder Facebook heissen, runtergeholt haben ihn japanische und saudische Investoren. Neumann versuchte, Konzepte wie Airbnb oder Uber für temporäre Büronutzung zu übertragen für die 527 000 Kunden, die vielleicht wie er geniale Start-ups austüfteln.

Eine gigantische Idee für jemanden, der mit einer Körpergrösse von 1,96 Meter in einem Versuch hauste, als er zum zweiten Mal in die USA kam. Er war schon als kleiner Junge mit seiner geschiedenen Mutter, einer Ärztin, aus Israel emigriert, lernte aber wegen einer schweren Dyslexie nicht schreiben und lesen und kehrte mit elf in einen Kibbuz zurück. Er absolvierte die Marine-Akademie und verliess die Armee nach fünf Jahren im Hauptmannsrang. In den Staaten suchte er «fun and money», und was dieser blendend aussehende Medienverführer anfasste, machte er zu Geld und sorgte für Schlagzeilen. Letztes Jahr charterte er mit Freunden eine Gulfstream G650, auf dem Trip nach Israel verkürzten sie sich die Zeit mit Grasrauchen. Skandal? Nur Werbung. Neumann ist an einer Cannabisplantage beteiligt. Eine Angestellte verklagte ihn, weil sie beim heiteren Bewerbungsgespräch von Neumann zum Trinken von Tequila-Shots genötigt worden sei. Darauf schränkte der Boss den Alkoholkonsum des Personals pro Tag und Kopf auf vier Bier ein. Auch als Familienvater ist er Promi-tauglich mit fünf Kindern, wovon zwei Zwillingspaare, wie bei Roger Federer. Dem *Wall Street Journal* verriet er, er werde ewig leben und Premierminister von Israel werden, wenn nicht sogar «Präsident der Welt». Peter Hartmann

«Tiefenstrategie»

Von Pierre Heumann —
Der Aktionsradius des Iran
reicht neu bis nach Europa.

Mohammed bin Salman hat recht. Die Welt, sagte der saudische Kronprinz übers Wochenende in einem Interview mit CBC News, müsse den Iran mit harten Massnahmen unmissverständlich abschrecken. Sonst werde es zu weiteren Aggressionen wie denjenigen von Mitte September kommen, als zwei wichtige Ölanlagen in Saudi-Arabien angegriffen wurden. Die Attacken hatten zu einem Ausfall von rund 5 Prozent der weltweiten Förderung geführt, was vorübergehend einen Ölpreissprung von 20 Prozent auslöste.

Die Anschläge sind das jüngste Beispiel in einer langen Reihe von Angriffen, die dem Iran zugeschrieben werden. So wurde in diesem Jahr eine US-Drohne abgeschossen, ein Tanker vor Hafenanlagen der Emirate beschädigt oder ein britischer Tanker festgehalten.

Dahinter steckt Yahya Safavi, Militärberater von Revolutionsführer Ali Chamenei. In einem Interview mit dem iranischen Fernsehsender Chanel 2 sprach er letzte Woche von einer neuen «Tiefenstrategie der Verteidigung». Und sagte gleich, was er darunter versteht. Früher habe Teheran seine Grenzen von innerhalb des Landes verteidigt. Aber jetzt reiche die iranische Verteidigungslinie vom Mittelmeer bis zum Indischen Ozean und umfasse nicht nur den Iran, sondern auch den Irak, Syrien und den Libanon. Der Verteidigungsanspruch des Iran, so der Militärberater des Revolutionsführers, sei auf Zehntausende von Kilometern über die Landesgrenze hinaus ausgedehnt worden. Mehr als das, fügte er stolz hinzu: Seine Strategen würden auf «leistungsstarke Langstreckenraketen» zurückgreifen können.

Zudem, warnen mehrere deutsche Geheimdienstberichte übereinstimmend, strebe die Islamische Republik ein Programm für die Produktion von Massenvernichtungswaffen an. Das dokumentieren Spione, die in den Diensten von Bayern, Hamburg, Hessen oder Nordrhein-Westfalen stehen. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz warnte wiederholt, dass Teheran seine illegalen Aktivitäten nicht aufgebe. Als Erste hatte darüber die *Jerusalem Post* berichtet, die sich auf öffentlich zugängliche Erkenntnisse der Geheimdienste stützt. Das iranische Streben nach Massenvernichtungswaffen zog im Westen bislang nicht die Aufmerksamkeit auf sich, die die brisanten Enthüllungen eigentlich verdient hätten. Obwohl gerade die Angriffe auf die saudischen Ölanlagen zeigen, dass die martialischen Ambitionen des Iran ernst zu nehmen sind.

Stillstand oder Marihuana

Von Gerald Grosz — Trotz des grossen Triumphs von Sebastian Kurz gehen die Bürgerlichen nicht als Sieger der Wahlen hervor. Das Bündnis mit der SPÖ oder den Grünen wird das Land teuer zu stehen kommen.

Österreich hat gewählt. Der junge Altkanzler Sebastian Kurz war siegreich und wird wohl in Bälde wieder im Kanzleramt Platz nehmen. Auch noch Tage nach dem grossen Triumph ist das Jubelgeschrei in der Alpenrepublik kaum zu überhören. Er, die messianische Gestalt von Europas Christdemokraten, hat die Wahlen gewonnen, seinen Koalitionspartner hingegen verloren.

Als junger Kanzler hat sich Kurz das Regiebuch Wolfgang Schüssels aus dem Jahr 2002 zu Herzen genommen und es exzellent inszeniert, ja gar verinnerlicht und inhaliert, denn gleich wie weiland der berühmteste Mascherträger Österreichs, Wolfgang Schüssel, konnte Kurz auf Kosten des eigenen Regierungspartners fulminant zulegen. Jede Stimme von den Freiheitlichen ist nicht zuletzt dank einer Anhäufung von Skandalen innerhalb der FPÖ – beginnend mit Ibiza und in den letzten Wahlkampftagen endend mit anonymen Spesenwürfen – mit Abstrichen zu ihm marschiert.

Das bürgerliche Lager jedoch, zu dem sich auch Sebastian Kurz zugehörig fühlt und zu dessen Apologeten er sich auf Kosten der FPÖ erhoben hat, gehört nicht zu den Siegern. In Wahrheit hat die in Österreich sehr beliebte türkis-blaue Regierungsform 3 Prozent verloren, das linke Lager, bestehend aus SPÖ, Grünen und Neos, aber gesamtheitlich zugelegt. Übrig bleibt daher eine Renaissance der Stillstands- und Streitkoalition mit der Verliererin SPÖ oder das Marihuana-Experiment mit den

Gewinnern, den Grünen. Ob das der fromme Wunsch der bürgerlichen Wähler war, wage ich selbst in den Tagen des verständlichen Siegesrausches zu bezweifeln.

Fragile Zukunft

Schon 2002 war es das Kalkül Schüssels gewesen, auf Kosten des eigenen Partners zu gewinnen, statt den Wettbewerb mit den Regierungsgegnern zu suchen. Wohin das geführt hat, wissen wir spätestens seit 2006. Alfred Gusenbauer übernahm vom legendären und unschlagbaren Wendekanzler Wolfgang Schüssel mit seinen schicken Radlerhosen das Kanzleramt. Ergo: Das einstige Kalkül ging nur kurzfristig auf und mündete letztlich in einem von der grossen Koalition geprägten stagnierenden Jahrzehnt.

Der jüngste Altbundeskanzler hat diese Wahl gewonnen, der Erfolg ist ihm nicht zu nehmen. Es ist aber ein kurzfristiger Pyrrhussieg. Denn nach der Feier kommt der Katzenjammer – und der Preis ist hoch: CO₂-Steuern, Mineralölsteuern, eine Rücknahme der restriktiven Sicherheitspolitik, die Etablierung des «Wir schaffen das»-Kurses in Österreich, die Legalisierung des Illegalen und die Rückkehr der Bevormundungs- und Entmündigungspolitik. Ein grosser Erfolg für Herrn Kurz – neidlos zugestanden. Eine fragile Zukunft für Österreich.

Gerald Grosz ist Unternehmer, politischer Publizist und ehemaliger BZÖ-Nationalrat.



Nach der Feier kommt der Katzenjammer: Wahlsieger Kurz.



Herodot

Sachpolitisch wählen

Die Welt bewundert unser politisches System für den direkten Einfluss der Bürger auf Sachentscheide. Dieser wird zunehmend ausgehöhlt.

Die Schweiz und ihr politisches System geniessen in den meisten Ländern dieser Welt grosse Bewunderung. Oft wundern sich die Leute, warum unsere Regierung und ihre Zusammensetzung so überaus stabil sind. Ich antworte dann jeweils, dass wir eben die Regierung nicht auswechseln müssten, um Dinge zu verändern. Dank dem Referendums- und Initiativrecht könnten wir direkt auf Sachentscheide Einfluss nehmen, und Parlament und Regierung müssten dies akzeptieren.

Heute kann ich dies nicht mehr ruhigen Gewissens behaupten. Dank Politikern wie SP-Präsident Christian Levrat und FDP-Nationalrat Kurt Fluri sowie gewissen Bundesrichtern, die Verträge mit der EU und Entscheide fremder Richter höher einstufen als unsere Verfassung und den Volkswillen, entspricht meine langjährige Standarderklärung nicht mehr der politischen Realität unseres Landes. Parlamentarier und Richter haben sich in den letzten Jahren das Recht angemasst, darüber zu befinden, ob sie einen gültigen Entscheid von Volk und Ständen umsetzen wollen oder nicht. Aus Patriotismus sage ich dies meinen ausländischen Gesprächspartnern jeweils nicht, aber ich fühle mich nicht mehr wirklich wohl, wenn ich unser politisches System erklären muss.

Heute müssen wir uns vor der Wahl fragen, welche Kandidaten den Volkswillen auch achten und hochhalten, wenn sie mit einem Entscheid des Souveräns vielleicht nicht einverstanden sind. Im abtretenden Parlament waren solche «Volksvertreter» leider klar in der Minderheit. In der FDP und der SP haben nur gerade die Ständeräte Andrea Caroni und Daniel Jositsch angemahnt, den Respekt vor Verfassung und Volkswillen hochzuhalten, bei den Grünen und den Grünliberalen gar niemand.

Wer möchte, dass die Volksrechte künftig wieder respektiert werden, sollte diesen Parteien einen Denkkzettel verpassen. Wäh-

lerinnen und Wähler, denen der Respekt vor dem Volkswillen wichtig ist, können eigentlich zumindest die bisherigen National- und Ständeräte dieser vier Parteien nicht mehr wählen. Wenn das Parlament ungestraft ihm nicht passende Volksentscheide derart grob ignorieren kann, wie in der letzten Legislatur geschehen, wird das Initiativrecht zum blossen Petitionsrecht degradiert. Früher oder später wird dies auch Volksentscheide betreffen, die Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, am Herzen liegen.

Kaum jemand denkt in allen Fragen gleich wie eine politische Partei. Bis zu Beginn dieses Jahrtausends konnten wir eine Partei wählen, die uns grundsätzlich sympathisch war, und in Sachfragen dann andere Akzente setzen als diese Partei. Viele von uns mussten in den letzten Jahren aber erleben, dass die von uns gewählten Parlamentarier diese Entscheide dann nicht respektierten. So erging es auch mir.

Ich fühle mich daher viel mehr als früher genötigt, Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen, die in mir zentral erscheinenden Fragen gleich denken wie ich, selbst wenn mir ihr Stil – auch im jetzigen Wahlkampf – nicht immer behagt. Der politische Stil ist mir wichtig, zentrale Sachfragen aber sind es noch mehr.

Die Medien tun momentan alles, um die Wahlen zu Klimawahlen hochzuspielen. Der Klimawandel mag für das langfristige Überleben der Menschheit von zentraler Bedeutung sein. Aber selbst wenn er gossenteils durch menschliches Handeln verursacht wurde, werden die Wahlen in der Schweiz so gut wie nichts bewirken. Dafür ist unser Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoss mit 0,2 Promille viel zu gering. Wir können höchstens bescheidene Zeichen der Solidarität setzen.

Was wir hingegen in Sachen Zuwanderung und in unserem Verhältnis zur EU entscheiden, wird für die Zukunft unseres Landes, seine Freiheit, Effizienz und direkte Demokratie

ausschlaggebend sein. Die Bedeutung dieser Eigenheiten der Schweiz lernt man erst richtig schätzen, wenn man im Ausland lebt.

Der EU sind diese Vorteile der Schweiz ein Dorn im Auge. Wer daran noch Zweifel hat, wird von Brexit-Chefunterhändler Michel Barnier eines Besseren belehrt. Bezüglich Britanniens sagte er kürzlich, die EU werde kein «Singapur in der Nordsee» tolerieren. Man darf annehmen, dass sie auch keines in den Alpen will. Vielmehr geht es darum, uns langsam die lähmende Bürokratie und staatliche Überregulierung aufzuzwingen, die den Rest Europas international zunehmend an Konkurrenzfähigkeit einbüssen lässt. So will die EU wenigstens vor der eigenen Türe konkurrenzfähig bleiben.

Auch die Zuwanderung stellt den Fortbestand unseres Systems zunehmend in Frage, namentlich den Sozialstaat. Bereits heute geht der Grossteil der Sozialleistungen an Zuwanderer, die nichts zu seinem Aufbau beigetragen haben. Allein die 2015 nach dem Aufruf von Frau Merkel nach Europa geströmten Migranten verursachen heute in der Schweiz Sozialkosten von einer Milliarde Franken jährlich. Ab nächstem Jahr werden diese zum grössten Teil auf die Wohngemeinden überwältzt. Manche werden deshalb die Steuern erhöhen und Anliegen der alteingessenen Bevölkerung zurückstellen müssen.

Der einzige Vorteil dieser Kostenumlagerung liegt darin, dass der Bevölkerung dadurch vielleicht bewusst wird, was wohlgemeinte Fehlentscheide von Politikern und von Richtern in St. Gallen, Lausanne und Strassburg auf mittlere Sicht für jede und jeden von uns bedeuten. Solange Bundesbern diese Kosten trägt, können diese Konsequenzen verschleiert werden. Wohl deshalb sind nun auch plötzlich linke Politiker dafür, dass der Bund weiterhin für die 2015 ins Land geholten Migranten aufkommen soll.

Leider ist gut gemeint nicht gut gemacht und der Weg in die Hölle mit viel gutem Willen gepflastert. Wählen wir deshalb Leute, die es nicht nur gut meinen, sondern auch gut machen, und solche, die unsere Volksrechte und unsere Verfassung respektieren. Es wäre schön, wenn wir im Ausland unser politisches System wieder vorbehaltlos mit Stolz erklären könnten.

Herodot ist ein der Redaktion bekannter Weltreisender, seit Jahrzehnten wissenschaftlich und politisch tätig, unter anderem für die Uno.

Lusch, luscher, Lüscher

Von Hubert Mooser — FDP-Nationalrat und Rechtsanwalt Christian Lüscher sorgte mit seinem Engagement für Bundesanwalt Lauber für Aufsehen. Was steckt dahinter?



Neues Image: Genfer Politiker Lüscher.

Am vorletzten Abend der Legislatur tut der Genfer Nationalrat und Anwalt Christian Lüscher (FDP) noch einmal so richtig geschäftig. Mit dem Telefon am Ohr tigert er von einer Ecke der Wandelhalle in die andere, verschwindet zwischendurch im Ratsaal, stampft zum Drucker, vertröstet für ein Gespräch auf später und fuchtelte schliesslich erleichtert, das Telefon immer noch am Ohr, mit einem Dokument vor der Nase von Fraktionschef Beat Walti herum. «Ich habe es gefunden», gibt er seinem Fraktionspräsidenten zu verstehen. Um was es ging, erfährt man selbstverständlich nicht. Allerdings schien es, als habe Lüscher fieberhaft das Skript seines flammenden Plädoyers gesucht, in dem er den umstrittenen Bundesanwalt Michael Lauber zur Wiederwahl empfahl.

Dieser Auftritt vor der Bundesversammlung war typisch für Lüscher. Der Genfer Anwalt ist bekannt dafür, dass er selbst dann prominent mitdiskutiert, wenn eine Interessenkollision aufgrund seiner Mandate nicht ausgeschlossen werden kann. Vorsichtshalber schickte er diesmal aber voraus: Ihm sei zu Ohren gekommen, dass er sich für Laubers Wiederwahl einsetze, weil er sich davon Vorteile vom Bundesanwalt verspreche. Be-

kanntlich wirke er als Anwalt im Wirtschaftsstrafrecht. Er sei jedoch unter den 246 Parlamentariern wahrscheinlich der einzige, der aufgrund seines Berufes kein Interesse an der Wiederwahl von Bundesanwalt Lauber habe. Dann legte sich Lüscher ins Zeug – und wie. Er lobte die Arbeit des Bundesanwalts in den vergangenen acht Jahren: Dieser Lauber habe in der Bundesanwaltschaft aufgeräumt. Er spielte die Lauber zur Last gelegten Pflichtverletzungen herunter, verteidigte die informellen Kontakte zwischen dem Bundesanwalt und Fifa-Präsident Gianni Infantino.

Er provoziert Abwehrreflexe

Lauber müsse in ernsthaften Schwierigkeiten stecken, dass er einen im Wirtschaftsstrafrecht derart versierten Fürsprecher wie den Genfer Anwalt Lüscher benötige, spöttelten Parlamentarier nach diesem Votum in der Wandelhalle des Parlamentes. Lüscher sagt dazu: Er habe bloss seinen Job als Parlamentarier und als Mitglied der Gerichtskommission gemacht, um zu verhindern, dass das Parlament eine «grosse Dummheit» begehe. Dieses folgte ihm und wählte Lauber. Allerdings weiss man nicht genau, ob Lauber dank Lüscher oder trotz Lüscher knapp wiedergewählt wurde.

Jedenfalls gibt es welsche Linke wie SP-Nationalrat Mathias Reynard, die nachträglich behaupten, sie hätten zwar Lauber wiederwählen wollen, aber nachdem Lüscher für diesen Partei ergriffen habe, hätten sie sich anders entschieden. Der Waadtländer SP-Nationalrat Samuel Bendahan will sogar wissen, dass Lüschers Auftritt den Bundesanwalt mindestens zehn Stimmen gekostet habe. Nachträglich regt sich auch SVP-Nationalrat Alfred Heer über Lüscher auf. «Dass Anwälte in der Gerichtskommission sitzen können, welche grosse Verfahren bei der Bundesanwaltschaft für Oligarchen pendent haben, erinnert an eine Bananenrepublik», wettete er im *Sonntagsblick*. Um solche möglichen Interessenkonflikte künftig zu vermeiden, hat Heer eine parlamentarische Initiative mit dem Titel «Stopp dem Filz!» lanciert. Der Zürcher will damit verhindern, dass Anwälte, die praktizieren und Fälle bei der Bundesanwaltschaft oder am Bundesgericht haben, in der Gerichtskommission Einsitz nehmen können.

Mit solchen Abwehrreflexen ist Lüscher konfrontiert, seit er im Nationalrat sitzt. Es gibt einige, die den smarten Anwalt aus Genf etwas *lusch*, also suspekt finden, weil er die Interessen von Oligarchen und Diktatorenfamilien vertritt oder vertreten hat. So wurde 2015 bekannt, dass er den Clan des inzwischen verstorbenen Militärdiktators von Nigeria, Sani Abacha, vertreten hat. Lüscher war zu diesem Zeitpunkt Mitglied der Rechtskommission des Nationalrates, die sich damals mit einer Regelung für den Umgang mit Potentatengeldern beschäftigte. Da er an der Revision der sogenannten Lex Duvalier beteiligt war und gleichzeitig der Familie Abachas als Anwalt beistand, witterte der *Tages-Anzeiger* sofort einen Interessenkonflikt. Der Sturm legte sich rasch wieder. Lüscher stand aber auch dem früheren kasachischen Spitzenpolitiker Wiktor Chrapunow zur Seite, der vor dem Regime in die Schweiz flüchtete. Kasachstan wirft Chrapunow vor, er habe Gelder veruntreut.

Auf den Genfer Finanzsektor fokussiert

Über seine Mandate redet Lüscher nicht. Er lässt nur so viel durchblicken: Mit Lauber habe er beruflich noch nie die Klinge gekreuzt. «Und wir sind uns alles in allem vier Mal über den Weg gelaufen.» Was aber nicht bedeutet, dass das in Zukunft nicht trotzdem einmal der Fall sein könnte.

Wenn man ihn nach seiner Herkunft und Familie befragt, findet der Anwalt, das Gespräch nehme jetzt aber die Form eines Verhörs an. Lüscher's Wurzeln, der Name lässt es erahnen, liegen in der Deutschschweiz, genauer: in Muhen im Kanton Aargau. Der Grossvater bewirtschaftete einen Hof im dreissig Kilometer entfernten Herzogenbuchsee im Kanton Bern. Über seine Eltern sagt Lüscher: Der Vater sei Bankjurist, die Mutter Lehrerin gewesen. Tatsächlich war der Vater Direktor bei der Bank Pictet & Cie SA in Genf, die Mutter Bürgermeisterin von Troinex und Grossrätin der Liberalen Partei von Genf. Seinen beruflichen Werdegang absolvierte Lüscher zunächst in seiner Heimatstadt, bevor er 1991 in den Vereinigten Staaten zum Master of Laws avancierte. Seit 2005 ist er Partner in einer grossen Anwaltskanzlei. Lüscher war während sechs Jahren im Genfer Kantonsparlament. Als 2007 der Nationalrat Jean-Jacques Eggli zurücktrat, schaffte er den Sprung nach Bern.

Unter Präsident Fulvio Pelli rückte der Ratsneuling schnell einmal zum Leuchtturm auf. Er sollte vor allem das Thema «Schlanker und bürgerfreundlicher Staat» in der Romandie federführend propagieren. In der Rechtskommission fiel Lüscher damals vor allem durch seine prononciert bürgerliche Politik auf, die vor allem auf den Genfer Finanzsektor fokussierte. Als 2009 Pascal Couchepin als Bundesrat zurücktrat, setzte ihn die FDP zusammen mit Didier Burkhalter auf das offizielle Ticket. Zu diesem Zeitpunkt hatte Lüscher in Bern politisch noch keine grossen Stricke zerrissen. Gewählt wurde am Ende auch nicht Lüscher, sondern Burkhalter. Aber die Kandidatur machte ihn auf einen Schlag landesweit bekannt.

Bis dahin war Lüscher dem grossen Publikum vor allem wegen einer früheren Liaison

mit Ex-Miss-Schweiz Lolita Morena ein Begriff. Der *Blick* und die *Schweizer Illustrierte* berichteten genüsslich über diese Beziehung. Lüscher lernte daraus: Zu viel Bling-Bling, Glitzer und Glamour schaden seiner Glaubwürdigkeit als Politiker. Jedenfalls pflegt er seither ein anderes Image, und seine Frau, die als Vermögensverwalterin bei der Bank Bär arbeitet und mit der er Zwillinge hat, hilft ihm dabei. Sie liess in einem Interview mit der Zeitschrift *Paris Match Suisse* einmal durchblicken, ihr Gatte sei kein Casanova, sondern ein Familiemensch. Lüscher gibt aber meistens den eloquenten, sprachgewandten Mann von Welt, dem man ein Faible für schöne Frauen nachsagt. So ausgelassen er sich zuweilen gibt, wenn er wie am Donnerstagabend der letzten Sessionswoche im «Café Vallotton» des Bundeshauses seinem Nationalratskollegen Frédéric Borloz (FDP) eine leere Gipfelschale aus Glas über den Kopf stülpt, so elitär und autoritär kann der FDP-Politiker manchmal einfahren.

Gegenspieler von Widmer-Schlumpf

Geht ihm etwas gegen den Strich, schlägt er schnell einmal mit Klagen zurück. Das musste jetzt auch das Westschweizer Fernsehen erfahren, bei dem Lüscher in der Vergangenheit häufig Gast war. Der Anwalt droht dem Sender mit rechtlichen Schritten, weil er ihn zu einem Sachverhalt befragt, seinen Standpunkt aber nicht gesendet habe. Es ging dabei um einen Beitrag über den Nachrichtendienst des Bundes, der SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen über siebzig Mal fichiert hatte. Anders als

linke Bedenkenträger ist Lüscher nicht der Meinung, dass der Nachrichtendienst Gesetze verletzt hat.

Dabei hätte Lüscher mehr zu bieten als Konfrontationen mit Redaktionen. Beim Steuerstreit mit den USA galt er als einer der grossen Gegenspieler der damaligen Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP). Er war mit

SVP-Nationalrat Thomas Matter auch eine der treibenden Kräfte bei der Privatsphäreninitiative, die das Bankgeheimnis in der Bundesverfassung verankern wollte.

Lüscher gehört seit 2015 der einflussreichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats (WAK) an, die er in den kommenden zwei Jahren präsidieren wird, falls er, wie erwartet, wiedergewählt wird. Davor war er Mitglied der Rechtskommission und der Aussenpolitischen Kommission. Im Nationalrat sass er neben der zurücktretenden Aargauer FDP-Frau Corina Eichenberger, die von Lüscher schwärmt: «Ich hätte mir keinen besseren Banknachbarn wünschen können.» Er sei «blitzgescheit und

humorvoll». Sie habe dank ihm ihr Französisch erheblich verbessern können – obwohl Lüscher sehr gut Deutsch spreche. Trotzdem sieht man ihn eigentlich immer nur bei den Romands sitzen. Und wo Lüscher ist, ist meistens auch sein Genfer Parteikollege Hugues Hiltbold – wie beim Fraktionessen der FDP, einen Tag nach der Wahl von Bundesanwalt Lauber, wo Lüscher in ausgelassener Stimmung dem Hausfotografen das Victoryzeichen entgegenstreckte. Das V stand wohl für den Sieg bei der Wiederwahl von Bundesanwalt Michael Lauber. *Affaire à suivre.*



Bundesanwalt Lauber.

Man weiss nicht genau, ob Lauber dank oder trotz Lüscher wiedergewählt wurde.



NASEN HABEN ALLE.
WIR DEN RIECHER.

Die spannendsten Seiten der Wirtschaft.

Hier für
Newsletter
anmelden:



Personenkontrolle

Jositsch, Noser, Schlatter, Rohner, Thiam, Rösti, Trede, Markwalder, Jans, Matter, Gmür, Rytz, Carobbio Guscetti, Regazzi, Fournier, Varone, Kurer, Furrer, Florido, Potanin

Daniel Jositsch und Ruedi Noser, Traumpaar, präsentieren sich in ihrem neusten Sessionsbericht mit Sportdress und Sprinterwaden am Zürichsee. Der rechte Sozialdemokrat und der linke Freisinnige im Ständerat loben sich im Zürcher Wahlkampf gegenseitig über den grünen Klee und empfehlen sich gemeinsam als Idealpartner auch für die nächsten vier Jahre. Im Fall von Jositsch gerät dies seinen Parteifreunden allmählich in den falschen Hals, unterstützen sie doch offiziell die grüne Mitbewerberin **Marionna Schlatter**. Doch immerhin bildet Ruedi Noser – Verwaltungsratsmitglied der CS-Vermögensverwaltung – gegenwärtig mit Jositsch ein harmonischeres Bild als die ihn besoldende Grossbank, wo zwischen dem Präsidenten **Urs Rohner** und dem CEO **Tidjane Thiam** die Milch etwas saurer wirkt als auch schon. FDP-Mann Noser, auch bekannt als «Gletscher-Ruedi», ist politisch von Jositsch kaum mehr zu unterscheiden. Zumal dieser einst bei den Grünen politisierte, später zur roten SP übertrat und sich demnächst wohl bei der grünen FDP am besten aufgehoben fühlt. (möö)

Albert Rösti, Multitalent, zeigt überraschende Qualitäten. Normalerweise trommelt der SVP-Parteichef gegen klimahysterische Linke, Grüne und Freisinnige. Als aber die parteiübergreifende Band Fraktionszwang des Berner Stadtparlaments beim Apéro zum Ende der Legislatur aufspielte, setzte sich Rösti für einen Gastauftritt ans Schlagzeug. Für einmal schlug er den Takt in erstaunlicher Harmonie mit der Grünen **Aline Trede**, die ihr Showtalent als Sängerin unter Beweis stellte, und FDP-Nationalrätin **Christa Markwalder**, die das Cello streichelte. So viel Applaus wie an diesem Abend bekomme er in der Politik sonst nicht, meinte Rösti. Nach der Konzertpause übernahm SP-Nationalrat **Beat Jans** das Schlagzeug. Die Band spielte eigene Kompositionen, Berner Mundartrock und Ohrwürmer des Berner Troubadours **Mani Matter**. (hmo)

Andrea Gmür, Ballerina, zeigte sich bei der erwähnten Abschiedsfeier des Parlaments in der Galerie des Alpes in seltener Fest- und



Grüner Klee: Ständeräte Noser (l.), Jositsch.



Ausgebufft: Anwalt Kurer.



Segen der Gemeinde: Ständerat Fournier.



Tanzstimmung: Nationalrätin Gmür.

Tanzlaune. Die Band sorgte für Stimmung, und irgendwann hielten es besonders die Politikerinnen an ihren Stehpulsten nicht mehr aus und drängten auf die Tanzfläche. So viel sei verraten: Elegant und geschmeidig sah das nicht aus, was Parlamentarierinnen wie die grüne **Regula Rytz** oder Nationalratspräsidentin **Marina Carobbio Guscetti** (SP) aufs Parkett zauberten. Eine fiel beim Tanzen aber besonders auf: CVP-Frau **Andrea Gmür**. Dies jedoch nicht, weil sie wie eine Ballerina über den Tanzboden schwebte, sondern weil sie ihren Parteikollegen **Fabio Regazzi** energisch auf die Tanzfläche zerrte. Wenigstens weiss man jetzt, wie die CVP-Frauen ihren Fraktionskollegen den Gleichschritt beibringen. (hmo)

Jean-René Fournier, Steinsammler, liess sich zu seinem Abschied aus dem Ständerat etwas Besonderes einfallen. Der Walliser CVP-Politiker, in diesem Jahr auch Präsident der kleinen Kammer, tritt auf Ende Legislatur zurück. Als Souvenir überreichte er jedem Ratskollegen zwei Weinflaschen und ein klei-



Für alle Fälle: Schauspielerin Florido.

nes Stück vom Matterhorn. Allerdings ist für einen Walliser Politiker der Umgang mit Steinen politisch nicht ganz risikofrei, wie die Affäre um den gestrauchelten FDP-Kandidaten für den Walliser Staatsrat, **Christian Varone**, zeigte. Dieser liess während eines Aufenthaltes in der Türkei bei einer Ausgrabungsstätte einen Stein als Feriensouvenir mitgehen, was ihm nachträglich grossen Ärger und eine Schlappe bei den Wahlen 2013 eintrug. So etwas wird Fournier nicht passieren. Das Matterhorn sei jetzt zwar ein bisschen weniger hoch, sagt er mit einem Augenzwinkern, die Steine seien jedoch mit dem Segen der Gemeinde Zermatt vom Matterhorn abgetragen worden. Ein auf dem Stein fixiertes kleines Schild weist sogar explizit darauf hin. (hmo)

Peter Kurer, Vertragskünstler, will als Verwaltungsratspräsident der Telecom-Firma Sunrise für 6,3 Milliarden Franken den Kabelnetzbetreiber UPC kaufen. Ende Februar wurde der Kaufvertrag unterzeichnet, gezimmert vom Anwalt Kurer. Schon vorher hatte

der grösste Einzelaktionär, die deutsche Telecom-Firma Freenet, schwere Bedenken angemeldet. Der Kaufpreis sei zu hoch, die Verwässerung der Aktien durch die Aufnahme von 4,1 Milliarden nicht akzeptabel. Kurer betrat juristisches Neuland und stellte die beiden Verwaltungsräte von Freenet bei Sunrise kurzerhand vor die Türe. Woraus besteht Sunrise genau? 2018 betrug das Eigenkapital 1,48 Milliarden Franken, der Goodwill 1,15 Milliarden. Da bleibt wenig Substanz übrig. Diese Firma soll nun für einen gigantischen Milliardenbetrag eine andere Firma kaufen, deren Zukunft ungewiss ist und deren Image Luft nach oben hat. In solchen Fällen lässt man sich sogenannte Opinions anfertigen. Tolle Sache, dieser Kauf, meint **Marc Furrer**, der in einem White Paper seine frühere Position als Direktor des Bundesamts für Kommunikation versilbert. Nun sollen aber plötzlich nur noch 2,8 Milliarden frisches Kapital aufgenommen, der Rest durch Kredite finanziert werden. Kaum zu glauben, dass der ausgebuffte Anwalt Kurer doch vergessen hat, im Vertrag mit dem Verkäufer Liberty Global eine «Material Adverse Change»-Klausel einzufügen. Die ermöglicht den Rücktritt vom Vertrag, wenn sich zwischen Unterschreiben und Closing die Geschäftsentwicklung verschlechtert. Etwa wenn UPC die Preise für ihre Angebote deutlich senkt. Was sie gerade getan hat. Am 23. Oktober soll die Transaktion an einer ausserordentlichen Generalversammlung beschlossen werden. (zey)

Isabel Florido, Stadtführerin, ist eine Frau für alle Fälle: Egal, ob Milan Design Week oder Zurich Film Festival – die 48-jährige Zürcher Schauspielerinnen findet sich auf allen Bühnen zurecht. Nun bringt sie diese Qualitäten als Tourguide für Zürich Tourismus an die Kundschaft: Florido entführt die Besucher mit schauspielerischen Exkursen in die Zürcher Historie, «vom Mittelalter über die Römer bis ins Hier und Jetzt», wie sie sagt. Dabei macht sie auch keinen Bogen um die Rückseite des Lebens. Zu ihren Touren gehört die Begehung eines Ehgrabens im Niederdorf. «Wer das gesehen hat, schätzt das moderne Kanalisationssystem ganz besonders.» (tre)

Anatolj Potanin, Historienfreund, lancierte eine neue Sportart: das Köpfen. Im Dorf Markowka im Ural organisierte er die erste «Weltmeisterschaft der Scharfrichter». Sechs Teilnehmer in roten Henkerkapuzen traten an, um mit dem Schwert einen Kürbis von einem quer über einen Richtblock gelegten Holzstock zu trennen. Die «Meisterschaft» bewies vor allem eines: Gerade für diese Aufgabe wünscht man sich eine Fachkraft. Denn selbst der Champion traf nicht den Nacken, sondern nur den Hinterkopf. (ky)

Nachruf



Kalbskopf und Corona: Ex-Präsident Chirac.

Jacques Chirac (1932 – 2019) — war der letzte Präsident, der die Wiederwahl schaffte. Seine beiden Siege bei den Präsidentschaftswahlen waren die grössten Triumphe einer langen Karriere, die noch unter de Gaulle begonnen hatte. Er hat viele verraten und ist von vielen verraten worden. Auch von seinem Ziehsohn Nicolas Sarkozy, der sich 1995 auf die Seite des Rivalen Edouard Balladur geschlagen hatte. Als Dissident in der eigenen Partei trat Chirac gegen seinen «Freund seit dreissig Jahren» an. Chirac, der als Innenminister den Ruf eines Faschisten hatte, präsentierte sich als volksnaher Politiker aus der ländlichen Corrèze, der bei jeder Landwirtschaftsmesse kenntnisreich die Kühe tätschelte. Reich und aristokratischer Herkunft war seine Frau Bernadette, die seinen

legendären Frauenverschleiss tolerierte. Chiracs Leibspeise Kalbskopf wurde im Wahlkampf Kult und kehrte auf die Speisekarten der Sterne-Restaurants zurück. Am liebsten trank er Bier, mexikanisches Corona. Chirac machte Versprechungen, die er nicht halten konnte. Nach seinem Einzug ins Elysee feierte er seinen Sieg mit der Zündung einer Atombombe auf dem Mururoa-Atoll – es war die letzte. Weltweit wurde er als «Hiro-Chirac» verschrien.

Nachdem er ohne Not das Parlament auflöste, verlor er seine Regierung und musste mit einer sozialistischen Mehrheit regieren. Kaum einer setzte 2002 auf seine Wiederwahl. Als Favorit galt sein Premierminister Lionel Jospin, der wegen der vielen linken Kandidaten Jean-Marie Le Pen den Vortritt in die Stichwahl lassen musste: Chirac siegte mit 80 Prozent. Seinen Tod kommentierte Jospin mit ungebrochenem Ressentiment: «Unter ihm habe ich vier Jahre lang Frankreich regiert.»

Chirac blieb die Aussenpolitik. Auf den Spuren von Charles de Gaulle folgte er dem «dritten Weg» und verweigerte den Amerikanern im Krieg gegen den Irak die Gefolgschaft. In den arabischen Ländern wurde er als Held verehrt, in Afrika führte er die Grossmachtspolitik der «Grande Nation» weiter. Zu Hause nahmen die Verschuldung, die Arbeitslosigkeit und die Einwanderung zu; die Rentenreform scheiterte. Die politische Bilanz fällt dürrig aus. Nach seinem Rücktritt wurde Jacques Chirac immer beliebter, er starb als populärer König. *Jürg Altwegg*

«Wer neugierig bleibt, kann Neues schaffen.»

Stefan Mächler
Group CIO
zum selbstbestimmten Leben.

Wie aus einem Nachbarschaftsstreit eine Bankenkrise wurde

Von Beat Gygi — Die Credit-Suisse-Führung liess es zu, dass eine private Auseinandersetzung zu einer Krise für die Bank ausarten konnte. Konzernchef Tidjane Thiam bleibt dennoch im Amt. Der Fall ist ein Zeichen von Schwäche im Banking.

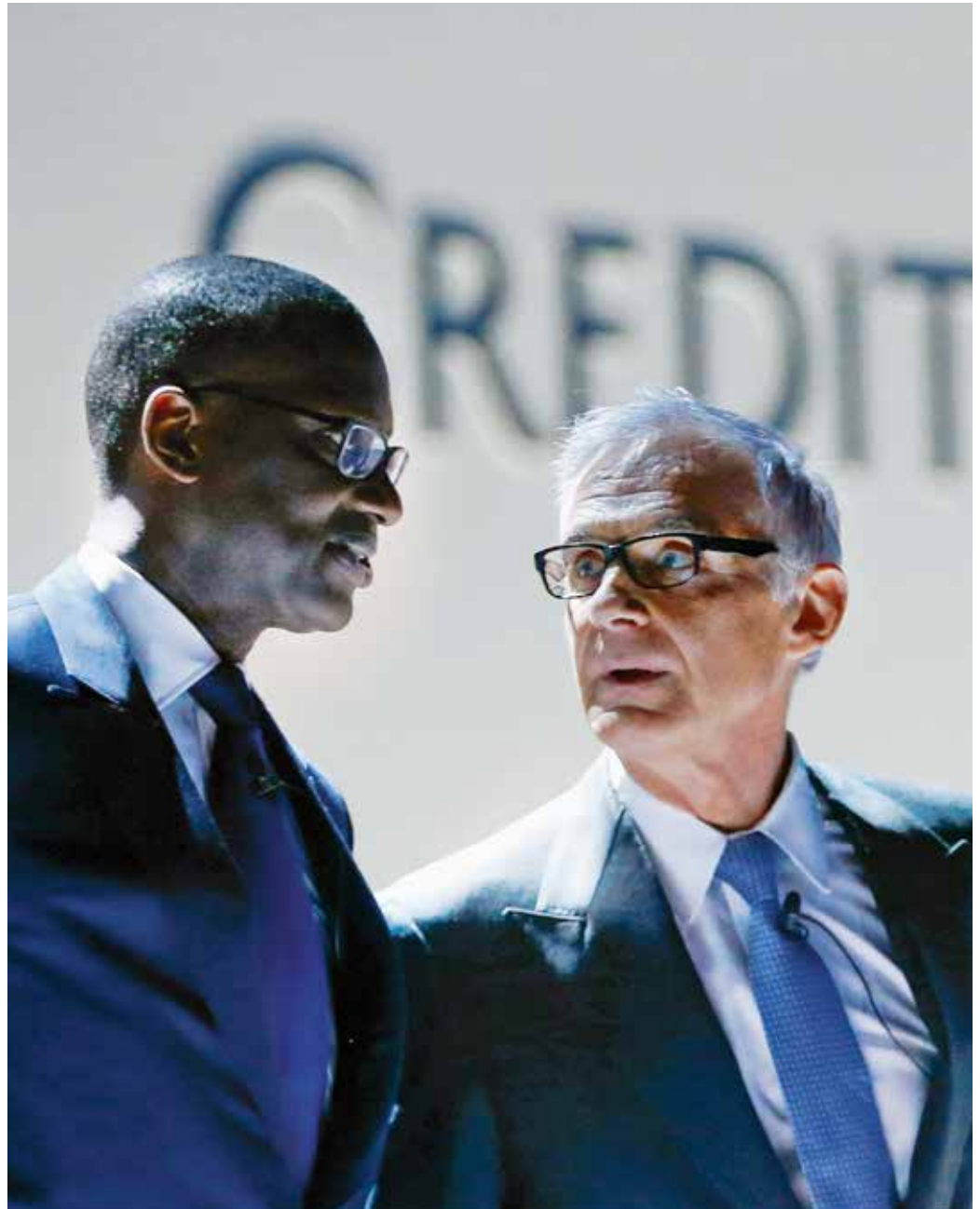
Immobilienprobleme führten schon oft zu Bankenkrisen, aber der Fall der Credit Suisse (CS) ist einzigartig, ein Fall im Kleinen. Zwei nebeneinanderliegende Grundstücke in Herrliberg, eines gehört dem Konzernchef, das andere dem Direktunterstellten, der Chef war etwas früher da, auf dem Nachbargrundstück gab es Baulärm, Sichtschutz wurde zum Thema, die Strassenverhältnisse sind eng – und schon scheint die Mischung so zu sein, dass ein privater Nachbarschaftsstreit die Grossbank erschüttern kann. Die betreffenden Nachbarn sind CS-Konzernchef Tidjane Thiam und Iqbal Khan, Letzterer bis Ende Juni in der CS-Geschäftsleitung für internationale Vermögensverwaltung zuständig und heute in der UBS-Konzernführung in grösserem Umfang wieder für internationale Vermögensverwaltung verantwortlich.

Entzündet hat sich der Konflikt zwischen den beiden Spitzenmanagern laut Angaben aus dem Unternehmen an einer Party in Thiams Haus im Januar – jedenfalls vordergründig – als Streit unter Nachbarn über Pflanzen, Lärm und Verhaltensfragen. Der Zank wurde auf diversen Medienkanälen breit dargestellt. Viel brisanter und tiefergreifend ist jedoch, dass Thiam und Khan nach dem Streit nicht mehr in der Lage waren, in der Geschäftsleitung der CS produktiv zusammenzuarbeiten, und dass Verwaltungsratspräsident Urs Rohner die Sache auch nicht auf eine bessere Spur brachte. Die Folgen sind bekannt: Khan verliess Ende Juni die CS und gab Ende August bekannt, er werde Anfang Oktober beim Konkurrenten UBS in die oberste Etage eintreten.

Wie ein Magnet

Da leuchteten bei der CS Alarmlämpchen auf, der operative Chef und Thiams rechte Hand, COO Pierre-Olivier Bouée, ordnete laut Angaben der Bank die externe Überwachung Khans an, um bei ihm allfällige unerlaubte Treffen zu registrieren. Am 17. September entdeckte Khan die Beschattung durch die beauftragte Firma Investigo und liess sie in Zürichs Innenstadt öffentlichkeitswirksam auffliegen; drei Beschatter wurden vorübergehend festgenommen, die Staatsanwaltschaft ist eingeschaltet. Die Person, die der CS die Detektivfirma vermittelt hat, hat sich laut den Angaben umgebracht.

Rohner kündigte sogleich eine externe Untersuchung des Überwachungsfalls durch die



Nach eigenen Vorstellungen: CS-Chefs Thiam, Rohner.

Kanzlei Homburger an und legte nun am Dienstagmorgen gemeinsam mit CS-Verwaltungsrat John Tiner (Chef des Audit Committees) und dem Homburger-Vertreter Flavio Romerio die Resultate den Medien vor. Kurz gefasst: COO Bouée habe die Überwachung eigenmächtig und ohne Wissen anderer angeordnet, im Interesse des Unternehmens; Bouée trete nun zusammen mit dem Sicherheitschef zurück. Khan habe keine Unkorrektheiten ge-

zeigt. Rohner stellte sich hinter Thiam, der CEO habe nichts gewusst von der Überwachung, die zudem falsch und unverhältnismässig gewesen sei. Er entschuldigte sich bei Investoren, Aktionären, Khans Familie, bedauerte den schwerwiegenden Schaden für den Ruf der Bank und des Finanzplatzes und zeigte sich betroffen über den Tod des Sicherheits-Vermittlers.

Rohners Krisenmanagement – das gerade in die Tage des von der CS gesponserten Zürcher

Filmfestivals mit den vielen Begegnungs- und Auftrittsmöglichkeiten fiel – vermied den grossen Knall, indem mit Bouée ein Manager der zweitobersten Ebene als Schuldiger geopfert wurde, Thiam als Konzernchef im Amt bleibt und Khan nicht mehr im Unternehmen ist, so dass mögliche Konflikte zwischen den beiden Führungsleuten kein Thema mehr sind. Man kann es auch so sagen: Der Verwaltungsrat und vor allem der Präsident haben die Lösung so arrangiert, dass ein Konzernchef, der nach einem privaten Streit mit einem der besten Manager der Bank nicht mehr richtig zusammenarbeiten konnte, dennoch seine Führungsstellung behalten kann, während ein Hoffnungsträger verlorenggeht. Nochmals anders gesagt: Die Führung liess einen privaten Streit in eine Krise der Bank ausarten.

Mit einer sehr grosszügig wirkenden Austrittsvereinbarung für Khan hat Rohner das Problem zu entschärfen oder wegzuschieben versucht. Es ist aufsehenerregend und wirft Fragen auf, dass Khan, der bei der CS einen hervorragenden Job gemacht hatte und mit seiner gewinnenden Art wie ein Magnet auf Mitarbeiter und Kunden wirkt, von ganz oben einen Abgangsvertrag erhielt, der es ihm gestattete, nach lediglich drei Monaten seine Karriere bei der Konkurrenz auf dem gleichen Terrain weiterzuführen, das er bei der CS verlassen hatte.

Dass Khan in der Vermögensverwaltung gut mit Mitarbeitern und Kunden umgehen und damit Geschäftswachstum erzeugen kann, hat er in seiner Zeit bei der CS bewiesen. 2013 kam er vom Beratungs- und Wirtschaftsprüfungunternehmen Ernst & Young, wo er unter anderem die Revision der UBS geleitet hatte, als Finanzchef in das von Hans-Ueli Meister geleitete CS-Private-Banking. 2015 begann die Ära Thiams, der nach einer steilen Karriere beim britischen Versicherer Prudential von Rohner an die Spitze der CS geholt worden war, um nach dem Abgang von CEO Brady Dougan eine neue Strategie umzusetzen, vieles aufzuräumen und Kosten zu senken.

Damit stieg auch Khan eine Stufe höher, denn Thiam machte ihn zum Chef des internationalen Vermögensverwaltungsgeschäfts. Eine erstklassige Position war das nicht, Khan erhielt mit dem International Wealth Management ein Sammelsurium von Geschäften zugeteilt, das in den zwei Hauptdivisionen Schweiz und Asien-Geschäft nicht untergebracht werden konnte. Aber er gab Vollgas, und nach drei Jahren wies er mit der ehemaligen Lückenbüsser-Division so viel Wachstum und Ertragskraft aus, dass die Haupteinheiten dagegen enttäuschend blass wirkten. Khan war in Thiams Truppe quasi bester und beweglichster Kämpfer. Mit seiner effizienten und praktischen Art – er ist Nichtakademiker und kam über eine Treuhänderlehre ins Revisionsgeschäft – galt er bald einmal für viele als möglicher künftiger

CEO der CS. Sein Erfolg und sein Ehrgeiz waren auch für Thiam spürbar, bis zur Auseinandersetzung kämpften sie auch gemeinsam. Dass Khan jüngst so forsch geworden sein soll, dass er das Asien-Geschäft für sich gefordert haben soll, dürfte aber eine Falschmeldung sein.

Bei allem ist auch im Auge zu behalten, dass Thiam bei internationalen Investoren gut unterwegs ist. Die ausländischen Eigentümer

Die ausländischen Eigentümer sind entscheidend für die Akzeptanz der Konzernführung.

sind entscheidend für die Akzeptanz der Konzernführung. Es sind dies laut CS-Geschäftsbericht Qatar Investment Authority (5,2 Prozent), Harris Associates (5,2), Norges Bank (5), Olayan-Gruppe Saudi-Arabien (4,9), Blackrock (4,2), Dodge & Cox (3,1), Silchester International (3,1). Das sind gut 30 Prozent, die in der Hand von professionellen Investoren liegen. Harris hat sich kürzlich für Thiam ausgesprochen, was für Rohner wohl auch von Bedeutung war, am CEO festzuhalten.

Als Rohner 2011 Verwaltungsratspräsident wurde, übernahm er mit dem US-Amerikaner Brady Dougan einen CEO, der eine Investment-Banking-betonte Strategie weitertrieb. 2015 ergriff Rohner dann die Chance, mit Thiam einen CEO einzusetzen, der seinen eigenen Vorstellungen entsprach. Er betonte immer wieder, Thiam sei seine Wahl und werde die neue CS-Strategie zum Erfolg führen. Damit verband er sich stark mit der Person des CEO, der wie Rohner nicht aus dem Banking stammt. Rohner ist Jurist, hat Erfahrung als Anwalt, als Chef von Medienunternehmen und später als Jurist in der CS. Der aus der Elfenbeinküste stammende Thiam ist Absolvent französischer Eliteschulen, war bei McKinsey und ging dann in die Versicherungsbranche. Die beiden stehen in deutlichem Kontrast zu Bankern, die in ihrem Beruf den Umgang mit Risiken und Märkten von Grund auf gelernt

Viel verpasst

Kurs der CS-Aktie im Vergleich mit dem Swiss Market Index (SMI) der grossen Unternehmen, indiziert



QUELLE: SIX-GROUP

In gedrückter Verfassung: CS-Börsenkurs.

und am eigenen Leib und Portefeuille erfahren haben. Zudem ist Präsident Rohner an der CS-Spitze quasi die Schweizer Hälfte, Thiam der globale Teil, der auch von Herkunft und Hautfarbe her Diversität verkörpert.

Die Credit Suisse wird aus Schweizer Sicht gerne als einheimische Bank angesehen, ist mittlerweile aber mehrheitlich international geprägt. Klar, von den 112 000 im Aktienregister eingetragenen Eigentümern sind über 99 000 Schweizer Privataktionäre, der Anzahl nach also 88 Prozent der Eigentümerschaft. Nimmt man inländische institutionelle Anleger wie Pensionskassen hinzu, kommt man auf 91 Prozent. Nur 9 Prozent sind private Ausländer, und daneben gibt es lediglich 0,4 Prozent ausländische institutionelle Investoren wie Fonds, Hedge-Funds, Versicherer, Pensionskassen und ähnliche Gebilde – aber gewichtige. Die Profis der Institutionellen machen die Hälfte des Aktienkapitals und damit der Stimmen aus und bestimmen damit die wichtigen Entscheide und die Zusammensetzung des CS-Verwaltungsrats.

Eigene Position sichern

Was haben Rohner und Thiam in ihrer Zeit zusammen erreicht? Ein untrüglicher Massstab ist die Bewertung der CS durch die Anleger, und dieser Wert hat sich seit 2015 etwa halbiert, während Investitionen in Aktien der grossen Schweizer Unternehmen (SMI-Index) ein Plus von rund 15 Prozent gebracht hätten. Klar, anderen europäischen Banken geht es ähnlich, weil die Regulierung das Eingehen von Risiken immer teurer macht und die Nullzinspolitik rentable traditionelle Bankgeschäfte fast verunmöglicht. Banken investieren immer mehr in Compliance, also vor allem in Kontrollmechanismen und damit in die Mentalität des Absicherns der eigenen Position. Die wichtigste Quelle neuer Einnahmen sind höhere Gebühren, die sich seit der Finanzkrise etwa verdoppelt haben, ohne dass die Leistungen besser geworden sind.

Aus dieser Sicht passt Rohners Kurs der Kostensenkung und des Zurückfahrens von Geschäften wie auch das defensive Absichern der eigenen Position in der Führung zur gedrückten Verfassung grosser Universalbanken. Da kann man fast nur noch auffallen, wenn ein Streit unter Chefs das ganze Unternehmen beben lässt. Immerhin wird Thiam, der 2018 eine Entschädigung von 12,65 Millionen Franken erhielt, Bonusminderungen gewärtigen müssen. Jedenfalls steht im Vergütungsbericht 2018 bei der «nichtfinanziellen Beurteilung des CEO» im Zusammenhang mit Verhalten und Ethik lobend, er sei «mit gutem Beispiel vorangegangen, was das persönliche Engagement für Verhaltens- und Ethikstandards der Gruppe betrifft». Und unter den Geschäftsleitungsmitgliedern habe er Teamgeist und Zusammenarbeit gefördert. Solches wird im nächsten Bericht wohl fehlen.



Vielleicht würden es die Feuilletonisten ja lieber sehen, wenn die Joker-Figur in einer homoerotischen Komödie zu sehen wäre.

Essay der Woche

Achtung, Gefahr

Von Tamara Wernli — Um Klicks und Aufmerksamkeit zu generieren, haben Journalisten, so scheint's, ein neues Mittel für sich entdeckt: die Angst. Ihre Überreaktion trifft jetzt auch Hollywood.

Das Spiel mit der Angst ist ein gutes Geschäft. Wenn Leser sich vor etwas fürchten, wollen sie mehr darüber erfahren, und klicken auf den nächsten Artikel und den nächsten. Ein gegenwärtiges Werkzeug für die Angstmacherei ist die Instrumentalisierung von Filmen – und deren Demontage.

Am 10. Oktober kommt der neue «Joker»-Film ins Kino. Er basiert auf der Batman-Story, in der Hauptrolle des Jokers ist der wunderbare Joaquin Phoenix. Er spielt einen erfolglosen Stand-up-Comedian, einen von der Gesellschaft ignorierten, verschrobene Typen, der deshalb gewalttätig wird.

Kaum ist die Handlung bekannt, beschreiben Journalisten den Streifen als «gefährlich». Im Jahr 2012 hat in Aurora im US-Bundesstaat Colorado ein Massenmörder die Kinovorstellung des Batman-Films «The Dark Knight Rises» gestürmt und zwölf Menschen getötet. In ihren aktuellen Texten deuten Autoren darum an, dass die Joker-Figur Männer zu Gewalt inspirieren könnte. Sie schreiben ohne Beweise für ihre Theorie eine Korrelation zwischen Filmgewalt und Gewalt im echten Leben herbei. Die US-Website Indiewire meint, es sei ein «toxischer Schlachtruf für selbstmitleidige Incels». (Die Bewegung Incel steht für Männer, die unfreiwillig keinen Sex haben; laut Wikipedia sind deren Überzeugungen auch von Selbstmitleid und Frauenhass geprägt.) *Vanity Fair* orakelt, der Film sei «vielleicht un-

verantwortliche Propaganda für genau jene Männer, die er pathologisiert». Andere wiederum finden, der Film würde das Publikum animieren, mit Joker zu sympathisieren. Ein Journalist des *Telegraph* fragte Phoenix: «Könnte «Joker» perverserweise genau die Menschen, um die es in dem Film geht, inspirieren – mit möglicherweise tragischem Ergebnis?» Der Schauspieler stammelte: «Warum? Warum würden Sie...? Nein, nein», dann verließ er den Raum.

Unterschied zwischen richtig und falsch

Ich habe «Joker» noch nicht gesehen. Um dumme Fragen von Journalisten zu kommentieren, ist das auch gar nicht nötig. Das Wesentliche zuerst: Man kann weder Filme noch Videogames für die Taten von Menschen verantwortlich machen. Menschen tun schlimme Dinge, aber dafür sind sie alleine verantwortlich. Auch können Zuschauer zwischen Fiktion und Realität unterscheiden. Und ja, bei brillanten Filmen ist der Bösewicht eben nicht einfach nur böse, sondern sein Charakter ist vielschichtig, so dass der Zuschauer hin- und hergerissen wird zwischen Mitgefühl, Sympathie und Abscheu. Mitgefühl heisst aber nicht, dass man ihm vergibt für seine Schandtaten. Und letztlich geht es hier um eine Comic-Verfilmung, nicht um eine Erziehungsdoku.

Der Autor Igor Volkysy, der sich in den USA gegen die Waffenindustrie engagiert und mit-

half, einen Brief zu entwerfen, in dem Angehörige des Aurora-Amoklaufs Bedenken zum «Joker» ausdrücken, sagt laut dem Branchenmagazin *Variety*: «Die Wissenschaft hat wiederholt keinen Link gefunden zwischen gewalttätigen Filmen und Verbrechen in der echten Welt. Das ist die Realität der Situation.» Das Problem sei nicht die Gewalt aus Hollywood. Sondern, «dass es unglaublich einfach ist in Amerika, Waffen zu bekommen». Joaquin Phoenix äussert sich bei der Videogame-Site IGN so: «Es ist nicht in der Verantwortung von Filmemachern, das Publikum Moral zu lehren oder den Unterschied zwischen richtig und falsch.» Leute interpretieren Dinge oft falsch. Wenn jemand diesen Level an emotionaler Unruhe habe, könne er überall Zündstoff finden.

Der Job eines Schauspielers ist, uns zu unterhalten. Er ist nicht verantwortlich für unsere Reaktion auf seine Arbeit. Was also will ein Journalist mit solchen Fragen erreichen? Und was, bitte schön, soll Phoenix darauf antworten? «Jawohl, ich werde den Joker nicht mehr spielen. Man sollte sowieso keine Filme mehr produzieren, wo ein Bösewicht vorkommt oder Gewalt oder wo Zuschauer negative Gefühle haben könnten»? Ob ein Film Gewalt verherrlicht, könnte man ja bei jedem Tatort fragen, jedem Psychothriller. Nur ist einem bei der explosiven Konstellation Joker und Phoenix mehr Aufmerksamkeit gewiss.

Man stelle sich vor: Da gibst du alles für deinen Part, bereitest dich monate-, wenn nicht jahrelang darauf vor, spielst vielleicht deine beste Rolle ever – damit dann ein Journalist im Interview andeutet, dass es ganz schlimm ist, was du da tust. Entschuldigung, aber während dieser Journalist drei blasse Sätze am Tag schreibt, die keiner liest, um auf Twitter vier Likes zu bekommen, geht ein Joaquin Phoenix

bei der Vorbereitung für seine Joker-Rolle wahrscheinlich durch dreizehn unterschiedliche Stadien von Depressionen!!!

Vielleicht würden es Journalisten ja lieber sehen, wenn die Joker-Figur in einer homoerotischen Komödie (in Musical-Version) zu sehen wäre, die dann in einem Pride March endet . . . Oder wie wäre es mit einer maskierten Version von «Brokeback Mountain»? Übrigens, nichts gegen «Brokeback Mountain», das ist einer der wunderbarsten Filme überhaupt – und wäre er vor vierzig Jahren gedreht worden, hätte die gleiche Art Reporter die Schauspieler wahrscheinlich gefragt, ob sie nicht Angst hätten, dass Leute vom Zusehen schwul werden könnten.

Wenn ein paar Leute denken, dass Filme Menschen beeinflussen, ginge das ja noch irgendwie. Aber es vergeht heute praktisch kein Interview, ohne dass Journalisten ihre persönliche Agenda ins Spiel bringen. Als Quentin Tarantino seinen Film «Once Upon a Time in Hollywood» vorstellte, fragte ihn eine Journalistin der *New York Times* während einer Pressekonferenz in Cannes, warum ein Star wie Margot Robbie so wenig Text habe. Damit deutete sie an, dass er Frauen weniger Chancen gebe, sie in seinen Streifen kleinhalte, wohl frauenfeindlich sei. Tarantinos knappe Antwort: «Ich weise Ihre Hypothese zurück.» Wer glaubt, dass eine Nebenrolle gleich viel Text haben sollte wie eine

Hauptrolle und einen Film somit einmal mehr auf die Geschlechter reduziert, gibt sich der Lächerlichkeit preis. Offenbar hat die Journalistin «Jackie Brown» mit Pam Grier nicht gesehen, auch nicht «Inglourious Basterds», wo Tarantino Mélanie Laurent gross herausbrachte, und ganz bestimmt nicht Uma Thurman in «Pulp Fiction» oder in «Kill Bill».

Weniger Ecken, weniger Kanten

Da schaffst du es, für dein ambitioniertes und milliionenschweres Projekt ein grossartiges Ensemble mit Pitt, DiCaprio und Robbie zusammenzustellen, das Geld aufzutreiben, willst einfach nur ein Meisterwerk kreieren – und kaum ist es auf dem Markt, wissen Medienleute nichts Besseres zu tun, als anzudeuten, du seist frauenfeindlich. Auf die Frage der Journalistin, warum Robbie so wenig Text habe, hätte Tarantino auch einfach sagen können: «Weil ich Frauen hasse.» Es hätte wohl nichts an ihrer Wahrnehmung geändert. Wie eine Rolle einen Film ausfüllt, hat nur zum Teil etwas mit der Anzahl Sätze zu tun. Auch mit wenig Text kann ein Schauspieler den ganzen Raum einnehmen.

Müssen Journalisten heute solche Fragen aufgreifen, weil die Gesellschaft sensibler geworden ist? Ich glaube nicht. Denn mein Eindruck ist, dass es einigen Leuten dabei in erster Linie um sich selbst geht und um hohe Klickzahlen. Angst heraufzubeschwören, erzeugt

Aufmerksamkeit. Und weil der ganz grossen Mehrheit der Menschen solche Fragen nicht mal im Traum einfallen, muss man ihnen offenbar Furcht einträufeln. Die Frage könnte man übrigens auch umgekehrt stellen: Animieren zugespitzte Schlagzeilen, kontroverse Themen oder proflöse Journalistentexte möglicherweise Leute zu Gewalt?

Und hier kommt das Problem: Aufgrund solcher übersteigerter Reaktionen werden Schauspieler ihre Ecken und Kanten verlieren und in absehbarer Zeit nur noch von ihren PR-Beratern vorgefertigte und massenkonforme Sätze herunterleiern. Oder, noch schlimmer, Rollen, die man für einen Konflikt verwenden könnte, gar nicht mehr annehmen. Wer will schon seinen Namen in den Medien im Zusammenhang mit Massenerschiessungen oder Frauenfeindlichkeit lesen? Kinobetreiber werden Filme ablehnen. Filmemacher werden nur noch Produktionen ohne Empörungspotenzial erschaffen. Die Bandbreite der Werke wird abnehmen.

Machen wir uns keine Illusionen. Es wird nicht enden mit «Joker». Irgendwann werden sie Hannibal Lecter torpedieren, dann wird an «Psycho» herumgemäkelt. *Yay!* Lasst und doch im Kino so tun, als wäre die ganze Welt perfekt! Warum sich Bollywood-Filme beim globalen Kinopublikum noch nicht durchgesetzt haben, ist mir wirklich ein Rätsel.



Damit Sie es sich leisten können, über 100 Jahre alt zu werden

Sprechen Sie **rechtzeitig** mit unseren **Experten**

Führend für Vorsorgeplanung
ubs.com/vorsorgeplanung

© UBS 2019. Alle Rechte vorbehalten.



Gottes klimatisiertes Bodenpersonal

Von Christoph Mörgeli

Noch immer gibt es Menschen, die trotz dem Leichenzug der Kirchen deren Mitglied bleiben. Obwohl dies viele unfrohe Verkünder der Frohen Botschaft ihren Schäfchen schwermachen. Die neuste Kirchenzeitung *Reformiert* titelt: «Klimasünden mit Kollekte begleichen». Eine Klima-Kollekte mit kirchlicher Trägerschaft biete einen Kompensationsfonds für klimaschädigendes Verhalten an. Der Ausgleich für die Abgase erfolge durch Projekte in Entwicklungsländern: «In ländlichen Regionen in Kenia sollen durch unser Projekt 17 000 energieeffiziente Öfen installiert werden.» Wo wir doch dachten, im klimawärmten Afrika seien Öfen nicht die dringlichste Investition. Das einzig Nachhaltige dieser Klimakollekte dürfte sein, dass unser Geld nachhaltig weg ist.

Erstaunlich, dieser moderne Ablasshandel, den die protestantische Kirche mit unseren vermeintlichen «Klimasünden» betreibt. Wo doch dieselbe Kirche vor 500 Jahren im Kampf gegen den Ablass erst entstanden ist. Martin Luther verkündete: «Man soll die Christen lehren, dass es besser sei, den Armen etwas zu schenken und den Bedürftigen zu leihen, als Ablässe zu kaufen.» Und Huldrych Zwingli lehnte den Ablass – also das Bezahlen für den Erlass irdischer Sündenstrafen – als «reine Heuchelei» ebenso radikal ab.

Im *Tages-Anzeiger* gibt Josef Hochstrasser, einst katholischer Theologe, dann reformierter Pfarrer, jetzt erklärter Agnostiker, noch einen drauf: «Greta Thunberg ist eine Prophetin im Sinne der jüdisch-christlichen Bibel.» Denn sie erfülle alle Merkmale der Prophetengestalten im Alten Testament. Auch Greta trete als «Einzelkämpferin» auf: «kompromisslos, anklagend, visionär und unabhängig». Und dann vergleicht der ungläubige Gottesmann Hochstrasser Greta mit Jesus von Nazareth, einem der «grössten Propheten der Weltgeschichte». Obwohl alle Christen ausser Pfarrer Hochstrasser Jesus eigentlich nicht als Propheten, sondern als Gottes Sohn verehren.

Immerhin bekennen sich Josef Hochstrasser und der *Tages-Anzeiger* endlich ganz offen als Stifter einer neuen Klimareligion. Greta Thunberg ist eine Prophetin und ihre Botschaft folglich eine unwiderlegbare Glaubenslehre. Einwände, Relativierungen und Wissenschaft haben bei dieser Untergangsprophetin nichts zu suchen. Und irgendeine Art von Zuversicht und Gottvertrauen schon gar nicht.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Bürgerliche Wasserstoffköpfe

Von Peter Bodenmann — Hyundai baut Wasserstoff-Lastwagen. Futuricum aus Winterthur Elektro-Sattelschlepper.



Bürgerliche Politiker setzen auf Südkorea. Der weltweit tätige Logistiker UPS auf Winterthur.

Weltweit läuft ein Rennen zwischen Elektro- und Wasserstoffautos. Bisher standen Tesla sowie VW für Elektromobilität und Toyota für Wasserstoffmobilität.

Die *Wirtschaftswoche* erklärt anhand von anschaulichen Grafiken, dass ein Wasserstoffauto dreimal mehr Strom braucht als ein Elektroauto. Gilt auch für Liefer- und Lastwagen. Für Herbert Diess von Volkswagen sind Wasserstoffautos «einfach Unsinn». Toyotas Manager bekommen inzwischen weiche Beine.

Hyundai will die Schweiz als Lastwagen-Testmarkt nutzen. Angeblich ohne staatliche Subventionen. Wahr ist das Gegenteil: Wasserstoff-Lastwagen bezahlen, obwohl sie dreimal mehr Strom verbrauchen als Elektro-Lastwagen, ebenfalls keine LSVA. Das macht pro Jahr eine Subvention von 120 000 bis 150 000 Franken pro Stromfresser aus. Logo, dass Stromverkäufer Jens Alder da mitmacht.

Elon Musk will zum Spottpreis einen Sattelschlepper auf den Markt bringen, der ohne Nachtanken 800 Kilometer weit fahren kann. Der Amerikaner ist oft etwas vorlaut, aber er liefert, wenn auch meist mit Verspätung. Zurzeit verlassen mehr als 100 000 Tesla pro Quartal seine Werke. Der Kurs der Aktie ist deshalb am Steigen. Tesla ist marktkapitalisiert mehr wert als unsere testosterongesteuerte Credit Suisse, die mit viel Baulärm und Frauengeschichten für Aufregung sorgt.

Fast niemand kann Musk technologisch das Wasser reichen. Ausser den beiden Schweizer Unternehmen E-Force und Futuricum. Ein Durchbruch ist den Winterthurern gelungen: Volvo Trucks ist der grösste Hersteller von Lastwagen in Europa. Neben UPS sind die Schweizer Logistiker Vorgartenzwerge. Und jetzt testete UPS einen von Futuricum aus Winterthur umgebauten Volvo-40-Tonnen-Sattelschlepper auf deutschen Strassen.

Nichts von diesen Schweizer Elektro-Lastwagen hält Ulrich Giezendanner, der, von der Auto-Partei kommend, in die SVP eingewandert ist. Der *Schweizer Illustrierten* diktierte er: «Ich bin überzeugt, die Giezendanner-LKW werden in zehn Jahren mehrheitlich wasserstoffbetrieben sein.» Und Doris Fiala erklärte Othmar von Matt im April 2019: «Mit dem Thema Wasserstoff konnte ich das FDP-Team einen.» Sie habe so auch Christian Wasserfallen mit ins Boot geholt. Hat vergleichbar gut funktioniert wie die Wasserstofftechnologie: Wasserfallen junior ist nicht mehr FDP-Vizepräsident und versinkt gut isoliert im Atomsumpf.

Inzwischen ist der Match Giezendanner gegen Winterthur definitiv entschieden: Jeff Bezos, der mit spitzem Bleistift rechnet, hat soeben für Amazon 100 000 elektrische Lieferwagen bestellt. Nix Wasserstoff.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Das
Weihnachts-
geschenk

Sa,
14. Dez.
2019



The Sparkling Diamonds

**Weihnachtsstimmung pur:
Eine stimmungsvolle Musik-
show mit einem 3-Gang Dinner**

«Swingin`Christmas», die neue Weihnachts-show der Sparkling Diamonds, ist das Programm der neunköpfigen Swingband. Die Band - bestehend aus Sängern, Jazz-Trio, Bläsern und einer Konzertharfe - nimmt Sie mit in die Welt der schönsten Christmas-Songs von «Santa Claus is coming back to Town», «Winter Wonderland» bis «White Christmas». Dabei umrahmen die «swingigen» Weihnachts-Songs das 3-Gang Dinner.

Musik-Dinner für Geniesser

The Sparkling Diamonds
Live-Spektakel im Hotel «Riverside», Glattfelden

Datum:
14. Dezember 2019, 18:30 Uhr

Programm:
18:30 Uhr Türöffnung
19:00 Uhr Opening The Sparkling Diamonds
19:20 Uhr Dinner
20:50 Uhr Musikshow The Sparkling Diamonds
22:15 Uhr Dessert & Kaffee

Preis:
CHF 149.- pro Person (Alles dabei: Musik-Show,
3-Gang Dinner, Wasser, Bier, Wein, Kaffee)

Ticket online kaufen:

www.riverside.ch/sparkling-diamonds

keine Abendkasse



riverside
Seminar- und Eventhotel

Spinnerei-Lettenstrasse 2
CH-8192 Zweidlen-Glattfelden

T +41 43 500 92 92
www.riverside.ch



Leserangebot Romantik-Seehotel «Sonne» in Küsnacht

Das Schöne liegt ja so nah

Wenn das Fernweh ruft, brauchen Sie nicht um die halbe Welt zu reisen: Das Romantik-Seehotel «Sonne» in Küsnacht bietet alles, was sich Gourmets, Sonnenanbeter und Kulturinteressierte wünschen. Gönnen Sie sich einen Wellness-Aufenthalt am rechten Zürichseeufer.

Das historische Haus, 1641 erstmals urkundlich erwähnt, liegt nur gerade ein paar Minuten von Zürich entfernt. Hier finden Sie alles, was Ihren Aufenthalt zur erholsamen Auszeit macht.

Für kulinarische Höhenflüge sorgt die marktfrische Spitzenküche im Gourmet-Restaurant «Sonnengalerie». In den traditionsreichen Gaststuben geniessen Sie Schweizer Spezialitäten wie Kalbsbratwurst nach alter Art oder Züri-Gschnätzlets, aber auch modern inspirierte Gerichte. Oder bevorzugen Sie es ganz rustikal im Biergarten am See?

Je nach Lust und Laune erkunden Sie die nahe Stadt – sei es auf einem Einkaufsbummel oder bei einem Museums-, Theater- oder Opernbesuch. Entspannung finden Sie in unserer stilvollen Wellness- und Fitnessoase oder auf der Sonnenwiese direkt am See.

Ein unvergessliches Naturerlebnis ist eine Wanderung durch das malerische Küsnachter Tobel. Oder wie wäre es mit einem romantischen Ausflug mit dem Schiff nach Zürich oder nach Rapperswil?

So nah – und doch so fern vom Alltag: Ihre Gastgeber René Grüter und Catherine Julien Grüter heissen Sie herzlich willkommen!



Platin-Club-Spezialangebot

Naherholung für Geniesser im Romantik-Seehotel «Sonne», Küsnacht

Leistungen:

- 1 Übernachtung im Seeblick-Doppelzimmer
- Willkommensdrink
- Ausgewogenes Frühstücksbuffet
- 3-Gang-Menü im Restaurant «Sonnengalerie» (exkl. Getränke)
- Eintritt in die Wellnessoase

Spezialpreise:

Im Doppelzimmer Fr. 194.– p.P./Nacht (statt 236.–)
Aufpreis Juniorsuite Fr. 75.– p.P./Nacht
Verlängerungsnacht Fr. 105.– p.P./Nacht
(inkl. Frühstück, ohne Abendessen)

Buchung:

Reservieren Sie über Tel. 044 914 18 18 oder per E-Mail an home@sonne.ch. Für max. 4 Personen 1. Oktober bis Ende November 2019. Bitte Kennwort «Weltwoche-Platin-Club» angeben.

Veranstalter:

Romantik-Seehotel «Sonne», 8700 Küsnacht
www.sonne.ch

www.weltwoche.ch/platinclub

Aus der Zeit gefallen

Von Kurt W. Zimmermann — Die Firmenkultur im Schweizer Fernsehen hat sich stark verändert. Roger Schawinski störte nur noch.

Als Nathalie Wappler im März als neue Direktorin von Radio und Fernsehen begann, da war es nur noch eine Frage der Zeit. Die Frage war nur noch, wann Roger Schawinski entlassen würde.

Es dauerte bloss zwei Monate. Im Mai teilte Wappler dem Journalisten mit, es sei vorbei. Letzte Woche wurde das Ende der Talkshow «Schawinski» dann auch gegen aussen verkündet.

Schawinski war im Hause SRF zum Fremdkörper geworden. Bereits Wapplers Vorgänger Ruedi Matter hatte darum geplant, ihn loszuwerden. Der Talkmaster passte nicht mehr in die neue Firmenkultur, die man sich am Leutschenbach 2015 verordnet hatte. Es ist die Firmenkultur der Tugendhaftigkeit.

Schawinski war das Gegenteil davon. Er machte ein kontroverses Krawall-TV wie aus einer anderen Zeit.

Acht Jahre zuvor war die interne Lage noch anders. Als Schawinski im August 2011 begann, war das Schweizer Fernsehen so verwechselbar mit einem Privatsender wie nie in seiner Geschichte. Zugleich mit Schawinski ging etwa die erste Staffel des Casting-Formats «Die grössten Schweizer Talente» auf Sendung. Kurz danach starteten die Krimiserie «Der Bestatter» und die Reality-Show «The Voice of Switzerland». Dazu lief täglich das Yellow-Magazin «Glanz & Gloria».

Im Jahr 2011 war SRF im Auftritt nicht mehr weit von RTL und Sat 1 entfernt. In diese Positionierung passte Rumpelstilz Schawinski ganz gut. Er machte eine aggressive und lärmige Sendung, die jedem Privatkanal gut anstanden wäre. Schawinski ätzte und provozierte permanent. Zum Markenzeichen wurde sein Tick, seinen Gesprächspartnern dauernd das Wort abzuschneiden.

Im Jahr 2011 war SRF im Auftritt nicht mehr weit von RTL und Sat 1 entfernt. In diese Positionierung passte Rumpelstilz Schawinski ganz gut. Er machte eine aggressive und lärmige Sendung, die jedem Privatkanal gut anstanden wäre. Schawinski ätzte und provozierte permanent. Zum Markenzeichen wurde sein Tick, seinen Gesprächspartnern dauernd das Wort abzuschneiden.

Dem edlen Gemeinwohl dienen

Dann, ab 2015, begann der Zeitgeist zu drehen. SRF verliess den vermeintlich seifigen Boden der publikumswirksamen Attraktionen und besann sich wieder vermehrt auf seine bieder-öffentliche Aufgabe zurück. Man gab sich zunehmend sittenstreng und verantwortungsbeladen. Alle aus dem Privatfernsehen entlehnten Sendungen, von «The Voice» über

die «Grössten Talente» bis zum «Bestatter», wurden seitdem eingestellt.

Freiwillig war der Wandel zur programmlichen Prüderie allerdings nicht. Die Kritik am allzu seichten TV-Programm war eines der wesentlichen Argumente von zwei politischen Debatten, welche den öffentlichen Funk stark verunsicherten. 2015 gewann die SRG die Abstimmung über die neuen Zwangsgebühren nur mit dem Zufallsmehr von 3700 Stimmen. 2018 wurde die «No Billag»-Initiative zwar



Letzter Dinosaurier: Schawinski mit Escort-Dame Balthus.

deutlich abgelehnt, aber sie löste eine Kritikwelle am Fernsehen aus, die in dieser Schärfe bisher unbekannt war.

Ja, man habe gesündigt, klopfte sich die SRG-Führung unisono an die Brust. Man wolle nun wieder dem edlen Gemeinwohl dienen statt der verruchten Quote.

Als die frühere Kulturjournalistin Nathalie Wappler neue SRF-Direktorin wurde, war schnell klar, dass der Trend zurück zu einem dezenten und artigen Service public anhalten sollte. Als erste Amtshandlung im Programm strich Wappler das Boulevardformat «Glanz & Gloria». Als zweite Amtshandlung strich sie die Talkshow von Schawinski.

Schawinski, der provokative Kampfjournalist, war in der gewandelten Firmenkultur der letzte Dinosaurier der trampelnden Art. Es war klar, dass er gehen musste.

Weil man den Dinosaurier nicht kränken wollte, sagte ihm Direktorin Wappler, er müsse aus Spargründen gehen. Es war eine Notlüge. Schawinskis Minibudget beträgt 0,6 Millionen von insgesamt 1,65 Milliarden Franken.

Entscheidend war die neue Bravheit der SRF-Spitze. Sie wollte nicht sparen. Sie wollte sich nicht mehr schämen.

Volkserziehung

Von Henryk M. Broder — Regierung vs. Volk.

Ende Januar dieses Jahres hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Bundesländern einen «Pakt für den Rechtsstaat» beschlossen. Im Mai gab das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz eine «Kampagne» in Auftrag, «die einer breiten Öffentlichkeit die Bedeutung unseres demokratischen Rechtsstaats stärker ins Bewusstsein rücken» und «die Vorteile und Errungenschaften des Rechtsstaats anschaulich» darstellen sollte. Name der Kampagne: «Wir sind Rechtsstaat».

Es ist nicht die erste Promo-Aktion dieser Art. In Bayern sagt man seit Jahrhunderten «Mia san mia» («Wir sind wir»). In der Musikszene gab es von 2000 bis 2012 eine erfolgreiche Rockband, die sich «Wir sind Helden» nannte. Nach der Wahl des deutschen Kardinals Joseph Ratzinger zum Papst im Jahr 2005 titelte die Bild-Zeitung: «Wir sind Papst!»

Und jetzt das: Seit die Kampagne «Wir sind Rechtsstaat» am 20. September bundesweit gestartet wurde, sind «wir» auch ein «Rechtsstaat». Was bis eben weder ein Geheimnis noch eine sinnfreie Behauptung war. Deutschland ist eine föderale Republik mit funktionierender Gewaltenteilung, freien Wahlen, Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit, keine perfekte Demokratie, aber eine der besten im World Wide Web. Dennoch lässt die Bundesregierung jetzt die Bundesbürger wissen: «Wir sind Einigkeit und Recht und Freiheit.» – «Wir stellen uns Fragen und suchen nach Antworten.» – «Wir schützen vor Willkür. Und schwören auf Gerechtigkeit.» Sind das in einem «Rechtsstaat» nicht lauter Selbstverständlichkeiten? Ja, aber nur so lange, wie sie von der Regierung nicht beworben werden. «Wir» reden auch nicht darüber, dass Folter und Todesstrafe abgeschafft sind, und geben nicht damit an, dass Frauen wählen dürfen. Warum also klärt die Regierung das Volk über «die Vorteile und Errungenschaften des Rechtsstaats» auf?

Weil sie anfängt, dem Volk zu misstrauen. Das Volk, laut Heinrich Heine «der grosse Lümmel», verliert das Vertrauen in die Regierung. Es glaubt nicht mehr alles, was die Regierung sagt. Dass die Zuwanderung ein Gewinn und die Energiewende ein Segen ist. Deswegen muss das Volk erzogen werden. Damit es keine Fehler macht und womöglich die Falschen wählt. Das wäre nicht gut, vor allem für die Regierung.



Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man im Pelzmantel den Zoo besuchen?
Andreas Schweizer, Zürich

Der menschliche Pelzmantelträger zählt zu den gefährdeten Spezies. Da Zoos um Artenschutz bemüht sind, gibt es für ihn kaum einen besseren Ort, um sich zu zeigen. Also, nur keine Scheu! *Erik Ebnetter*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Die EU hat gar kein Interesse daran, einen lösungsoptimierten Rahmenvertrag mit der Schweiz abzuschliessen.» *Markus Keller*

Provozieren eines Streitfalls

Nr. 39 – «Vertrag von der Stange»; Carl Baudenbacher über das Rahmenabkommen

Die EU hat gar kein Interesse daran, einen lösungsoptimierten Rahmenvertrag mit der Schweiz abzuschliessen, sondern wird immer darauf aus sein, einen Streitfall zu provozieren, um dann den Europäischen Gerichtshof das Problem zu Gunsten der EU entscheiden zu lassen.

Markus Keller, Bottmingen

Mehr Transparenz

Nr. 39 – «Gekaufte Politiker»; Editorial von Roger Köppel

«Der grösste Feind der Korruption ist Transparenz. Bringt es endlich ans Licht.» Super Schluss des Artikels. Da bin ich voll dafür. Gerne auch bei der Parteienfinanzierung.

Fredi Ziegler, Stäfa

Unverbesserliche Umverteiler

Nr. 39 – «Regime der Lüge»; Jean Ziegler über die Neutralität der Schweiz

Ich halte sonst recht viel von Herrn Ziegler, aber hier bin ich gar nicht einverstanden: Er behandelt im Artikel unter anderem die Hungerproblematik und erwähnt, dass diese jährlich siebenzig Millionen Menschen das Leben kostete. Schliesslich schlägt er die Brücke zur kapitalistischen und verlogenen Schweiz, welche zahlreiche global agierende Finanzoligarchen beherberge, und sagt implizit, dass diese und auch die Schweiz ihre Verantwortung nicht wahrnehmen und sich mitschuldig an den Hungertoten machen. Ich befürchte und glaube, dass, wenn die Finanz- und Machtstrukturen nicht so wären, wie sie heute sind, sondern in den Händen der unverbesserlichen Umverteiler (SP), es noch viel mehr Hungertote geben würde.

Stephan Vogel, per E-Mail

Nur anderthalb Renten

Nr. 39 – «Zu viel Drama»; Katharina Fontana über die Heiratsstrafe

Meine Frau und ich haben seinerzeit, noch ledig und bedeutend jünger, separat in verschiedenen Ländern gearbeitet und für die Löhne die entsprechenden Prämien für die AHV bei den Schweizer Botschaften oder Konsulaten einbezahlt. Ich seit 1948, dem Jahr der Einführung unserer Altersversicherung. Die Prämien hätten uns berechtigt, nach der Heirat und



«Wo bleibt da die Gerechtigkeit?»

dem Erreichen des Alters für den Bezug der Rente die Maximalrente zu erhalten. Doch gross war und ist unsere Enttäuschung, dass wir als Ehepaar, im Gegensatz zu den Konkubinatspaaren, wegen der bagatellisierten «Heiratsstrafe» zusammen nur eineinhalb monatliche AHV-Renten erhalten. Wo bleibt da die Gerechtigkeit?

René M. Levkowitz, Forch

Draussen in der Natur

Nr. 38 – «Gespenstische Klimamodelle»; Patrick Frank über den Klimawandel

Nicht der Klimawandel bedroht die Zukunft unseres Planeten, sondern die zur Zeit grassierende Klimahysterie! Das Klima wandelt sich seit Milliarden von Jahren, ohne Zutun des Menschen. Und jetzt plötzlich fühlt sich ein Teil eben jener Spezies dazu berufen, dem Klima und dessen Wandel den Meister zu zeigen. Eine Anmassung, die ihresgleichen sucht! Und all das, weil gewisse Menschen nur noch das als richtig erkennen, was auf Bildschirmen von Handys, iPads, Laptops, Computern und Fernsehapparaten zu lesen und zu sehen ist. Wer aber draussen in der Natur mit offenen Augen und ebensolchem Geist unterwegs ist, erlebt auf Schritt und Tritt die Kraft der Schöpfung, die sich immer und immer wieder ohne menschliche Hilfe und ohne milliarden- und billionenschwere Investitionen erneuert. Die freitags streikenden Schülerinnen und Schüler sollten besser zurück in die Schulzimmer, sich dort seriös mit der Erdge-

schichte beschäftigen und so zu fundiertem Wissen und gesundem Menschenverstand gelangen – auf dass sie nicht länger am Ast sägen, auf dem sie sitzen!

Karl J. Bischofberger, *Küsnacht*

Wie ein Tsunami

Nr. 38 – «Süsser Duft des Öko-Terrors» von Christoph Mörgeli

Die gegenwärtige Klimaschutzwelle ist wie ein mächtiger Tsunami mit gewaltiger, zerstörerischer Kraft. Wer sich dagegen stellt, wird niedergewalzt. Wer wird wohl dereinst zur Rechenschaft gezogen werden?

Inga Maria Inderst, *La Punt Chamues-ch*

Im Artikel wurde über verschiedene «Steigerungsformen» des Klimaaktivismus berichtet. Dazu gehört auch die «Galgenaktion» in St. Gallen, bei der sich drei Klimaaktivisten – mit dem Strick um den Hals – auf einen Eisblock stellten, um die Dramatik der Situation zu demonstrieren. Die Aktion missglückte; das Wetter war zu wenig warm.

Karl Güntzel, *St. Gallen*

Etwas vom Schönsten

Nr. 38 – «Mein *Weltwoche*-Tagebuch»; Rico Bandle über seine Zeit bei der *Weltwoche*

Etwas vom Schönsten, was mir in Erinnerung bleibt, ist das unter der Ägide von Kulturchef Bandle entstandene Titelblatt von Polo Hofer in einer Sommer-Doppelnummer. Dieser im Sternzeichen Wassermann geborene Künstler und vom Volk gewählte «Schweizer des Jahres» zeichnete ein Porträt von sich und der Schweiz: ein in der Pose von Hodlers «Wilhelm Tell» agierender Meeresgott, in seiner Linken allerdings nicht die Armbrust, sondern eine dreizackige Heu- oder Mistgabel, wohl eingedenk seiner Liebe zu «Gras». Turnschuhe und Musik-Diskette als Symbole für Freiheit. Das alles vor einem weinroten Hintergrund – Hinweis auf das Lieblingsgetränk. Wahrlich «Gägestüür» zu beispielsweise da Vincis lächelnder «Mona Lisa»; die hatte bei der Entstehung des Werkes wohl gerade ihre Tage.

Markus Spycher, *Bern*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Ich führe in einem Unternehmen ein kleines Team. Eine Frage, die mich immer wieder beschäftigt: Darf der «Star im Team», also jener, der nachweislich die beste Leistung erbringt, sich mehr erlauben als die anderen? Wenn ein normaler Mitarbeiter zum Beispiel mehrmals unpünktlich ist, so schreite ich ein. Beim Überflieger hingegen lasse ich dies eher durch.

Robert Loosli, *Burgdorf*

Das entscheidende Kriterium eines guten Mitarbeiters ist seine Leistungsfähigkeit. Bei einem Team zählt diejenige des ganzen Teams: Nicht das Ergebnis des Einzelnen, sondern der Gruppe ist massgebend. Gute Mitarbeiter verstärken in der Regel auch die Teamleistungen, wenn auch unter Umständen im Team andere Eigenschaften nötiger sind als bei einem einzelnen Leistungserbringer. Menschen sind halt verschieden. Sie haben unterschiedliche Stärken und Schwächen. Aber für ein Unternehmen ist die Leistung das entscheidende Kriterium. Die Beurteilung von Tugend- und Fehlerhaftigkeit muss sich darauf beziehen.

In einer Familie ist es anders: Für die Akzeptanz des Kindes darf dessen Leistungsfähigkeit nicht massgebend sein. Es ist ein Liebesverhältnis, nicht ein Arbeitsverhältnis.

Jetzt zum Mitarbeiterverhältnis im Unternehmen. Um ein ordentliches Arbeitsklima zu erreichen – es ist die Voraussetzung zur Leistungserbringung –, braucht es gewisse Ordnungsregeln wie Arbeitsbeginn, Arbeitsende, Essenszeiten, Regelungen des Arbeitsablaufes et cetera. Wie wichtig ein allgemeines Erfordernis ist, kommt auf die Art der zu erbringenden Leistung an. Ist der Auftrag eines Teams zum Beispiel die lückenlose Überwachung eines Produktionsvorgangs in einer Fabrik, so ist wohl die Pünktlichkeit massgebend und ein Mitarbeiter, der «zum Beispiel mehrmals unpünktlich ist» – wie Sie dies schreiben – nicht tolerierbar. Weil die «Pünktlichkeit» hier entscheidend ist, kann die fehlende Pünktlichkeit nicht durch andere, noch so bedeutende Stärken aufgewogen werden. In diesem Fall würde ich diesen Mitarbeiter dort einsetzen, wo die Pünktlichkeit keine grosse Rolle spielt. Dort können Sie solche Schwächen eher tolerieren.

Nun muss man berücksichtigen, dass Mitarbeiter oft sehr empfindlich reagieren, wenn man einzelnen Mitarbeitern mehr durchlässt als anderen. Aber die Erkenntnis, auch bei Kollegen, dass für einen Mitarbeiter, der so hohe Qualitäten hat, eine gewisse Privilegierung gerechtfertigt ist, hilft hier weiter. Das zeigt eine Redensart von nicht privilegierten Mitarbeitern: «De Cheib isch halt so gut, dass er sich das ebe leichte cha» – zum Beispiel Unpünktlichkeit. Die Mitarbeiter wissen: Der Chef lässt das durch, um die entscheidende Leistungsfähigkeit nicht zu verlieren.

FOKUSKMU

Die Sendung für Wirtschaft & Gesellschaft

Die Schweiz ist als sicherer Daten-Standort beliebt

Ab Montag, 7. Oktober, täglich um 17.35 Uhr auf



und ab Montag, 14. Oktober,
täglich um 17.25 Uhr auf

TELE Z

und unter:

www.fokus-kmu.tv

Mit gezupften Augenbrauen gegen den Kapitalismus

Vom Hausbesetzer zum salonlinken Ständeratskandidaten: Ex-Juso-Einheizer Cédric Wermuth hat einen weiten Weg hinter sich. Bereits wird er als Nachfolger von SP-Präsident Christian Levrat gehandelt. Hinter der polierten Fassade brodeln die radikalen Ideen weiter. Von Philipp Gut und Hervé Le Cunff (Bild)

An diesem Mann kommt man derzeit fast nicht vorbei: Wermuth hier, Wermuth dort, Wermuth überall. Am auffälligsten sind die Plakate für seine Ständeratskampagne im Kanton Aargau. Da steht er, umgeben von verklärten Menschen, die alle ein unsichtbares Ziel ausserhalb des Bildausschnitts fixieren, in weissem Hemd, mit strahlendem Lächeln, jedes Barthaar sorgfältig ausgerichtet. Wermuth sticht aus der Gruppe hervor, ein leuchtender Held der Plakatwand; die anderen sind nur Staffage, grauer Hintergrund. Die Szene könnte mit ihrem entrückten Pathos aus einem Hollywoodfilm stammen – und ganz daneben ist der Eindruck nicht. Hinter dem spektakulären Auftritt steht die amerikanische Agentur Tandem, die in der New Yorker Bronx zu Hause ist und deren Mitglieder vermutlich kaum wissen, wo Bern liegt, geschweige denn Baden oder Zofingen. «Einer für alle», steht in roten Grossbuchstaben über dem Bild. Für die SP, seine Partei, bleibt unten rechts ein kleines Plätzchen. Mehr duldet es nicht.

Vorbild Alexandria Ocasio-Cortez

Der «eine» dominiert – so sehr, dass es in der Aargauer SP für böses Blut sorgt. Auf dem Plakat fehlen nämlich der obligate Hinweis auf die Nummer der SP-Liste und die Kandidatin für die Regierungswahlen, Wermuths Nationalratskollegin Yvonne Feri. Das verstosst gegen die parteiinternen Vorgaben – und sei typisch für den Selbstdarstellungsdrang des prominenten Genossen, sagen Parteikollegen. Die pathetische Bildsprache jedenfalls ist neu und ungewohnt für die Schweiz. Angesprochen auf den abgehoben wirkenden Charakter der Inszenierung, lacht Wermuth: «Messianisch? Sie hätten die ersten Entwürfe sehen sollen!» Die seien noch viel weiter gegangen. «Wir mussten sie dann kulturell einpassen.»

«Wir»: Das ist ein schlagkräftiges und hochprofessionelles Wahlkampfteam. Der Antikapitalist und Profipolitiker Wermuth ist Kleinunternehmer in eigener Sache: Neben zwei festen Angestellten und Dutzenden von freiwilligen Helfershelfern spannt er mit dem linken Kampagnenbüro Digital/Organizing in Winterthur zusammen. Die beiden Co-Gründer Alessandro Iacono und Marco Kistler haben die US-Connection eingefädelt und sind selbst aktive Sozialdemokraten. Iacono ist für den Online-Bereich im Wahlkampf der SP Schweiz zuständig.

Kistler, von der NZZ einst als «Mastermind im Hintergrund» beschrieben, prägte als intellektueller Taktgeber mit Wermuth die wilden Jahre des heutigen Ständeratskandidaten an der Spitze der Jungsozialisten (Juso). Sie haben in Amerika die Aktionen der sozialistischen Demokraten um Alexandria Ocasio-Cortez studiert und übertragen die Methoden jetzt mit Aushängeschild Wermuth auf die Schweiz.

Es ist ein Angriff mit der Doppelzange: einerseits mit einer aggressiven Kampagne im Netz samt erfolgreichem Crowdfunding, andererseits mit einem Beackern der Basis, wie man es in dieser Form und Dichte hierzulande noch nicht gesehen hat. Diese «Basiskampagne» umfasst neben Telefondirektmarketing auch das sogenannte *door knocking*, zu Deutsch: Hausbesuche.

Nach den «solidarischen Grüßen» kommt direkt die IBAN-Nummer des Kampagnenkontos.

Der Plakatgott steigt hinab und gibt sich als Menschensohn zum Anfassen. «Ich verrate den Leuten auch meine private Natelnummer», sagt er. Offenbar hält er das für eine besondere Ehre.

Seit Anfang Jahr – früher, als es jeder andere National- oder Ständeratskandidat gemacht hat – ist er unter dem Motto «Triff den Wermuth» in rund sechzig Haushalten zu Gast gewesen, jeweils vor fünfzehn bis zwanzig Personen, drei Stunden lang. Damit erreichte er 1000 bis 1200 potenzielle Wähler, die dann – so das Kalkül – ihrerseits wieder von der Begegnung mit ihm weitererzählen. Dabei merkten die Leute, dass er «nicht der durchgeknallte linksextreme Kommunist» sei, den man ihm anhängen wolle. «Mein Angebot ist: Ich rede mit allen.»

Erste E-Mail um 6.38 Uhr

Ob es reicht, um den Sitz von Pascale Bruderer zu halten, die vielen Mittewählern dank ihrem bürgerlichen Habitus akzeptabel erschien, ist offen. Sicher ist, dass die Kassen klingeln. Über 300 000 Franken an Spenden seien bisher zusammengekommen, erklärt Wermuth. Das ist deutlich mehr, als seine bürgerlichen Hauptkonkurrenten aufwerfen. Der Sozi, der mit Vorliebe gegen die «reichen Lobbys» und «Bonzen» wettet, klotzt in diesem Wahlkampf im grossen Stil.

Wie fix seine *campaigners* in der digitalen Sphäre agieren, illustriert die folgende Episode: Am vergangenen Freitag veröffentlichte die *Aargauer Zeitung* eine Umfrage zu den Ständeratswahlen, durchgeführt vom Politgeografen Michael Hermann. 2223 Stimmberechtigte nahmen daran teil. Demnach liegen Thierry Burkart (FDP) mit 43 Prozent und Hansjörg Knecht (SVP) mit 38 Prozent deutlich vorn. Wermuth folgt auf Rang drei, mit 29 Prozent der Stimmen. Noch bevor die Zeitung am Morgen im Briefkasten liegt, landet um 6.38 Uhr eine E-Mail von Cédric Wermuth im Posteingang. Die Abonnenten des Newsletters werden mit Du angesprochen und erfahren, «dass wir auf Kurs sind». «Neue Umfrage zu den Wahlen: Es sieht gut aus!!», verkündet bereits der Betreff, ergänzt um zwei Emojis: einen muskulösen Arm in präpotenter Bizepspose und eine steil nach oben zeigende Kurvengrafik. Der Empfänger wird aufgefordert, bei der Kampagne mitzuhelfen und zu spenden. Nach den «solidarischen Grüßen» kommt direkt die IBAN-Nummer des Kampagnenkontos.

«Tonnenweise Kreide gefressen»

Die Frohbotschaft per Mail kontrastiert allerdings mit der Tatsache, dass Wermuth gemäss Umfrage im bürgerlichen Lager «keine Stimmen» holt. Er sei «offenbar nervös, trotz unglaublichem finanziellem und physischem Einsatz», sagt Patrik Müller, Chefredaktor CH Media und Aargau-Kenner, auf Anfrage. Dazu passe, dass sich Wermuth häufig bei der Redaktion melde und beklage, seine «Heimatzeitung» sei gegen ihn eingestellt. «Einen absurderen Vorwurf kann es nicht geben», kontert Müller. Wermuth habe eine «enorme Präsenz» in den AZ Medien. «Er führt sich auf wie früher die Freisinnigen, die auch meinten, sie könnten der AZ Direktiven erteilen.»

Trotz der momentanen Rücklage rechnet sich Wermuth Chancen aus. Dabei richtet er sich am ehemaligen Gewerkschaftsboss Paul Rechsteiner auf, der vor acht Jahren im Kanton St. Gallen aus einer ähnlichen Position startete und dann im zweiten Wahlgang sensationell den Sprung ins Stöckli schaffte, an der Seite der heutigen Bundesrätin Karin Keller-Sutter (FDP).

Die Frage, die sich nicht nur im Aargau alle stellen, lautet angesichts dieser Ausgangslage:



Weltrevolution in Raten: Hochglanz-Politiker Wermuth in der Aarauer Altstadt.

Wie sehr muss er sich verbiegen, um in der Majorwahl zu punkten? Wie viel des Joint rauchenden, Häuser besetzenden Jungsozialisten steckt noch im Ständeratskandidaten Wermuth? Oder andersherum: Ist er, seiner tiefsten Überzeugung nach, immer noch Marxist und Revoluzzer? Wo steht Subcomandante Cédric eigentlich genau?

Wir richten die Frage an ihn selbst, beim ersten von zwei Treffen, letzten Donnerstag im Bundeshaus in Bern. Ein Teil der Antwort erschliesst sich sofort, bevor überhaupt die ersten Worte fallen. Statt abgerissener T-Shirts, Jeans und Turnschuhen, wie in seinen Juso-Jahren, trägt er jetzt einen dunkelblauen Anzug und modische Stiefeletten. «Marx im Schafspelz», titelte die *Zeit*. Äusserlich verströmt er die Aura des Bürgerlichen, er könnte glatt als Junganwalt oder gar Banker durchgehen. Die explizite Antwort ist dann typisch für Wermuth – und erinnert entfernt an jene Islamisten, die sich in der Öffentlichkeit ein moderates Mäntelchen umlegen. «Ich bin schlauer geworden», sagte er. «Mein Vorteil ist, dass alle meine Positionen kennen.» Den Radikalinski rauszuhängen, ist gar nicht nötig. Die linke Gefolgschaft ist ihm sicher, und gegen aussen präsentiert er sich gesittet und konziliant.

Dabei lernt er schnell. Konkurrent Knecht erinnert sich, wie Wermuth am ersten Podium der Ständeratskandidaten «steif und fest behauptete, die Unternehmer beuteten die Arbeiter aus». Schon beim zweiten Podium habe Wermuth auf diese Aussage verzichtet. «Wahrscheinlich sagte ihm jemand: «Pass auf, du bist im Ständeratswahlkampf.»» Ein anderer Beobachter wöhnt, Wermuth habe «tonnenweise Kreide gefressen».

Die bürgerliche Schale lässt er sich jedenfalls etwas kosten; für seine perfekt sitzenden Anzüge gibt er bis zu tausend Franken aus. Und dafür, dass er immer wie aus dem Ei gepellt daherkommt, lässt er sich sogar die Augenbrauen zupfen. «Ein Kollege sagte, es sehe nicht so gut aus. Meine Frau teilte diese Ansicht.» Der schöne Schein ist ihm wichtig, und er geht dabei weiter als die meisten Schweizer Politiker. Für seine Kampagne liess er sich mit seinen beiden kleinen Mädchen ablichten; die eine ist vier, die andere ein Jahr alt. An diese Form der privaten politischen Totalvermarktung muss man sich in unseren Breitengraden erst gewöhnen. Wermuth, so der Eindruck, kennt nichts, und er gibt alles für die Politik.

«Er arbeitet wie eine Wildsau»

Das gilt besonders für den Wahlkampf, dem er sich als Berufspolitiker voll und ganz widmen kann, aber auch für seine politische Alltagsarbeit im Nationalrat. «Ich gehe jedes Geschäft so an, als ob es das letzte wäre», erklärt er seinen existenzialistisch anmutenden Ansatz. Hört man sich bei Freund und Feind im Bundeshaus um, wird schnell klar: Wermuth geniesst unter

seinen Ratskollegen Respekt. «Er macht die Dinge nie halb», sagt SP-Fraktionspräsident Roger Nordmann und fügt an: «Er arbeitet wie eine Wildsau, wenn man das so sagen kann.» Nordmann lobt die «schlaue Linie» von Wermuth: «Er ist sicher keinen Millimeter von seinen Überzeugungen abgewichen, auch wenn er auf Provokationen im Juso-Stil verzichtet.»



Marxist in Bürgerschale: Kampagne 2019.

Pascale Bruderer hält ihn durchaus für fähig, «Brücken zu bauen», auch als Ständerat. «Er ist trotz pointierter Positionen in der Lösungsfindung immer ein pragmatischer Politiker gewesen.» Wermuths enorm aufwendiger Wahlkampf sei «einzigartig in der Schweiz». Die Berner Nationalrätin Nadine Masshardt, wie Wermuth im Vizepräsidium der Fraktion, betont, dass er eben nicht nur Show mache, sondern vor allem ein «solider Schaffer» sei. Unbestritten über die Parteigrenzen hinaus sind seine brillante Rhetorik und sein scharfer Intellekt, zudem hilft ihm seine Mehrsprachigkeit. In der Wandelhalle des Bundeshauses kann man ihn beobachten, wie er locker Interviews auf Französisch und Italienisch gibt. Damit punktet er auch bei den Journalisten.

Manchmal ist es aber auch zu viel des Guten. Sein Gegenüber erdrückt er oft geradezu mit seinen Reden. Er sondert Wortwolken zu allem ab, heisst es im Lager seiner Kontrahenten. Vielleicht mache er das ja ganz bewusst. Es würde jedenfalls zu seiner Camouflage-Taktik passen, ja nicht mit allzu konkreten Aussagen aufzufallen. Für ihn Unangenehmes und Widersprüchliches schnorrt er einfach weg. Etwa seine viel diskutierte Behauptung im Zusammenhang mit seiner Nomination, er sei der bessere Feminist und letztlich die bessere Frau als seine Mitbewerberin Yvonne Feri. Viele in der Partei fan-

den das «schon etwas speziell». Wermuth selbst erklärt gegenüber der *Weltwoche*: «Ich finde das Argument für eine Frau absolut legitim. Aber ich bin der einzige Mann der Aargauer Linken in Bern. Wir setzen konsequent auf Ausgleich, seit Jahren.» Sagt's, ohne mit der Wimper unter der frischfrisierten Augenbraue zu zucken.

Wo sind die Groupies?

Wir sitzen jetzt zum zweiten Mal innert zweier Tage zusammen, im Café «Mabelle» am Rand der Altstadt von Lenzburg. Es ist Freitagabend, die Dunkelheit bricht herein. Er bestellt eine Stange Bier und lässt sich vom Barkeeper, der ihn irgendwie erkannt hat («Bist du nicht vom TV?») bereitwillig zu einem Gruppenbild mit Politiker einladen. Hinter ihm liegt der weniger glanzvolle Teil seiner Arbeit: Mit ein paar lokalen Genossen verteilte er Flyer an einem SP-Stand. Drei junge Frauen machten etwas handgestrickte Musik dazu. Es gab Pommes-Chips und Süssmost. Das Interesse der wenigen Passanten hielt sich in Grenzen. Von «Groupies», wie man sie Wermuth nachsagt, war nichts zu sehen. Der Glamour-Boy der Schweizer Linken schien froh, als er sich endlich davonmachen konnte.

Geht es um Persönliches, ist er nicht ganz so eloquent, wie wenn sich das Gespräch um Politik dreht. Kürzlich hat er in der *Schweizer Illustrierten* Einblick in ein schwieriges Kapitel seiner Jugend gegeben: Seine Mutter litt an manisch-depressiven Störungen und starb unter ungeklärten Umständen, als er fünfzehn war. Zuvor hatte sie mehrere Suizidversuche unternommen. Die Auskünfte darüber waren nicht ganz freiwillig: Der Journalist Max Küng schrieb zuerst im *Magazin* darüber, gegen Wermuths Willen. So habe er sich zusammen mit

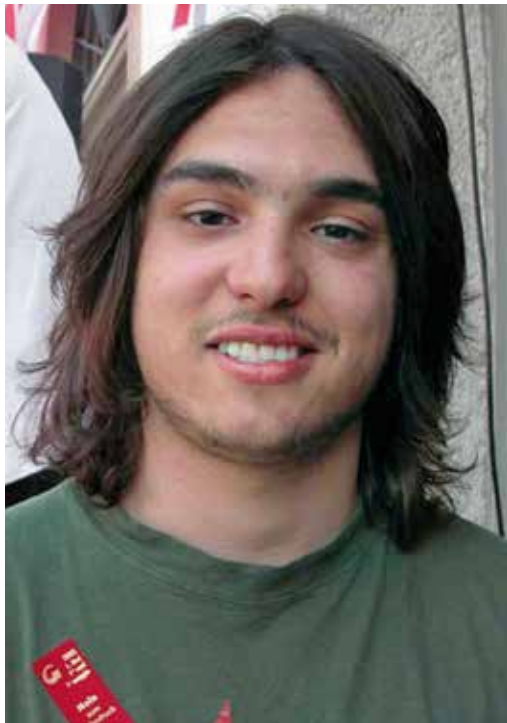
«In der Klimakrise reicht das Klein-Klein nicht! Es braucht eine fundamentale Umkehr!»

seinem Vater und seinem Bruder entschlossen, einmal darüber zu reden. Der Verlust der Mutter sei ein «gewalttätiger Moment» gewesen, der einen an die Verletzlichkeit des eigenen Lebens erinnere, erzählt Wermuth. Vielleicht habe er wegen der Krankheit der Mutter in der Pubertät «nicht so rebellierte» wie andere. Ob er es dann in der Politik umso mehr nachgeholt hat? Mag sein.

Ironie mit FDP-Müller

Interessant ist eine weitere frühe Prägung, die bis heute im Duktus seines Politisierens spürbar ist. Von seinen Eltern, die beide Heilpädagogen waren, habe er gelernt, dass man gegen Ungerechtigkeiten ankämpfen und sich wehren solle. Das Motto «Ändere, was dich stört!» wurde später zum Schlachtruf Wermuths als Juso-Präsident (2008 bis 2011). Fast schon ironisch – und

zugleich sprechend für seinen weiten Weg vom Hausbesetzer zum salonlinken Staatsmann – ist, was ihn in der Jugend politisiert hat: Es war die 18-Prozent-Initiative von Philipp Müller, dem späteren FDP-Präsidenten und jetzt abtretenden Ständerat. Dagegen kämpfte Wermuth wütend an – und heute spannt er mit Müller aufs engste zusammen, wenn es darum geht,



Für die extreme Linke ein «Verräter»: als Jusos, 2005.

die Anstrengungen der SVP im Migrationsbereich zu vereiteln. So war es bei der Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, als die beiden im Pas de deux in den jeweiligen Kommissionen von National- und Ständerat den Ton angaben. Und so war es in der letzten Session, in der sie anlässlich der Debatte über die SVP-Begrenzungsinitiative gemeinsam auf einem Foto mit Schweizer Flagge posierten.

SP soll stärkste Partei werden

Für die extreme Linke sei er längst ein «Verräter», sagt Wermuth. «Ich bin parlamentarischer geworden und habe mich bewusst für diesen Weg entschieden.» Je länger das Gespräch mit ihm dauert, desto mehr redet er sich in Fahrt. Dabei blitzen immer wieder Momente auf, in denen er deutlich Distanz zum «System» mit seiner «Marktlogik» markiert. So sagt er: «Ich operiere in Plan B oder C.» Die Botschaft dahinter: Selbst mit der Eroberung eines Ständeratsitzes wären die Ansprüche eines Cédric Wermuth noch nicht befriedigt. Das Ziel setzt er sich viel höher: «Langfristig» wolle er die SP zur «stärksten Partei» machen und die Schweiz nach links verschieben.

Die geschliffene Erscheinung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser fulminante Hochglanzpolitiker im Kern ein Marxist geblieben ist. Der Kapitalismus sei «ein System

der immanenten, verschleierte ökonomischen Ausbeutung», schreibt Wermuth in einem von ihm und Beat Ringger herausgegebenen Sammelband «zur Frage, wie das Werk von Marx heute fruchtbar gemacht werden kann». Die Wirklichkeit sei falsch eingerichtet, man müsse sie radikal verändern. Wörtlich heisst es: «Das Programm zur Überwindung des Kapitalismus kann unserer Meinung nach nur das Programm einer umfassenden Demokratisierung sein, mitsamt der Umformung der bestehenden Eigentumsverhältnisse.» Die «bürgerliche Demokratie» sei nur ein «schwaches Abbild» dieses sozialistischen Idealzustands. Die «Wirtschaft» (in distanzierende Anführungszeichen gesetzt), wie wir sie heute kennen, würde es dann nicht mehr geben. Das Buch mit diesem unmissverständlichen Bekenntnis ist keine Jugendsünde von Wermuth – es ist im letzten Jahr erschienen. Aufschlussreiche Randnotiz: Eines der zwei von ihm mit verantworteten Kapitel hat er mit seinem Bruder Yann verfasst. Dieser schreibt an einer philosophischen Dissertation über Nietzsche – und arbeitet als Unternehmensberater für grosse internationale Firmen, wo er Marktanalysen erstellt. Soll noch jemand sagen, die Wermuths seien nicht flexibel.

Ausgestattet mit dem Macht-Gen

Aus seinen Ansichten hat Cédric Wermuth nie ein Geheimnis gemacht, da hat er schon recht. In einer Bilanz über das «Juso-Projekt 2007 bis 2011» steht der Satz: «Unter «radikalem Pragmatismus» verstehen wir den Versuch, die Spielräume des real existierenden neoliberalen Kapitalismus so zu nutzen, dass eine graduelle Verschiebung der Machtverhältnisse in Richtung ihrer Auflösung stattfindet.» Weltrevolution quasi in Raten. Einen Vorgeschmack darauf gebe die «1:12-Initiative für gerechte Löhne». Mitautor war damals unter anderen Marco Kistler, der heute Wermuths Kampagne dirigiert.

Der Zürcher Nationalrat Daniel Frei, der kürzlich mit grossem Medienecho von der SP zu den Grünliberalen gewechselt hat, ist ein kluger Beobachter der Szene. Er sieht in Wermuths Zug ins Grundsätzliche («Er will die Gesellschaft umgestalten») so etwas wie einen Standortvorteil in den internen Debatten: Es mache ihn «schlagkräftiger und proaktiver» als andere. Liest man die dröhnenden Manifeste, drängt sich jedoch die Frage auf, ob sich hier ein paar nicht mehr ganz so junge Herren (dabei war mit der heutigen Gewerkschaftssekretärin Tanja Walliser auch eine junge Frau) nicht selbst überschätzen. Dabei sollte man allerdings im Auge behalten, dass den Jungsozialisten unter Präsident Wermuth ein Coup gelungen ist: Sie haben sich praktisch aus dem Nichts zu einer Kraft entwickelt, die in der Mutterpartei den Ton angibt. Ausdruck davon ist das Lausanner Parteiprogramm von 2010 (Armee und Kapitalismus abschaffen!) – und nicht zuletzt der rasante Aufstieg von Wermuth inner-

halb der SP. Beides verdankt sich auch dem Umstand, dass nach der historischen Wahlschlappe von 2007 mit Christian Levrat ein Parteipräsident ans Ruder kam, der die aufstrebenden Jungspunde mit offenen Armen empfing.

Bereits wird Wermuth als möglicher Nachfolger von Levrat gehandelt. Ausgestattet mit einem robusten Macht-Gen und dem Drang zu höheren Ämtern, dürfte mit ihm auf jeden Fall zu rechnen sein. Zugutekommen könnte ihm dabei, dass in der Partei der Ruf nach einem Deutschschweizer erschallt und er mit seinen vielen Followern auf den Social-Media-Kanälen eine Art politische Privatarmee im Rücken hat. Damit kann er die Partei unter Druck setzen.

Politik mit der grossen Kelle

Ohnehin scheint die Stunde günstig für den Angriff. Im Aargauer Wahlkampf dominiert, wie überall, ein Thema: das Klima. Darüber doziert Wermuth ungefragt im «Mabelle», während er an seinem zweiten Bier nippt. «In der Klimakrise reicht das Klein-Klein nicht! Es braucht eine fundamentale Umkehr!» Das Radikale sei heute das Pragmatische. Das ist wieder so ein typischer Wermuth-Satz. Egal, was es kostet, egal, was es bringt: Die Klimapolitik ist auch deshalb sein neues Steckenpferd, weil sich darauf endlich wieder eine schwungvolle Attacke auf das kapitalistische System und die liberale Demokratie reiten lässt.

Aber Wermuth ist nicht naiv. Er weiss natürlich, dass es immer schon die Versuchung der Sozialisten war, Politik mit der grossen Kelle zu machen. «Die Gefahr bei allen Ideologien, die die Welt besser machen wollen, ist immer, dass jemand zu Gewalt greift.» Das lehne er entschieden ab. Wirklich beruhigend klingt seine demokratisch abgemilderte Fundamentalrhetorik in Zeiten des neuen militanten Ökologismus trotzdem nicht. ○

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR MEDICAL-STELLEN

Mit www.medicjobs.ch qualifiziertes Fachpersonal im Arzt- und Pflegebereich finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.medicjobs.ch

medic jobs

Heizen mit Geld

Das Verbot von Ölheizungen bringt viele Hausbesitzer finanziell in die Bredouille. Für eine Reihe von Politikern und Verbandsvertretern zahlt sich dieses Verbot am Ende aus.

Von Hubert Mooser

Der Waadtländer Nationalrat und SP-Fraktionschef Roger Nordmann strahlt nach dem Entscheid des Ständerates zur CO₂-Revision, als hätte er einen Sechser im Zahlenlotto gewonnen: «Der Ständerat hat gut gearbeitet!» Jetzt müsse man seinen Plan nur noch umsetzen, sagt er. Sein Plan, das ist eine Grossoffensive für Solarstrom, die im sogenannten Marshallplan der SP konkretisiert ist. Weg vom Öl und die Solarstromproduktion um das 25-Fache steigern, so lautet das Credo von Nordmann und seinen Mitstreitern.

Das ist nicht bloss kühn und keck, sondern vor allem frech. Denn Nordmann ist Präsident von Swissolar, dem Fachverband für Solarenergie mit zirka 700 Mitgliedern, unter ihnen über 500 Solar-Profis wie Planer, Berater, geprüfte Fachfirmen und Installateure. Und die vom Ständerat in der Herbstsession beschlossene CO₂-Revision wird das Geschäft für die Mitglieder von Swissolar erst richtig ankurbeln – auf dem Buckel von Steuerzahlern, Hausbesitzern und Autofahrern.

Unter dem Eindruck einer von Wissenschaftlern, Medien sowie grünen und linken Politikern angestachelten Klimahysterie hat der sich sonst bürgerlich gebende Ständerat ein CO₂-Gesetzespaket verabschiedet, wie es in dieser Radikalität zu Beginn der eben zu Ende gegangenen Legislatur völlig undenkbar gewesen wäre: höhere Abgaben auf Benzin, Diesel, Heizöl und Gas, schärfere Grenzwerte für mit fossilen Brennstoffen betriebene Heizungen und Fahrzeuge, eine Flugticketabgabe sowie ein Klimafonds. Diese Massnahmen hören sich an, als habe der Ständerat bei der CO₂-Vorlage das Parteiprogramm von SP und Grünen abgekupfert.

Eine besonders einschneidende Massnahme ist das faktische Verbot von Ölheizungen ab dem Jahr 2023. Dann gelten nämlich strengere CO₂-Grenzwerte für Gebäude, die alle fünf Jahre weiter verschärft werden. «Wir verbieten keine Ölheizungen», sagt Ständerat Damian Müller (FDP), der sich mit der komplizierten Vorlage intensiv befasste, «wenn ein Hausbesitzer sein Gebäude energetisch saniert und den Verbrauch markant reduziert, kann er weiterhin eine Ölheizung installieren.» Faktisch läuft es auf das Gleiche hinaus: entweder für Zehntausende von Franken das Haus sanieren oder für Zehntausende von Franken die Ölheizung durch ein Heizsystem ersetzen, das weniger CO₂ produziert. Hausbesitzer werden in jedem Fall zu hohen Investitionen gezwungen.



Nur noch umsetzen: Profiteur Nordmann.

SVP-Präsident Albert Rösti, im Nebenamt auch Präsident von Swissoil, dem Verband der Brennstoffhändler, denen mit dem vorliegenden CO₂-Gesetz die Existenzgrundlage entzogen wird, wusste auch ohne Rücksprache mit der Partei: «Gegen diese Revision werden wir das Referendum ergreifen.» Das sagt Rösti aber nicht bloss, weil er als Vertreter der Öl-Lobby das sagen muss. Er weiss auch, was es kostet, wenn man statt einer Ölheizung zum Beispiel eine Wärmepumpe installieren muss: «Eine Ölheizung kostet um die 15 000 Franken, der Einbau einer Wärmepumpe um die 50 000 Franken.» Die finanzielle Unterstützung des Staates im Rahmen des Gebäudeprogramms ist dabei, gelinde gesagt, nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein.

Umbaukosten übernehmen

Der Hauseigentümergebiet und ihr Präsident, Nationalrat Hans Egloff (SVP), gehen denn auch von einer Verteuerung der Wohn-

Die Massnahmen hören sich an, als sei das Parteiprogramm von SP und Grünen abgekupfert worden.

kosten für die ganze Bevölkerung aus. Darum müssten eigentlich nicht bloss die Hauseigentümer, sondern auch die Mieterverbände zum Sturm auf die CO₂-Revision blasen.

Doch der Präsident des Mieterverbandes, SP-Nationalrat Carlo Sommaruga, findet es richtig, dass die CO₂-Grenzwerte für Gebäude verschärft werden. Aber: «Es darf nicht sein, dass die Kosten einer energetischen Gebäudesanierung dann auf die Mieter überwältigt werden.»

Der Staat müsse für die gesamten Sanierungskosten aufkommen, findet Sommaruga. «Wenn er die Spielregeln ändert, dann muss er für daraus resultierende Folgen auch aufkommen.» Die CO₂-Abgabe dürfe auf keinen Fall an die gesamte Bevölkerung zurückverteilt werden, sie müsse vollständig in die Sanierung des Gebäudeparks fliessen.

Wie kam es überhaupt so weit? Fest steht: Ohne Pirouetten der FDP in der Klimafrage hätte es dieses CO₂-Gesetz nie gegeben. Die Partei spricht in ihrer Medienmitteilung nach dem Ständeratsentscheid von «griffigen» Massnahmen. Griffig? Der Allerweltsbegriff steht neu als Chiffre für staatliche Regulierungen, mit denen man den Bürgern das Geld aus der Tasche zieht. Denn die CO₂-Abgabe ist, anders als häufig behauptet, keine Lenkungsabgabe. Nur rund die Hälfte wird an die Bevölkerung zurückverteilt, der Rest geht in die Kassen des Staates. «Korrekterweise müsste man eigentlich von einer neuen Steuer sprechen», raunt ein Ständerat, der nicht namentlich zitiert werden möchte. Schlimmer noch: Mehrere Ständeräte betonten gegenüber der

Weltwoche, dass diese CO₂-Revision ein sehr «kompliziertes Konstrukt» sei, bei dem fast keiner mehr so richtig den Durchblick gehabt habe.

Dennoch hat nur Peter Föhn (SVP) – nebst drei Enthaltungen – gegen die vom Ständerat fabrizierte CO₂-Revision gestimmt. Liegt es vielleicht daran, dass eine Reihe von Ständeräten aufgrund ihrer vielfältigen Mandate nebenbei auch davon profitieren?

Klingelnde Kassen überall

Weg vom Öl bedeutet bei gleichzeitigem Ausstieg aus der Kernenergie massiv mehr Strom aus erneuerbaren Stromquellen. CVP-Ständerat Beat Rieder sagt das während der CO₂-Debatte so: «Wir legen den Grundstein für einen signifikanten Anstieg des Stromverbrauchs im Winter, wo wir bereits jetzt stark Strom importieren und bei unserer Versorgungssicherheit an die Grenzen stossen.» Das bedingt eine weitere Ausdehnung der Förderbeiträge für erneuerbare Energien und den Ausbau von Wasserkraft. Energieministerin Simonetta Sommaruga (SP) hat bereits angekündigt, dass sie für 2020 eine entsprechende Vorlage zur Debatte stellen will.

Vor diesem Hintergrund profitieren auch viele Stromunternehmer vom CO₂-Paket. Und in deren Verwaltungsräten sitzen Ständeräte. Zum Beispiel Martin Schmid (FDP) – er ist gegen alle Fälle gewappnet: Er hat als Verbandspräsident der Schweizerischen Gasindustrie bei den fossilen Energieträgern ein Bein im Geschäft. Daneben ist er aber auch Verwaltungsrat bei der Graubündner Elektrizitätsgesellschaft Repower AG und den Engadiner Kraftwerken AG. Schmid ist auch Verwaltungsrat bei der Fontavis AG, einer Investmentgesellschaft, die in grossem Stil Gelder in erneuerbare Energieträger investiert. Die Ständeräte Thomas Hefti (FDP), Werner Luginbühl (BDP), Stefan Engler (CVP), Beat Vonlanthen (CVP), Isidor Baumann (CVP) und Jean-René Fournier (CVP) sitzen ihrerseits in Verwaltungsräten von Wasserkraftwerkunternehmen.

Wenn nach den Wahlen die Vorlage vom Nationalrat behandelt wird, werden sich zur Wasserkraft-Lobby die links-grünen Vertreter alternativer Energieverbände wie eben Nordmann oder wie der Präsident der Grünliberalen, Jürg Grossen, gesellen. Grossen sitzt seit 2011 im Vorstand von Swisscleantech. Der Verband fordert schon lange, dass bis 2050 alle Gebäude CO₂-frei beheizt werden müssen. Und wenn Grossen für das Klima streitet, fällt meistens auch ein Stück für das eigene Geschäft ab.

Kurzum: Das CO₂-Paket ist ein Bombengeschäft für viele Parlamentarier, die es geschnürt haben. Bezahlen werden die Bürger, die sie gewählt haben. Statt mit Brennstoff wird nun mit Geld geheizt. ○

Gegenrede

Lob des Pöstchen-Parlamentarierers

Man sollte es mit der Offenlegung in der Politik nicht zu weit treiben. Sonst landen wir bald beim Berufsparlament und bei staatlich finanzierten Parteien. *Von Katharina Fontana*

Geht es um das Thema Transparenz, sind die Rollen von Gut und Böse klar verteilt. Wer dafür ist, gehört zu den Guten, wer dagegen ist, hat offenbar etwas zu verbergen. So gelten etwa all jene, die noch zum Bankgeheimnis stehen, schnell einmal als Steuerhinterzieher – wer auf finanzieller Privatsphäre beharrt, macht sich heutzutage bereits verdächtig. Auch in der Politik scheint volle Transparenz das Gebot der Stunde zu sein. Dass ein Gutteil der eidgenössischen Parlamentarier in Verwaltungsräten oder Verbänden Einsitz nimmt, Pöstchen aneinanderreihet und dafür stattlich entschädigt wird, sorgt derzeit für Schlagzeilen, auch in der *Weltwoche* («Geldmaschine Bundeshaus», Nr. 39/19).

Natürlich kann man sich über bürgerliche Politiker wie Josef Dittli, Sebastian Frehner und wie sie alle heissen aufregen, die sich ihr Amt mit lukrativen Mandaten versilbern lassen und sich im Gegenzug für die jeweilige Branche wacker ins Zeug legen. Und natürlich ist es amüsant, wenn Daniel Jositsch oder andere aus der «Für-alle-statt-für-wenige»-Fraktion als Pöstchenjäger und Cüpli-Sozialisten entlarvt werden. Doch wo liegt die Grenze? Sollen Parlamentarier überhaupt keine bezahlten Mandate ausüben dürfen? Wie steht es mit ihrem Beruf? Sollen sie ihre Einkünfte vor den Wählern offenlegen müssen, um vertrauenswürdig zu sein? Braucht es schärfere Regeln gegen Interessenkonflikte?

Soll beispielsweise der Bauernverbandspräsident, der jeweils bei der Landwirtschaftspolitik tüchtig mitbestimmt, noch im Parlament sitzen? Oder genügt es, dass die verschiedenen Pöstchen – wie dies heute der Fall ist – deklariert werden müssen und jeder, der es wissen will, sich ein Bild machen kann?

Anstand und Integrität

Die Schweiz hat ein Milizsystem mit Milizparlamentariern. Es gibt keinen Grund, sich entrüstet zu zeigen, wenn diese einen Beruf haben, Nebenjobs ausüben und Interessen vertreten. Sicher, Politiker müssen ein Gespür dafür haben, was geht und was nicht, es braucht politischen Anstand und persönliche Integrität; manch einer könnte sein Sensorium hier

sicher noch schärfen. Doch treibt es ein Politiker zu bunt, wechselt er seine Meinungen je nach Mandat, stellt er den persönlichen Vorteil über die politischen Prinzipien, bleibt das meist nicht unbemerkt und hat für den Betroffenen unangenehme Medienberichte zur Folge. Wer fordert, die Milizparlamentarier müssten auf Mandate verzichten, wer nach dem gläsernen Parlamentarier ruft, ebnet letztlich den Weg zum Berufsparlament. Dann werden irgendwann nur noch Politiker in Bern sitzen, die unbelastet von Berufserfahrung und Fachwissen sind und die man nirgends sonst einsetzen kann.

Um dasselbe Thema dreht es sich bei der sogenannten Transparenz-Initiative beziehungsweise beim Gegenentwurf, die im Parlament hängig sind. Sie fordern von den Parteien finanzielle Offenlegung und wollen in deren Kassen hineinleuchten. Letztlich geht es auch hier um



Manch einer könnte sein Sensorium schärfen: Ständeratssaal.

die Frage, ob die Schweiz ihr Milizsystem behalten will. Denn dieses basiert darauf, dass die Politik auf private Gelder zurückgreift und dabei, ganz schweizerisch, gegenüber den Spendern Diskretion walten lässt. Man sollte sich keine Illusionen darüber machen, wohin die gesetzlich verordnete Transparenz führen würde. So sicher wie das Amen in der Kirche käme der Ruf, der Staat müsse für gleich lange Spiesse sorgen und ausgleichende Subventionen an jene Parteien ausrichten, die bei den privaten Zuwendungen zu den weniger Glücklichen zählen. Damit wären wir auf dem besten Weg in Richtung staatlich finanzierter Parteien und Berufsparlament. Dass dieses System besser wäre als das heutige, darf bezweifelt werden. Dann doch lieber ein paar Pöstchenjäger.



Billion dollar view: Herrliberg an der Goldküste.

Zauberberg am Zürichsee

Die schönsten Orte, so sagt man, sind Gott und den Reichen vorbehalten. Ein Streifzug durch Herrliberg, in dessen Skandalchronik soeben das erste Kapitel geschrieben wurde. *Von Michael Bahnerth*

Das war das Jahr 2000 in der Schweiz: Ein Crossair-Flugzeug stürzte kurz nach dem Start in Kloten ab, das Stimmvolk sprach sich für die Annahme der bilateralen Verträge aus, die Grossbanken UBS und CS zahlten 1,25 Milliarden Dollar an Überlebende des Holocaust als Abgeltung aller Forderungen aus dem Zweiten Weltkrieg, SP-Präsidentin Ursula Koch gab entkräftet den Kampf gegen Vizepräsident Pierre Aeby auf, der Benzinpreis stieg auf über Fr. 1.40 und löste Proteste aus, das Klima war kein Thema, und im kleinen Dorf Herrliberg machten sie einen auf lustig, gaben sich ein Logo, nannten sich fortan «Herrli(ch)berg» und hielten es für einen «mutigen Paukenschlag».

Sechzehn Jahre lang dauerte die selbsternannte herrliche Phase, als das reichste Dorf der Schweiz höher hinauswollte als hoch, dann aber kam der Gemeinderat zum Schluss, «dass dieses Logo den Zenit» überschritten habe. Die Gemeinde hat nun wieder das alte Logo mit den drei Doppeljochen, im Gegen-

satz zu früher einfach mit gelber Farbe unterlegt. Bevor die Reichen kamen und als Herrliberg noch ein Bauerndorf war, sollen jeweils sechs Ochsen unter den Doppeljochen die Anstiege am Berg bewältigt haben.

Es gab schon damals in diesem Dorf, in dem heute viel mehr Geld ist, als je Heu war, eine Zweiklassengesellschaft. Unten waren die Zürcher Bauern, die sich die Hände nicht schmutzig machen wollten und sich um die Reben kümmerten, oben waren die zugezogenen Berner Bauern mit ihren Kühen und Misthaufen.

Charme eines Banksafes

Viel verändert hat sich nicht wirklich seit damals, nur dass das einstige Unten jetzt das Oben ist. Oben sind jene, die sich die Hände allenfalls nur noch im übertragenen Sinne schmutzig machen, unten sind jene, deren Hände sich am letzten Rest des Wohlstandes des helvetischen Mittelstandes festhalten. Wie schwer und beschwerlich ein Weg nach oben sein kann, er-

fährt man nirgends besser als in jenem Ort, der auch schon mal das «Beverly Hills» der Schweiz genannt wurde, was natürlich allein schon deshalb Unfug ist, weil Herrliberg Geld ohne Glamour hortet und über kaum mehr Wärme und Charme verfügt als ein Banksafe. Herrliberg ist unheimlich steil, es geht nur rauf oder runter, und erst ganz oben, über den Dächern der Superreichen, wird es etwas flacher. Man kann natürlich auch erahnen, wie steil hier ein Absturz von oben nach unten sein kann.

Dieses Jahr war ein klein wenig Sinkflug in Herrliberg. Nicht, dass die Reichen weniger reich geworden wären oder keine neuen Reichen Eingang in diesen monetären Olymp gefunden hätten, weil sie 4500 Franken pro Quadratmeter bezahlen können, das nicht. Es ist nur so, dass Herrliberg etwas von seiner lautlosen, wenn auch nur eingebildeten Herrlichkeit eingebüsst hat. Für etwas Lärm auf diesem Stück Erde, das so still ist wie eine Tausendernote, die zu Boden sinkt, hat einmal Roger

Federer gesorgt. Weil er nicht nach Herrliberg gezogen ist, wo er neben der Villa von Christoph Blocher, also ganz, ganz oben, ein Anwesen samt Seesicht vorne und Privatwald hinten von über 5500 Quadratmetern besitzt, sondern seine Zelte in Rapperswil-Jona aufschlagen wird. Das Grundstück wird gerade für 35 Millionen Franken angeboten. Verkauft worden, so hört man, soll es noch nicht sein.

Warum will Federer nicht nach Herrliberg, wo doch fast alle hinwollen? Wo Verleger Jürg Marquard schon ist und Christoph Blocher und Reisekönig Hans Imholz und Boblegende Erich Schärer und Ex-Bauunternehmer Christian Spleiss, der sich wegen Lärm und Flutlicht bis vor Bundesgericht mit dem örtlichen Fussballklub gestritten hat? Warum will Roger also nicht da hin?



Unten die Zürcher Winzer, oben die Berner Kuhbauern: Dorfswappen.

schon fast in Erlenbach. In diesem «Schipfgut», im Festsaal, soll der junge Goethe begeistert ausgerufen haben: «Hier muss man tanzen!» Später hat Gutsherr Hans von Meyenburg seinen Schwiegersohn namens Max Frisch, der sich von Gattin Trudy scheiden lassen wollte, gefragt: «Ja, können Sie sich das leisten, Herr Frisch?»

Wenn man es drastisch formulieren möchte, ist es so, dass Herrliberg gerade ein halbes Ausländerproblem hat. Nicht so wie alle andern Städte und Dörfer, die auf den Ausläufern des Olymps liegen oder auf den kargen Böden weiter weg. Es geht um zwei Männer, zwei Spitzenbanker, der eine heisst Iqbal Khan, er war der Shootingstar der CS, gleich steil auf dem Weg nach oben, wie es die Busenhardstrasse in Herrliberg ist, an der er wohnt.

Der andere heisst Tidjane Thiam, ist Khans Nachbar und CS-Chef, also Khans Vorgesetzter und gerade etwas auf dem Weg nach unten, wenigstens so von aussen betrachtet gefühlt. Khan, geboren in Pakistan als Sohn einer Schweizerin, kam als Zwölfjähriger nach Bubendorf und ist seither im Höhenflug. Thiam ist schon ganz nah am Himmel auf die Welt gekommen als Sohn einer ivoirischen Herrscherfamilie. Es klingt ein wenig nach David gegen Goliath, ist aber mehr das, was unter Frauen Stutenkampf heisst.

Es ist eine Geschichte, in der zuerst Khan aus Schutz gegen Thiam einen Sicherheitsdienst für sich selber engagierte, weil Thiam ihn massiv bedroht haben soll, und in der jetzt Thiam vor seinem Haus einen Sicherheitsmann stehen hat, vermutlich auch, damit in diesem Kampf wenigstens mal ein Unentschieden steht.

Schatten über der Busenhardstrasse

Ihr Streit begann in Herrliberg. Es ist nicht ganz klar, ob beide dort an der Schnittstelle zwischen den Reichen und Superreichen, etwas unterhalb des Fussballklubs, 2015 eingezogen sind oder nur Thiam und Khan später folgte; die Quellen sind nicht eindeutig. Auf alle Fälle war Thiam schon dort, und Khan liess an seiner Villa bauen, unendlich bauen, sogar am Wochenende, was Thiam so fertigmachte, dass er sich deswegen sogar bei seinem VR-Präsidenten Urs Rohner beklagt haben soll, der offenbar erfolglos versuchte, die beiden zu beruhigen. Der sehr verärgerte Thiam beging dann eine Ersatzhandlung und liess an einer Ecke seines Grundstückes zwei Bäume pflanzen, um Khan die *billion dollar view* auf den See zu vermiesen.

Anfang dieses Jahres gab Thiam eine Soirée in seiner Villa, Khan war, wieso auch immer, eingeladen, es soll Streit gegeben haben über den Baulärm, die Bäume und – wie einige kolportieren – auch Asien, wegen des Geschäfts mit der Vermögensverwaltung dort, das Khan gerne

übernommen hätte, Thiam aber nicht hergeben wollte, weil Asien ihm gehört, darüber, dass Khan Thiam nicht irgendwann, sondern bald als *capo* ablösen wollte, und schliesslich soll Khan auch noch Thiams Frau beleidigt haben.

Das jedenfalls ist die Zusammenfassung aus den diversen in- und ausländischen Zeitungsberichten. Khan gab dann bekannt, dass er zur Konkurrenz wechsele, zur UBS, was die CS veranlasste, den Abtrünnigen zu bespitzeln, was nicht nur einen ewigen Schatten über die Busenhardstrasse brachte, sondern auch einen, der das bisschen Sonne, das dem Finanzplatz Schweiz noch geblieben ist, gefährdet. Thiam, so sagt die CS, soll übrigens nichts von der Bespitzelung gewusst haben. Klar auch, dass dann, wie im Fall der CS, zwei Köpfe aus dem gehobenen Management geopfert werden, um jenen des Chefs zu retten.

Zweige des einen im Garten des andern

Vielleicht ist es etwas übertrieben, zu behaupten, die Khan-Thiam-Geschichte sei das erste Kapitel einer Skandalchronik Herrlibergs, eines Dorfs, das bis anhin mit ein bisschen Einbruchsdelikten und ein paar kleinen Überfällen zu tun hatte. Klar, Geld stinkt nicht, wie man so sagt, und bisher war Herrliberg äusserst geruchsfrei, wenn es auch nicht mehr «Herrli(ch)berg» war. Herrliberg scheint angekommen zu sein in den Niederungen der Probleme der nicht so begüterten Welt, in der sich Assis prügeln, wenn der Zweig eines Baumes des einen in den Garten des andern hängt.

Man sollte das Ganze im Herrliberger Milieu durchaus als Chance für das Dorf der Millionäre und Milliardäre sehen, das vielleicht ganz vieles hat, aber mit Sicherheit nicht jenes Quantum an Schmutz, das zu den Dingen im Leben zählt, die Geld nicht kaufen kann, aber ohne das die Reichen stets wie Arme scheinen. ○

VALUES WORTH SHARING

«Werden Sie Teil einer Bank, für die nicht nur Geld zählt.»

Elena Sager, LGT Mitarbeiterin seit 2006



Private Banking

lgt.ch/values

Hat jemand Fachkräftemangel gesagt?

Kaum irgendwo zeigen sich die negativen Folgen der Personenfreizügigkeit so deutlich wie bei den Arbeitslosenkassen. Die Zahl der arbeitslosen EU-Bürger ist massiv gestiegen, wie neue Zahlen belegen. *Von Barbara Steinemann*

Zuwanderung ist wichtig und notwendig für die wirtschaftliche Prosperität der Schweiz. Aus diesem Grund wird sie von keiner politischen Kraft grundsätzlich in Frage gestellt. 2014 befand eine Mehrheit in diesem Land, dass das erträgliche Mass der Zuwanderung überschritten sei, und stimmte der Masseneinwanderungsinitiative zu. Zu Recht, denn wie stark die Realität von einer gesunden Einwanderung entfernt ist, zeigt sich besonders augenfällig im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit.

Diese befindet sich auf einem Rekordtief, hören wir gerne von offizieller Seite. Die gute Nachricht basiert auf einer eigenwilligen und unüblichen Zählweise, die sich hierzulande eingebürgert hat. Sie erfasst nur jene Menschen, die bei einem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) registriert sind. Und diese verschwinden in der Regel spätestens nach 400 Bezugstagen aus den Statistiken. Ein ausgesteuerter, nicht mehr registrierter Stellensuchender senkt die offizielle Arbeitslosenquote, aber arbeitslos ist er noch immer: Er lebt von seinem Ersparten, muss sein Haus verkaufen, zehrt von einer allfälligen Erbschaft, lässt sich unfreiwillig frühpensionieren oder sieht sich im schlimmsten Fall gezwungen, beim Sozialamt Hilfe zu beantragen.

Wird jedoch nach den Regeln der internationalen Fachorganisation, der International Labour Organization, gezählt, so registriert die Schweiz rekordhohe 4,9 Prozent Erwerbslose: Jeder zwanzigste Einwohner sucht einen Job.

Eine spektakuläre Zahl, die schlecht zum Lamento über den Fachkräftemangel passen will. 2002 trat die Personenfreizügigkeit (PFZ) mit den EU-15 in Kraft, seit dem 1. Juni 2007 sind die letzten Hürden, die Kontingente und Höchstzahlen, weggefallen. Seither bestimmen die Unternehmen für alle EU-Bürger, ob sie einwandern dürfen. Von 2002 bis 2017 wurden in der Schweiz mehr als 850 000 Arbeitsplätze geschaffen. Mit diesem Beschäftigungsboom stechen wir im internationalen Vergleich positiv hervor. Irritierendweise ist die Erwerbslosigkeit nach internationaler Zählart jedoch in dieser Zeit massiv gestiegen; 2002 lag sie noch bei 3,5 Prozent.

Dass Jobwachstum und Zuwanderung eng miteinander verflochten sind, weiss die Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zü-

Personenfreizügigkeit produziert massiv mehr Arbeitslosen-Taggeld-Bezüger

Entwicklung der Anzahl Bezüger, nach Nationalität

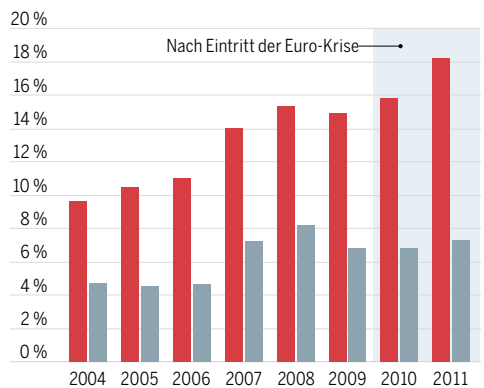
Nationalität	2002	2018	Steigerung
Schweiz	151 281	167 260	+10,5%
Bulgarien	149	1 076	+622%
Deutschland	4 105	15 845	+286%
Frankreich	3 576	8 720	+144%
Portugal	8 242	26 734	+224%
Polen	303	2 770	+814%
Rumänien	215	1 313	+511%
Slowakei	112	2 121	+1696%
Spanien	4 399	7 104	+61,5%
Ungarn	238	2 121	+791%
EU-28 gesamt	45 108	99 102	+119,7%
Alle ausser EU-28	207 108	213 727	+3,2%
GESAMT	252 216	312 829	+24%

QUELLE: SECO

Beheben Zuwanderer den Fachkräftemangel?

Steigende Migration in die Arbeitslosigkeit

Erwerbstätige Zuwanderer, die bis Ende des zweiten Jahres nach ihrem Zuzug mindestens einmal Arbeitslosenentschädigung bezogen haben (nach Zuwanderungsjahr)



■ Hauptbetroffene Länder Euro-Krise ■ Übrige Länder EU-17/Efta
 QUELLEN: ZEMIS (SEM 2014), AHV-REGISTERDATEN (ZAS 2014), AVAM/ASAL (SECO 2014), BERECHNUNGEN BASS

Kontingente wären sinnvoll.

Die Wirtschaft besetzte die seit 2000 neugeschaffenen Stellen zu mindestens zwei Dritteln mit zugewanderten Mitarbeitern. Zu einem ähnlichen Resultat kommt die Untersuchung «Berufe mit hohem Fachkräftemangel. Wie stark reduziert die Zuwanderung den Mangel?» des Zürcher Amtes für Wirtschaft und Arbeit. Schweizweit wurde im Stichjahr 2014 jeder zehnte Arbeitsplatz von einer ab 2007 zugewanderten Person besetzt. Weit überdurchschnittlich betroffen ist der

Kanton Zürich, wo schon im Jahr 2014 23 Prozent aller Stellen von einer ab dem Jahr 2007 zugewanderten Person besetzt worden sind.

«Der Schweiz könnten bald 500 000 Arbeitskräfte fehlen», behauptete die *Sonntagszeitung* Mitte Juli dieses Jahres. Rund eine Million Personen sind in den letzten dreizehn Jahren in die Schweiz eingewandert. Dennoch vermochten diese offenbar den Fachkräftemangel nicht zu beheben. Klar ist, dass in spezifischen Sparten tatsächlich ein Mangel besteht, beispielsweise bei Elektroingenieuren oder Softwareentwicklern. Dafür müssen tatsächlich Fachkräfte aus dem Ausland geholt werden können. So wie dies vor Inkrafttreten der Bilateralen geklappt hat – und auch für Drittstaatszuwanderer immer noch funktioniert, indem eine staatliche Behörde für jeden Zuwanderer mittels Bewilligung verfügt. Wer dies als lästige Bürokratie bezeichnet, blendet aus, dass die flankierenden Massnahmen – der Preis der Gewerkschaften für ihr Ja zur Personenfreizügigkeit – weitaus höhere staatliche Interventionen mit sich bringen.

Rekordarbeitslosenbranchen

Die Klage über den permanenten Fachkräftemangel führt zur Frage, ob die Arbeitgeber wirklich immer dringend benötigte Fachkräfte aus dem Ausland geholt haben – oder einfach günstige Arbeiter. Im Rahmen jener Vorlage, die die Masseneinwanderungsinitiative umsetzen sollte, hat der Bund die zuständige Staatspolitische Kommission mit Daten und Statistiken bedient, die diesbezüglich den volkswirtschaftlichen Unsinn offenbaren: Zwischen 2010 und 2017 wanderten jedes Jahr zwischen 49 000 und 61 000 Personen mit EU-Pass neu in die Schweiz ein und besetzten eine Stelle in einer Branche, wo eine Arbeitslosigkeit von 5 Prozent oder mehr herrschte.

Gleichzeitig waren bei den RAV pro Jahr zwischen 104 000 und 187 000 Personen in Berufsarten mit 5 Prozent oder mehr Arbeitslosen zwecks Stellensuche angemeldet. Im Jahresdurchschnitt lag die Zahl der Arbeitslosentaggeldbezüger in diesen Berufen zwischen 46 000 und 86 000. 2017 waren beispielsweise rund 70 000 inländische Arbeitslose bei den RAV registriert, die eine Stelle in einer Berufssparte mit hoher Arbeitslosigkeit suchten, was knapp der Hälfte aller Arbeitslosen entsprach.

Der «Inländervorrang light», die sogenannte Stellenmeldepflicht, sieht vor, dass seit dem 1. Juli 2018 freie Stellen in Branchen mit einer Arbeitslosigkeit von 8 Prozent oder höher zuerst fünf Tage den Inländern bekanntgemacht werden müssen, bevor sie EU-weit ausgeschrieben werden dürfen. Eine Nichtbeachtung dieser Vorschrift kann mit bis zu 40 000 Franken Busse sanktioniert werden. Durch diesen fünftägigen Informationsvorsprung erhoffen sich die Befürworter der zügellosen Personenfreizügigkeit einen mit EU-Recht kompatiblen Vorteil für hiesige Arbeitslose, eine «Änderung des Rekrutierungsverhaltens seitens der Arbeitgeber», wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) schreibt, sowie daraus folgend eine Senkung der Arbeitslosigkeit. Ob dies alles so funktioniert, will der Bund erst im Herbst 2020, also nach der Volksabstimmung über die Begrenzungsinitiative der SVP, evaluiert haben. Ab dem 1. Januar 2020 wird dann die Schwelle für die obligatorische Stellenmeldepflicht auf Berufsarten mit 5 Prozent und mehr Arbeitslosen gesenkt.

Das Schlagwort «Fachkräftemangel» wird gerne ins Feld geführt, wenn es darum geht, Schwachstellen der Personenfreizügigkeit zu kaschieren. Was kritische Stimmen schon immer vermuteten, bestätigte im September 2016 das Zürcher Amt für Wirtschaft und

Arbeit in einer breiten Untersuchung. Es ging der Frage nach, inwiefern die Zuwanderer den «Fachkräftemangel» reduzieren. Das Resultat: Die zugewanderten Erwerbstätigen besetzen nur zu 19,8 Prozent eine Stelle, für die sich im Inland niemand finden lässt. Das Zürcher Amt führte die Studie schweizweit durch, wobei es Unterschiede feststellte: Während im Kanton Aargau immerhin 27 Prozent der Einwanderer eine Arbeitsstelle antreten, für die geeignete Inländer knapp sind, sind es im stark grenzgängergeplagten Tessin bloss 15 Prozent; im Südkanton besetzt also im Schnitt einer von sieben Zuwanderern eine Fachkräftemangelstelle! Fast gleich sieht es in den Kantonen Wallis und Genéve aus, just dort, wo die Löhne massiv tiefer sind.

Entsorgung in die Arbeitslosigkeit

Doch wie schnell überlassen die Arbeitgeber die hergeholten Arbeitnehmer der Arbeitslosenkasse? Der Bund vermag auf diese Frage keine genauen statistischen Angaben zu liefern, dennoch ist er dem Problem 2015 im Rahmen einer Evaluation nachgegangen. Der Schlussbericht «Auswirkungen der Eurokrise auf die Zuwanderung aus der EU in die Schweiz», den der Bund beim Büro Bass in Auftrag gegeben hat, liefert die folgenden Zahlen.

Danach haben 18 Prozent aller Staatsangehörigen der Euro-Krisenländer (Italien, Spanien, Griechenland, Irland, Portugal und Zypern), die 2011 neu wegen Arbeitsaufnahme in die Schweiz eingereist sind, innert zweier Jahre in der Schweiz Arbeitslosenleistungen bezogen. Bei den übrigen EU-Zuwanderern waren es immerhin 7 Prozent.

Was aber statistisch erfasst werden kann, ist die Entwicklung der Anzahl Personen, die Taggelder der Schweizer Arbeitslosenversicherungen bezogen haben. 2002, bei Einführung der Personenfreizügigkeit (PFZ), zählten die RAV in der Schweiz 45 108 Personen mit einem EU-Pass. Letztes Jahr waren es 99 102 Personen. Das ist eine Steigerung um 120 Prozent. Demgegenüber weisen die Drittstaatsangehörigen eine sehr moderate und unterdurchschnittliche Steigerung ihrer Arbeitslosenbezüge auf, sie haben gemäss den Zahlen des Seco zwischen 2002 und 2018 bloss um 3,2 Prozent zugelegt. Das zeigt, dass Kontingente und Höchstzahlen volkswirtschaftlich sehr sinnvoll sind und unsere Sozialversicherungskassen schonen.

Barbara Steinemann ist Treuhänderin und SVP-Nationalrätin des Kantons Zürich.

NEW SUZUKI PIZ SULAI® 4x4



NEW SUZUKI IGNIS PIZ SULAI® 4x4 (HYBRID)

BEREITS FÜR Fr. 20 490.- ODER AB Fr. 130.-/MT

NEW SUZUKI SWIFT PIZ SULAI® 4x4 (HYBRID)

BEREITS FÜR Fr. 20 490.- ODER AB Fr. 138.-/MT

NEW SUZUKI SX4 S-CROSS PIZ SULAI® 4x4

BEREITS FÜR Fr. 27 490.- ODER AB Fr. 208.-/MT



SUZUKI FAHREN, TREIBSTOFF SPAREN: New Suzuki SX4 S-CROSS PIZ SULAI® 4x4, 6-Gang manuell, Fr. 27 490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 6.2l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: G, CO₂-Emissionen: 141 g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 33 g/km; New Suzuki Swift PIZ SULAI® 4x4, 5-Gang manuell, Fr. 20 490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 4.9l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: E, CO₂-Emissionen: 112 g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 26 g/km; New Suzuki Ignis PIZ SULAI® Hybrid 4x4, 5-Gang manuell, Fr. 20 490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 4.7l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: D, CO₂-Emissionen: 106 g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 25 g/km; **Hauptbild:** New Suzuki SX4 S-CROSS PIZ SULAI® Top 4x4, 6-Gang manuell, Fr. 31 490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 6.2l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: G, CO₂-Emissionen: 141 g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 33 g/km; New Suzuki Swift 1.2 PIZ SULAI® Top Hybrid 4x4, 5-Gang manuell, Fr. 23 190.-, Treibstoff-Normverbrauch: 4.4l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: C, CO₂-Emissionen: 101 g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 23 g/km; New Suzuki Ignis PIZ SULAI® Top Hybrid 4x4, 5-Gang manuell, Fr. 22 490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 4.7l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: D, CO₂-Emissionen: 106 g/km; CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 25 g/km; Durchschnittswert CO₂-Emissionen aller in der Schweiz neu immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 137 g/km.

Leasing-Konditionen: 24 Monate Laufzeit, 10 000 km pro Jahr, effektiver Jahreszins 0.9%. Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung: 30% vom Nettoverkaufspreis. Der Leasing-Zinssatz ist an die Laufzeit gebunden. Ihr offizieller Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein individuell auf Sie zugeschnittenes Leasing-Angebot für den Suzuki Ihrer Wahl. Leasing-Partner ist die MultiLease AG. **Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.**

PIZ Sulai
PREISVORTEILE BIS:
Fr. 1870.-
Limitierte Sonderserie,
nur solange Vorrat.



www.suzuki.ch



Unermessliche Verdienste: Professor Kuhn in Münsterlingen, 1961.

Das Märchen von den Pillen-Toten

Der Schweizer Psychiater Roland Kuhn (1912–2005) gilt als Erfinder der Antidepressiva. Nun unterstellt ihm ein Forschungsprojekt fehlende Ethik, Geldgier und masslosen Ehrgeiz. Was ist dran an den Vorwürfen? *Von Christoph Mörgeli*

Marietta Meier und ihre Teamkollegen von der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich haben das Glück des Zeitgeistes: Psychiatriekritik ist en vogue. Da es seit 2012 in der thurgauischen Öffentlichkeit wegen Schlagzeilen über einstige Medikamentenversuche an der Psychiatrischen Klinik Münsterlingen rumort, bewilligte der Thurgauer Regierungsrat 750 000 Franken aus dem Lotteriefonds für eine historische Untersuchung. SVP-Regierungspräsident Jakob Stark hat das Glück des Zeitpunkts: Der Ständeratskandidat konnte mitten in seinem Wahlkampf an einer Medienkonferenz den Abschluss des Projekts in Buchform verkünden. Und sich bei allen Betroffenen entschuldigen und ein von Künstlern gestaltetes «Zeichen der Erinnerung» auf dem ehemaligen Spitalfriedhof (!) Münsterlingen versprechen.

Inklusive der Löhne der Staatsarchivmitarbeiter dürften die Thurgauer Steuerzahler pro Buchseite locker 4500 Franken hingeblickt haben. Die Befunde der Forschungsgruppe sind weit weniger sensationell als erwartet. 2014 hatte nämlich ein früherer Zögling des Kinderheims Fisingen behauptet, «ganze Gruppen seien nach Münsterlingen gekarrt worden», um von Professor Roland Kuhn als «Versuchskaninchen» missbraucht zu wer-

den. Die neue Untersuchung kommt zum Schluss, «dass der soziale Status bei der Abgabe von Versuchssubstanzen keine entscheidende Rolle spielte».

Skandalisierung eines Lebenswerks

Wissenschaftler sollten es sich künftig genau überlegen, ihren Forschungsnachlass einer öffentlichen Institution zu überlassen. Denn kaum hatten die Nachkommen des Psychia-

Dank Kuhns Tüftlertage ist es weltweit gelungen, depressive Patienten ambulant zu behandeln.

ters Roland Kuhn dessen umfangreiche Hinterlassenschaft 2012 ans Thurgauer Staatsarchiv übergeben, bediente dieses den *Tages-Anzeiger* und die *Thurgauer Zeitung* mit einzelnen Dokumenten. Die Folge waren sensationslüsterne Schlagzeilen, die die Münsterlinger Psychiatrie unterschwellig mit KZ-ähnlichen Menschenversuchen und ganzen Leichenhaufen in Verbindung brachten. Aufgebauchte Artikel, Fernseh- und Radiobeiträge sowie Klagen früherer Patienten etwa im *Beobachter* führten schliesslich zur Untersuchung durch Marietta Meiers Team. Jetzt hat der Berg eine Maus geboren: Weder dienten

vor allem Heimkinder als «Versuchskaninchen», noch lassen sich Todesfälle in der Klinik Münsterlingen direkt mit Kuhns Medikamentenversuchen in Verbindung bringen.

Roland Kuhn selber hat die Skandalisierung seines Lebenswerks zum Glück nicht mehr erleben müssen. Er kämpfte in seinen letzten Jahren um die richtige Einordnung seiner Verdienste – und dies mit vollem Recht. Kuhn ist der Entdecker des ersten wirksamen Medikamentes gegen Depressionen, der eigentliche Begründer der pharmakologischen Depressionstherapie. Es ist dem Oberarzt und späteren Chefarzt im Thurgau 1955 gelungen, mit einem Präparat der Basler Firma J. R. Geigy AG ein völlig neues Feld der klinischen Psychopharmakologie zu betreten. Eigentlich sollte das Heilmittel Imipramin als Neuroleptikum gegen Schizophrenie angewandt werden. Doch Kuhn konnte geradezu unglaubliche Resultate bei depressiven Patienten nach Basel melden. In seiner Erstpublikation in der *Schweizerischen Medizinischen Wochenschrift* hielt er staunend fest: «Die Patienten werden lebhafter, freundlicher [...], Schuldgefühle und depressive Wahnideen verschwinden.» Dank Kuhns Spürsinn und Tüftlertage ist es weltweit gelungen, depressive Patienten ambulant zu behandeln, ihr Los enorm zu erleichtern und eine wirksame Suizidprophylaxe einzu-

leiten. Das 1958 in der Schweiz zugelassene Mittel Tofranil wurde zum Pioniermedikament einer ganzen Klasse späterer Psychopharmaka.

Der alternde Roland Kuhn äusserte verschiedentlich die Ansicht, der Prophet gelte nichts in seinem Vaterland. Er hätte sich aber nicht träumen lassen, dass ihn die Regierung jenes Kantons, dem er bei schlechter Bezahlung in schwierigsten Verhältnissen über vierzig Jahre lang als Anstaltspsychiater gedient hat, noch über den Tod hinaus stigmatisiert und am Ort seines Wirkens obendrein mit einer Schandtafel verunglimpfen will. Wer die damals für alle Beteiligten überaus belastenden, beengenden Verhältnisse an Raum, Geld und Behandlungsmöglichkeiten berücksichtigt, muss Roland Kuhn eine herausragende Lebensleistung zubilligen. Zwar verspricht das Autorenkollektiv des Buchs «Testfall Münsterlingen», man wolle nicht richten und aus der Jetztzeit über früher urteilen – um dann genau das zu tun.

Schon Roland Kuhns Herkunft ist den Zürcher Historikern nicht geheuer, war der Berner Burgersohn doch «von privilegiertem Status» und «kultureller Prägung traditioneller Art»; sein Denken sei «altertümelnd» gewesen, ja er habe «nationalkonservativ-protestantische» Dichter bevorzugt. Kuhn wird als harter Arbeiter mit asketischen Zügen beschrieben, hochgewachsen, hager und steif wirkend, dazu autoritär und «sehr streng». Zu diesem paternalistischen Bild passt allerdings weniger, dass seine Frau Verena – ebenfalls ausgebildete Psychiaterin – trotz ihrer drei Töchter ununterbrochen an derselben Klinik berufstätig war und mit ihrem Mann durchaus auf Augenhöhe verkehrte.

Spekulationen mit 36 Toten

Tatsache ist, dass Kuhn seit 1946 Prüfstoffe der Firma Geigy an seinen Patienten erprobte und dass ihn ein ungewöhnlicher Forschereifer antrieb. Selbstverständlich galten in jener Zeit weder die später vorgeschriebenen ethischen Standards noch die statistische Methodik oder eine Pflicht zur Patienteninformation, die gerade in der Psychiatrie ohnehin erschwert ist. Im Februar 1956 berichtete Kuhn, er habe bei seinen Versuchen mit dem eigentlich gegen Schizophrenie entwickelten Präparat G 22355 äusserst positive Resultate bei Depressionen beobachtet. Es frage sich, «ob es nicht angezeigt wäre, das Präparat gerade für solche Fälle zu empfehlen und zu versuchen, in dieser Richtung vermehrte Versuche anzustellen». Zwei Monate später schrieb er eindringlich an Geigy, es würden sich mit einem Mittel gegen Depressionen «beträchtliche Möglichkeiten eröffnen». Denn es handle sich hier um die «häufigste psychische Krankheit», ja um «eine der häufigsten Krankheiten, die es überhaupt gibt». Ohne Kuhns energische und persönli-

che Intervention Mitte Februar 1957 hätte die Basler Firma Depressionen gar nicht in ihre Medikamentenpalette einbezogen. Der Geigy-Pharmakologe Robert Domenjoz erklärte später über das erste Antidepressivum: «Eines ist gewiss, Roland Kuhn war jene Person, die den antidepressiven Effekt entdeckt hat – ohne jeden Schatten eines Zweifels.»

Marietta Meier und ihre Mitautoren schränken ein, diese Entdeckung sei keineswegs das Werk eines Einzelnen, sondern «eingebettet in den sozialen Zusammenhang» gewesen. Auch habe Kuhn an seiner Entdeckung viel Geld verdient. Angesichts des enormen therapeutischen und kommerziellen Erfolgs des Mittels Tofranil von Geigy (ab 1958) und des von Kuhn mitentwickelten Mittels Ludiomil von Ciba (ab 1972) erhielt er Zahlungen und Boni von insgesamt 3,5 Millionen Franken. Roland Kuhn hat nie einen Handel mit Tabletten betrieben, seine Steuern brav bezahlt und seinem Kanton dank den Gratistabletten grosse Summen erspart.

Getrieben von Ressentiments ist auch der Kommentar zu Kuhns durchaus berechtigter Skepsis gegenüber Medikamenten mit Suchtpotenzial: «Abhängigkeit, verbunden womöglich noch mit Genuss, hätte der asketischen Grundierung seines ärztlichen Handelns diametral widersprochen.»

Zu den Statistiken hatte Kuhn eine gutbegründete kritische Haltung, werde doch dort «durch die Vergewaltigung des Materials manches notwendigerweise verzerrt». Er empfand es als unethisch, nur noch über «Zahlen, Tabellen und Kurven» zu sprechen und so die Kranken zum «Fall», zur blossen «Sache» herabzuwürdigen. Auch Placebos zu verabreichen, lehnte Kuhn hartnäckig ab, weil man damit den Patienten ein wirksames Medikament vorenthalte.

Ins Gebiet der reinen Spekulation geraten die Historiker bei den Todesursachen, die sie in einen Zusammenhang mit den Medikamenten stellen. Mehrere Pathologie-Dissertationen zu den vollständig vorhandenen Sektionsprotokollen der Münsterlinger Psychiatrie bleiben völlig unbeachtet. Es ist den Autoren in keinem einzigen Fall möglich, einen schlagenden Beweis für eine tödliche Dosis der Medikamentenerprobung nachzuweisen. Es sei bei den Zwischen- und Todesfällen «rückblickend schwer zu beurteilen, weshalb die Patienten starben und ob dabei Prüfsubstanzen eine Rolle spielten». Nur sollte man bei einem solchen Befund nicht gleichzeitig effekthascherisch mit 36 Toten hantieren – einzig dafür, dass man für die 750 000 Franken dem Thurgauer Publikum und den Medien doch noch etwas zum Frass vorwerfen kann.

Marietta Meier, Mario König, Magaly Tornay: Testfall Münsterlingen. Klinische Versuche in der Psychiatrie, 1940–1980, Zürich. Chronos. Fr. 38.–



Die Bibel

Zukunftsperspektiven

Von Peter Ruch

Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen: Woher wird mir Hilfe kommen? (Psalm 121, 1) Der Ausblick in die Berge ist wörtlich zu nehmen. Der Pilger blickt sorgenvoll in die Landschaft, die er demnächst durchqueren wird. Von Jerusalem in die Wüste Juda. Dort ist's gebirgig, und Berge sind gefährlich. Da drohen Absturz, Verirrung, Durst und Überfälle durch Wegelagerer. *Woher wird mir Hilfe kommen?* Der Eindruck ist nicht anders, als wenn ich auf der Bergtour die Hänge und Felsen betrachte, die ich demnächst begehen will. Manche Stellen muten abschüssig und unüberwindlich an. Aber erstaunlich: Treffe ich dort ein, ist es nicht halb so schlimm. Die Perspektive aus der Ferne hat mich getäuscht.

Das Gleiche geschieht, wenn ich mir in meiner Fantasie die Zukunft ausmale. Vieles sieht düster aus. Als ich siebzehn war, lasen wir in der Jugendgruppe den Roman «1984» von George Orwell. Das Schreckensbild eines totalitären Überwachungsstaates wühlte uns zutiefst auf. Als sechzehn Jahre später das ominöse Jahr 1984 anbrach, verlor die Zahl ihren schauerhaften Klang. Die Welt war viel besser als gedacht. Sie war nicht durchwegs in Ordnung, aber das ist sie nie. Die Botschaft der Bibel an Greta und Co. lautet deshalb: Die Perspektive täuscht, und die Zukunft ist besser, als es scheint. Fürs Klima und für alle Welt ist es am besten, wenn die Staaten und Regierungen nichts tun. Nichts tun heisst aber auch: die Wirtschaft machen lassen, Betriebe pleitegehen lassen, Subventionen streichen, kein Geld zinslos und sinnlos in die Welt hinausschleudern, weniger Staatsbeamte und -bauten. So würde die Verschwendung gebremst, und die Menschen erfüllen – wie über Jahrtausende – die natürlichen Grenzen ihres Verbrauchs und ihres Daseins. Nicht der Staat und der Konsum, sondern *der Herr behütet deinen Ausgang und Eingang von nun an bis in Ewigkeit* (Vers 8). Deshalb darf und soll Greta ein glückliches junges Mädchen sein, das sich auf eine fröhliche, wunderbare Zukunft freut. Das wäre schön zu sehen.

Peter Ruch war Pfarrer in drei Gemeinden.

Abgaben und Abgänge

Neue Kampfflugzeuge, höhere Benzinpreise, doppelte Heizölsteuer, eine Abgabe auf Flugtickets, zwei Wochen «Papi-Urlaub»: Die abgelaufene Herbstsession wird richtig teuer.

Der Sessions-Check von Peter Keller

Die Anspannung war permanent spürbar. Es wurde spekuliert, gehofft und gezittert und noch etwas mehr gelästert als üblich: Die Herbstsession stand ganz im Schatten der anstehenden Parlamentswahlen. Gleichwohl wurden mit dem CO₂-Gesetz und der Begrenzungsinitiative zwei wegweisende Vorlagen für die Schweiz beraten.

Die wundersamste Abgabenvermehrung

Vor zwei Jahren stimmte die Schweizer Bevölkerung über die Energiestrategie 2050 ab. Ziel der Vorlage war, gemäss der damaligen Umweltministerin Doris Leuthard (CVP), die Förderung erneuerbarer Energien und mehr Energieeffizienz bei den Gebäuden. Zur Finanzierung dieser Programme wurde eine Erhöhung des Netzzuschlags von 1,5 auf 2,3 Rappen beschlossen. Bundesrätin Leuthard versprach, dass ein Vierpersonenhaushalt mit maximal 40 Franken höheren Stromkosten belastet werde. Die Gegner warnten allerdings, dass diese Berechnung unehrlich sei, weil weitere Massnahmen mit massiven Zusatzbelastungen folgen würden. Der Ständerat lieferte den Beweis dieser Befürchtung mit der Revision des CO₂-Gesetzes: Mit einer Ticketabgabe werden Flüge bis zu 120 Franken verteuert. Der Einbau neuer Öl- und Gasheizungen wird faktisch verboten. Die Heizölsteuer soll verdoppelt werden auf maximal 54 Rappen pro Liter. Bei einer 100-Quadratmeter-Mietwohnung und einem durchschnittlichen Heizölverbrauch von 2100 Litern im Jahr drohen über 600 Franken Zusatzkosten. Die Benzinsteuer soll bis 2024 um weitere 12 Rappen pro Liter erhöht werden. Das macht bei jährlich 20000 Strassenkilometern rund 400 Franken höhere Treibstoffkosten. Aus 40 Franken werden 1000 Franken. Eine wundersame Abgabenvermehrung um Faktor 25.

Der umfangreichste Abschied

Am letzten Tag der letzten Session verabschiedete Nationalratspräsidentin Marina Carobbio (SP) jene Parlamentskolleginnen und -kollegen, die den Rat freiwillig auf Ende Legislatur verlassen. Das sind – schön in alphabetischer Ordnung – Adrian Amstutz (SVP/BE), Beat Arnold (SVP/UR), Guillaume Barazzone (CVP/GE), Raymond Clottu (SVP/NE), Dominique de Buman (CVP/FR), Fathi Derder (FDP/VD), Hans Egloff (SVP/ZH), Corina Eichenberger (FDP/AG), Sylvia Flückiger-Bäni (SVP/AG), Daniel Frei (GLP/ZH), Benoît Genecand (FDP/GE), Ulrich Giezendanner (SVP/AG), Alice Glauser-Zufferey

(SVP/VD), Hans Grunder (BDP/BE), Markus Hausammann (SVP/TG), Bea Heim (SP/SO), Hugues Hiltbold (FDP/GE), Margret Kiener Nellen (SP/BE), Jacques-André Maire (SP/NE), Géraldine Marchand-Balet (CVP/VS), Giovanni Merlini (FDP/TI), Walter Müller (FDP/SG), Bruno Pezzatti (FDP/ZG), Silvia Schenker (SP/BS), Silva Semadeni (SP/GR), Carlo Sommaruga (SP/GE), Manuel Tornare (SP/GE), Karl Vogler (CSP/OW), Thomas Weibel (GLP/ZH).

Dann gab es noch ein Gesamtfoto aller Anwesenden, und man kann davon ausgehen, dass dann noch rund zwanzig weitere Nationalrätinnen und Nationalräte im Dezember fehlen werden – allerdings unfreiwillig –, wenn die Grosse Kammer zur Vereidigung für die kommende Legislatur zusammentritt.

Der wandlungsreichste Abgang

Neben parlamentarischen Urgesteinen wie den beiden Berner Abgeordneten Adrian Amstutz und Margret Kiener Nellen, die nach sechzehn gemeinsamen Jahren gegensätzlicher Politik aus dem Nationalrat ausscheiden, tritt auch der Zürcher Daniel Frei nicht mehr an, der erst seit ein paar Monaten im Parlament sitzt. «Mit seiner relativ kurzen Verweildauer in unserem Rat», froztelte die Nationalratspräsidentin, «ist Daniel Frei definitiv kein Sesselkleber.» Allge-

meine Heiterkeit im Saal. Ein Parteienkleber ist er auch nicht: Frei war im Dezember 2018 für die SP-Nationalrätin Chantal Galladé nachgerutscht – und folgte ihr kurz darauf auch beim Parteiwechsel zu den Grünliberalen.

Der grösste Basar

Die Initiative will vier Wochen, der Gegenvorschlag verspricht zwei Wochen: Der sogenannte Vaterschaftsurlaub ist in dieser Session fertigberaten worden. SP und Grüne unterstützen die Initiative, die bürgerliche Ratsseite mehrheitlich den Gegenvorschlag. Die SVP lehnte die Einführung dieser neuen Sozialleistung, finanziert mit zusätzlichen Lohnabgaben, als einzige Partei ab. Allein der Gegenvorschlag wird mit rund 230 Millionen Franken Kosten veranschlagt. Bei den zwei oder vier Wochen soll es jedoch nicht bleiben. Die FDP brachte einen eigenen indirekten Gegenvorschlag mit total 16 Wochen «Elternurlaub» ein (zu den bisherigen 14 Wochen Mutterschaftsurlaub), die Linke strebt 38 bezahlte Wochen an, was zu rund 1,5 Milliarden Franken zusätzlichen Lohnabzügen führen würde.

Die teuerste Abstimmung

Der Ständerat sagt ja zu neuen Kampfflugzeugen. Mit 32 gegen 6 Stimmen bei 6 Ent-



Die grosse Verabschiedung: Herbstsession 2019.

haltungen hat die Kleine Kammer dem Planungsbeschluss zugestimmt, damit die Luftwaffe ihre veraltete Flotte ersetzen kann. Die neue VBS-Chefin Viola Amherd (CVP) hat aus dem Debakel ihrer Vorgänger gelernt: Nun werden zuerst die Finanzen gesprochen (6 Milliarden Franken), und erst dann soll der Flugzeugtyp eruiert werden. Bei der letzten Volksabstimmung lag bereits der Evaluationsbericht vor, und die Diskussion über die Tauglichkeit des schwedischen Kampffliegers Gripen spaltete die bürgerliche Seite und verunsicherte die Bevölkerung. Schliesslich lehnte der Souverän die Vorlage mit 53,4 Prozent Nein-Stimmen ab.

Die unbegrenzte Debatte

Die SVP warnte vor der Zehn-Millionen-Schweiz. Die Gegner malten das Bild eines chaotischen «Schweizer Brexits» an die Wand. Mit 81 Rednerinnen und Rednern sprengte die Debatte zur Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» den üblichen Rahmen. Die sogenannte Begrenzungsinitiative ist die Antwort der SVP auf die Nichtumsetzung der von Volk und Ständen angenommenen Masseneinwanderungsinitiative von 2014. Auch sie verlangt ausdrücklich die eigenständige Steuerung der Zuwanderung, dafür soll notfalls das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU aufgekündigt werden. Am Schluss stand die SVP alleine da – mit einer Ausnahme: Der Genfer Freisinnige Benoît Genecand kritisierte, die Gegner der Initiative würden die negativen Folgen der unbegrenzten Zuwanderung, «den kolossalen Druck» auf die hier arbeitende Bevölkerung, zu leichtfertig ausblenden. Genecand enthielt sich der Stimme. ○



Mein Lieblingsgegner im Bundeshaus

Gefährlich, aber ehrlich

Andreas Glarner über Cédric Wermuth.

Es mag vielleicht viele Leser der *Weltwoche* überraschen, aber mein Lieblingsgegner in der Politik ist Cédric Wermuth.

Ich bekämpfe seine aus meiner Sicht grundfalsche Politik mit allen demokratisch und rechtlich zulässigen Mitteln. Seine Vorstellung unserer Schweiz teile ich überhaupt nicht. Wenn es nach ihm ginge, hätten wir längst eine multikulturelle Zehn-Millionen-Schweiz – durchseucht von Heerscharen von Integrationsbeauftragten, Psychologen, Sozialarbeitern, Jugendarbeitern, Schulsozialarbeitern, Lebensberatern, Kulturanschaffenden, Gewerkschaftern und soziokulturellen Animatoren. Die Sozialindustrie und die Linken produzieren sich nämlich ihre Jobs gleich selber. Auch im Bereich Asyl würde er wohl am liebsten ganz Afrika und den Rest der Welt bei uns beherbergen – auch wenn die heutige Menge an Zuwanderern die Schweiz schon an den Rand des Ruins bringt.

Für Wermuth ist jeder Zuwanderer eine Fachkraft, jeder Wirtschaftsflüchtling ein Opfer unserer Politik und künftig wohl auch des Klimas und allein von daher berechtigt, uns hier auf der Tasche zu liegen.

Wermuth hat die klassische Karriere vieler Linker hinter sich: Kreissaal – Hörsaal – Ratssaal. Kein Wunder, kommt er auf so viele seltsame Ideen. Die Leute, die er zu vertreten vorgibt, haben sich längst von den Sozialdemokraten abgewendet. Geblieben sind ihm die Zuwanderer, die (noch) nicht begriffen haben, wohin die ruinöse Politik der SP unser Land führen wird.

Vehemenz und Eleganz

Was ich aber an Cédric Wermuth schätze, ist seine Ehrlichkeit. Er sagt, was er macht – und er macht, was er sagt. Noch nie habe ich bei ihm erlebt, dass er sein Wort gebrochen hätte. Bei Cédric Wermuth weiss man immer, woran man ist. Dies ganz im Ge-

gensatz zu vielen sich bürgerlich nennenden Politikern vor allem aus dem CVP-Lager, die regelmässig rechts blinken und dann links abbiegen.

Cédric Wermuth ist – wie ich im Übrigen auch – ein politischer Überzeugungstäter. Er kämpft mit Vehemenz und inzwischen auch mit Eleganz für seine Anliegen. In den letzten acht Jahren ist nämlich aus dem ehemaligen Joint rauchenden, dauerprovokierenden Klassenkämpfer und Einbrecher ein wortgewandter, staatsmännisch auftretender Politiker geworden. Seine Argumentation und seine Rhetorik haben sich gewaltig verbessert – und genau das macht ihn brandgefährlich. Denn im Kern ist er durch und durch Sozialist und Klassenkämpfer geblieben, darüber darf man sich



Glarner (SVP), Wermuth (SP).

nicht hinwegtäuschen lassen.

Mit Cédric Wermuth kann man leidenschaftlich debattieren, streiten, und wenn man nicht aufpasst, wickelt er einen auf Podien mit seinen feingesponnenen Argumentationsfäden direkt ein, und man findet nicht mehr raus – so gut ist er inzwischen geworden! Vor Publikum läuft er zur Höchstform auf, und inzwischen zieht er sich so an, dass man glauben könnte, er verdiene sein Geld mit einem anständigen Beruf.

Ich mag den Typen und kann jederzeit ein Glas mit ihm trinken gehen. Seine Ideen aber werde ich weiterhin mit aller Vehemenz bekämpfen – zum Wohle der Schweiz.

Parlamentarier porträtieren in der *Weltwoche* ihren bevorzugten Gegenspieler. Nächste Woche: der Lieblingsgegner von Regula Rytz

Unlogische Folgerungen

ETH-Professor Reto Knutti hat meine Darlegungen auf Twitter ins Lächerliche gezogen. Seine Einwände gehen an meinem Thema der prognostischen Unsicherheit vorbei. Sie sind daher bedeutungslos. Von Patrick Frank

Professor Reto Knutti vom Institut für Atmosphäre und Klima der ETH Zürich hat einiges an meinem Artikel «Gespenstische Klimamodelle» (*Weltwoche* Nr. 38/19) auszusetzen. Auf Twitter schreibt er: «Idee von Frank: Abweichungen in den Klimamodellen summieren sich, so dass die Unsicherheiten in den Prognosen immer grösser werden. Taucht zuerst auf 2008, suggeriert absurde Unsicherheiten von 100 °Celsius in Voraussagen. Ozean gefroren, ernsthaft? (2/n)»

Hier macht Knutti in jedem Satz einen Fehler. Im ersten Satz nimmt er fälschlicherweise an, dass prognostische Unsicherheit ein physikalischer Fehler sei. Dem ist nicht so. Im zweiten Satz nimmt er an, dass es sich bei einer Unsicherheit in der Temperatur um eine physikalische Temperatur handelt. Eine ± 15 -°Celsius-Unsicherheit in der globalen Temperatur heisst nicht gefrorener oder brodelnder Ozean (gleichzeitig!). Es heisst, dass niemand die korrekte Temperatur weiss. Das ist typisch für die naiven Fehler, die Klimamodellierer bei der Einschätzung meiner Studie machen. Es sind Anfängerfehler.

Inkompetenz der Rezensenten

Weiter schreibt Knutti: «Es folgen laut Autor 30 Begutachtungen in min. 9 Zeitschriften, die den Artikel ablehnen. Dass alle Gutachter das ablehnen, beweist natürlich, dass alle keine Ahnung haben. Inzwischen ist der Artikel publiziert. (3/n)»

Die Rezensionen und Antworten sind unter <https://uploadfiles.io/vyu9e78n> einsehbar. Die Inkompetenz der Rezensenten dürfte jedem erfahrenen Wissenschaftler in die Augen springen. Meine wiederholten Einreichungen reichen den Klimawissenschaftlern nicht zur Ehre. Ihre Kompetenz in der Analyse von physikalischen Fehlern und Unsicherheit in Prognosen ist erschreckend gering.

Knutti schreibt weiter: «Die Fehler sind offensichtlich, und viele Gutachter haben darauf hingewiesen. Die Abweich. in der Klimatologie des Modells sind ziemlich konstant, und summieren sich nicht auf. Schon die Einheiten (W/m²/Jahr) in der Arbeit von Frank sind sinnlos. (4/n)»

Wieder verwechselt Knutti prognostische Unsicherheit mit physikalischen Fehlern. Auch scheint er die Einheiten eines jährlichen Durchschnitts (pro Jahr) nicht zu verstehen.

Er schreibt: «Analoge Behauptung: wenn meine Personenwaage heute 1 kg falsch ist, dann ist sie morgen 2 kg, übermorgen 3 kg falsch, Ende Jahr Hunderte? Nein, sie ist konstant ca. 1 kg falsch, nicht 1 kg/Tag. Und solange ich interessiert bin, ob ich zu- oder abgenommen habe, ist das sogar egal (5/n).»



Professor Knutti.

Abermals verwechselt Knutti Fehler mit Unsicherheit. Er nimmt hier an, dass jeder Fehler bloss eine Konstante ist, dass der Wert des Fehlers bekannt ist und dass der Fehler wegsabtrahiert werden kann. Keine dieser Bedingungen gelten für Klimamodellfehler.

Angenommen, Knutti stellt fünf Personen auf eine Waage, die eine ± 1 -Kilogramm-Unsicherheit aufweist. Dann wäre das durchschnittliche Gewicht dieser fünf Personen nur bis auf +2,2 Kilogramm genau zu ermitteln. Das ist grundlegende Unsicherheitsanalyse. Offenbar hat Knutti davon keine Ahnung.

«Fazit: Klimawiss. Unsinn. Aber das Tragische: die *@Weltwoche* fragt mich vorher nach einer Einschätzung und druckt es dann trotzdem. Sie ist also bereit, mit offensichtlichen falschen Arg. bewusst die Leser irre zu führen, um eine politische Ideologie zu untermauern. (6/6)»

In meinem Aufsatz geht es um prognostische Unsicherheit, nicht um das Klima. Knuttis Schlussfolgerung ist unlogisch. Seine Einwände gehen am Thema prognostische Unsicherheit vorbei. Er lässt keinerlei Verständnis von Unsicherheit erkennen. Das zeigt, dass er etwas kritisiert, von dem er offenkundig keine Ahnung hat.

Die Entscheidung der *Weltwoche*, meinen Aufsatz abzudrucken, war korrekt. Professor Knuttis Kritik ist bedeutungslos.



Wir basteln uns ein Klima-Modell.

Patrick Frank forscht an der Stanford Universität, USA.



Päpstliche Schweizergarde
Garde Suisse Pontificale
Guardia Svizzera Pontificia
Guardia Svizra Papala

DIE AUSSERGEWÖHNLICHE BERUFS- AUSSTELLUNG

EIN BLICK HINTER DIE KULISSEN DES VTIKANS

JEDEN SAMSTAG AB DEM 26. OKT.
BIS ZUM 30. NOV. – VON 10:30 – 14:00 UHR

TALK PERSÖNLICH MIT ÜBERRASCHUNGSGÄSTEN,
UNTERMALT MIT MUSIKALISCHER UNTERHALTUNG
UND ANSCHLIESSENDEM APÉRO RICHE.

MEHR INFOS ZUM PROGRAMM FINDEN SIE UNTER: KUNSTUNDKULTURBL.CH

26. Okt. –
30. Nov. 2019

ÖFFNUNGSZEITEN TÄGLICH 10:00 – 17:00
FREITAGS BIS 19:00
GALERIE BEYELER
GALLENWEG 19 | 4133 PRATTELN

WWW.KUNSTUNDKULTURBL.CH | WWW.KATH.CH/SCHWEIZERGARDE

«Lange Strasse ins Nichts»

Aus dem Fall Trump wird ein Fall Biden. Was man dem US-Präsidenten vorwirft, hat Joe Biden als Vizepräsident offenbar begangen: Amtsmissbrauch, Nötigung, Vertuschung. Ein Amtsenthebungsverfahren könnte sich für die Demokraten als Bumerang erweisen. *Von Urs Gehriger*

In ihrem epischen, mit abgrundtiefem Hass ausgefochtenen Kampf gegen den Präsidenten scheinen die Demokraten der Verlockung nicht mehr zu widerstehen, nach der ultimativen Waffe zu greifen: der Amtsenthebung. Letzte Woche haben sie ein Prüfungsverfahren für ein sogenanntes Impeachment eingeleitet. Wie ein Giftgas verseucht das Prozedere das Klima im Land. Die Mühlen der Politik mahlen weiter, aber die Atmosphäre gleicht einem Krieg verfeindeter Clans.

Noch vor Amtsbeginn hatten Trumps Gegner mit Obstruktionen und Untersuchungen gegen den neuen Präsidenten begonnen. Monatelang hat Sonderermittler Robert Mueller nach Verfehlungen Trumps gesucht, ohne den von den Demokraten erhofften Stoff zu liefern. Nun aber – nach Auffliegen der Ukraine-Affäre – sieht die Anti-Trump-Front Morgenrot.

Worum geht es? Zum jetzigen Zeitpunkt werden Trump Amtsmissbrauch, Nötigung und Vertuschung vorgeworfen. Tatort war das Oval Office, Tatwaffe der Telefonhörer, Schauplatz die Ukraine. Trump soll den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky in einem Telefongespräch vom 25. Juli dazu gedrängt haben, die dortige Staatsanwaltschaft gegen Hunter Biden ermitteln zu lassen. Hunter, 49, ist der zweite Sohn des früheren US-Vizepräsidenten und heutigen demokratischen Spitzenkandidaten Joe Biden. Biden ist gemäss Umfragen der aussichtsreichste Gegner Trumps im Rennen um das Weisse Haus.

Trump dementiert jegliche Verfehlung und liess das Transkript des betreffenden Telefongesprächs veröffentlichen. Darin bittet der US-Präsident seinen ukrainischen Amtskollegen um einen «Gefallen». Die Wortwahl entspricht keinem Drängen, geschweige denn einer Nötigung. Die Behauptung, Trump habe sogar gedroht, Hilfgelder zu sistieren, entbehrt jeder Grundlage. Von ukrainischer Seite wurde denn auch rasch bestätigt, man habe sich in keiner Weise gedrängt gefühlt.

«Der Hurensohn, er wurde gefeuert»

Im Zentrum stehen Vater Joe und Sohn Hunter Biden. Gegen Ende der Ära Obama (ab 2014) war Vizepräsident Biden Sondergesandter für die Ukraine und für China. In diesem Amt tat Biden genau das, was man nun Trump vorwirft: Er drohte und erpresste. Obamas Vize drohte dem ukrainischen Präsidenten, die

USA würden eine Milliarde Dollar an Kreditgarantien zurückhalten, falls der ukrainische Präsident nicht sofort den Staatsanwalt Wiktor Schokin entlasse. Im Unterschied zu den Vorwürfen gegen Trump, die unbelegt im Raum stehen, liegt von Biden ein Eingeständnis vor.

In einer letzten Samstag ausgestrahlten Filmaufnahme (aufgenommen an einer von der Denkfabrik Council on Foreign Relations gesponserten Veranstaltung von 2018) prahlte Biden: «Ich sagte: «Wir fahren in sechs Stunden los. Wenn der Staatsanwalt nicht entlassen wird, bekommen Sie das Geld nicht.» Bidens Drohgebärde zeigte Wirkung. «Nun, der Hurensohn, er wurde gefeuert», fuhr Biden fort. Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin wurde alsbald aus seinem Amt entfernt.

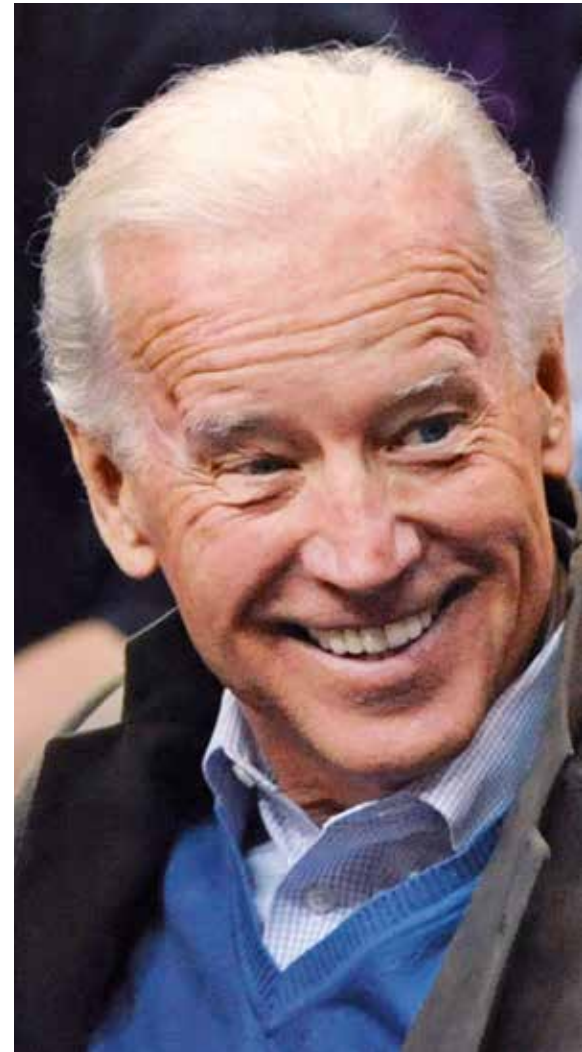
Pikanter Hintergrund der Biden-Drohung: Generalstaatsanwalt Schokin untersuchte damals die grösste ukrainische Ölfirma Burisma Holdings – bei welcher Sohn Hunter für ein fürstliches Honorar von 50 000 Dollar pro Monat im Vorstand sass. Biden hatte also substantielle familiäre Interessen daran, dass Schokin entfernt wurde. Und er setzte die Kraft seines Amtes ein, um Druck aufzusetzen. Mit Erfolg. Dass Biden im Interesse des Sohnes und der Familie handelte, scheint offensichtlich. Der Verdacht auf Machtmissbrauch liegt nahe. Es war nicht die einzige fragwürdige Aktion, die das Tandem Joe und Hunter Biden unternahm. Dazu später.

Wer ist der Whistleblower?

Angestossen wurde die jüngste Affäre durch die Beschwerde eines anonymen Whistleblowers. Auch sie liegt inzwischen veröffentlicht vor. Sie umfasst neun Seiten und wirft zahlreiche Fragen und Ungereimtheiten auf.

Zuallererst: Wer ist der Whistleblower? Dazu gibt es bislang lediglich Mutmassungen: Die *New York Times* berichtete, es handle sich um einen ehemaligen männlichen CIA-Offizier, der einst ins Weisse Haus detachiert worden sei.

Was weiss der Whistleblower tatsächlich? «Ich war kein direkter Zeuge der meisten Vorfälle, die im Bericht aufgeführt wurden», hält er im Dokument fest. Vielmehr basiere die Beschwerde auf «verschiedenen Fakten», über die er (oder sie) während der letzten «vier Monate» von «mehr als einem halben Dutzend US-Beamten» («officials») ins Bild gesetzt



Füllhorn gestopft: Präsidentschaftskandidat Joe

worden sei. Es handelt sich also um Informationen aus zweiter oder dritter Hand.

Ein Schweizer namens Brechbuhl

Berichte auf der Basis von Hörensagen decken sich oft nicht mit den Fakten. Ein erster Fehler in der Beschwerde wurde denn auch rasch entdeckt. Er bezieht sich auf einen gebürtigen Schweizer. Der Whistleblower deutet in seinem Report an, dass rund ein Dutzend Mitglieder des Weissen Hauses an der Telefonkonferenz vom 25. Juli teilgenommen hätten, nennt aber nur einen mit Namen: T. Ulrich Brechbuhl, ein gebürtiger Schweizer, der in den USA aufgewachsen ist. Brechbuhl absolvierte die Elite-Akademie in West Point im selben Jahrgang wie US-Aussenminister Mike Pompeo und amtiert als dessen persönlicher Berater. Das Aussenministerium stellte umgehend klar, dass Brechbuhl nicht am Telefonat dabei gewesen sei.

«Wie ein gutdrechselter Werbetext»

Der sogenannte Whistleblower schrieb also die Gerüchte auf, die er von anderen zugetragen bekam. Was er schriftlich ablieferte, «liest sich wie ein gutdrechselter Werbetext», so Schriftsteller und Journalist Gregg Easterbrook. Die Beschwerde «scheint von einem



Biden (l.), Sohn Hunter.

Juraprofessor verfasst worden zu sein und enthält rechtliche Hinweise und detaillierte Fussnoten», ergänzt Fred Fleitz, Präsident des Center for Security Policy, der in verschiedenen Nachrichtendiensten wie CIA, DIA und in einem nationalen Sicherheitsdienst in hohen Chargen gearbeitet hat. «Aus meiner Erfahrung ist eine solch extrem ausgefeilte Whistleblowing-Beschwerde beispiellos.» Das Dokument mache den Anschein, als habe der Whistleblower externe Hilfe beansprucht, «möglicherweise von Kongressmitgliedern oder Mitarbeitern», so Fleitz in der *New York Post*.

Was inzwischen bekannt ist: Eine Schlüsselfigur im Anwaltsteam des Whistleblowers arbeitete für Trumps grösste Gegner. Andrew Bakaj (heute geschäftsführender Partner bei der Compass Rose Legal Group) hatte gemäss seines LinkedIn einst bei den Senatoren Hillary Clinton und Chuck Schumer, dem Sprecher der Demokraten im Senat, praktiziert. Das stützt die Vermutung all jener, die in der Whistleblower-Angelegenheit einen orchestrierten Enthauptungsplan der Trump-Feinde sehen.

Wenn der Vater mit dem Sohne . . .

Zurück zum «Ground Zero» des drohenden Amtsenthebungsverfahrens, zurück in die

Ukraine und zur Causa Biden. Am Wochenende forderte der frühere ukrainische Premierminister, Mykola Asarow, sein Land solle die Machenschaften von Hunter Biden untersuchen. Vater Joe Biden, der sich im Rennen der Kandidaten bislang komfortabel an der Spitze gehalten hat, behauptete umgehend, bei den Anschuldigungen gegen seinen Sohn handle es sich um eine «Verschwörungstheorie».

Doch wie verstrickten sich Vater und Sohn überhaupt in ukrainische Gefilden? Rückblende: Im Februar 2014 wurde in der Ukraine nach einem Volksaufstand der russlandfreundliche Präsident Wiktor Janukowitsch abgesetzt. Im März annektierte Russland die Krim. US-Präsident Obama macht seinen Vize Joe Biden zum Ukraine-Beauftragten.

Der Grosswildjäger

In genau jenen Zeiten gewalttätiger Umwälzungen trat auch Bidens Sohn Hunter auf die ukrainische Bühne. Im April 2014 wurde er Mitglied des Verwaltungsrates von Burisma, dem grössten Erdgasproduzenten der Ukraine, der im Ruf steht, ein korruptes Unternehmen zu sein.

Hunter Bidens plötzlicher Einsitz beim Ölgiganten wirft Fragen auf. Denn Biden junior verfügt weder über Erfahrung in der Ölindus-

trie noch mit ukrainischen Regulierungsangelegenheiten. Überhaupt ist er kaum geeignet für hohe Aufgaben. Er wurde wegen Drogenmissbrauchs aus der US-Navy entlassen. Doch Hunter Biden hatte eine unschätzbare Qualifikation: seine Position als Sohn des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, des wichtigsten Verbündeten der neuen Ukraine. Und in dieser Position stopfte er fortan mit beiden Händen sein Füllhorn. Hunter entwickelte sich zum Grosswildjäger. Mit Reisen, die er mit seinem Vater unternahm, scheffelte er Millionen, sagt Investigativjournalist Peter Schweizer, Autor von «Secret Empires – How the American Political Class Hides Corruption and Enriches Family and Friends» (2018).

Hunters Geschäftsbeziehungen seien keine Verschwörungstheorie, wie Biden behauptete, «sie entsprechen dem ältesten Spiel der Politik: Folge dem Geld und bereichere dich», so Schweizer auf Fox News, und er fragt: «Wofür wurden Hunter solche Summen bezahlt?» Einem Mann, der weder Kenntnisse im Ölgeschäft noch eine Ahnung von der Ukraine hatte.

Vater Biden beteuerte gegenüber Journalisten unlängst, er wisse nichts über Hunters Business: «Ich habe noch nie mit meinem Sohn über seine ausländischen Geschäfte gesprochen.» Das Problem allerdings ist: Sein eigener Sohn widerspricht ihm. Er habe sehr wohl mit seinem Vater über den Burisma-Deal gesprochen, versichert Hunter, ebenfalls vor Journalisten.

Bidens Beteuerungen, er habe von allem nichts gewusst, werden auch in China widersprochen. Auch dort amtierte Biden als Obamas Sonderermittler. Auch dort schloss Hunter in Papas Kielwasser einen fetten Deal ab. Am 4. Dezember 2013 bestieg Hunter mit seinem Vater die Air Force Two und reiste nach China,

HIGH END
SWISS 2019

ENJOY
THE MUSIC

DIE SCHWEIZER HIFI-MESSE
26. + 27.10.2019 ZÜRICH-REGENSDORF



Inside Washington

Die Untröstliche

Beflügelt von der Aktualität, drischt Wahlverliererin Hillary Clinton auf Trump ein.

Sie ist zurück! Pünktlich zur Untersuchung über ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Trump lanciert die zweimal gescheiterte Präsidentschaftsaspirantin Hillary Clinton mit Tochter Chelsea ihr neues Werk, «The Book of Gutsy Women» («Das Buch der unerschrockenen Frauen»). Bei der hochkarätigen Buchpräsentation ging es allerdings weniger um tapfere Frauen als um Clintons Selbstmitleid nach der Wahlniederlage 2016. So behauptete Clinton, dass Trump «ein Präsident ist, der auf niemanden hört und keinerlei Anweisungen befolgt». Ausgerechnet sie sagte das, deren Präsidentschaftskampagne unter geradezu chronischen Unwahrheiten litt.

Die ehemalige Aussenministerin schimpfte über den heutigen Amtsinhaber, Mike Pompeo, weil dieser seinen Chef, den angeblichen Strippenzieher der Ukraine-Affäre, nicht unter Kontrolle gehabt habe. Am Wochenende stellte sich heraus, dass die Untersuchung über Clintons missbräuchlichen Einsatz eines privaten E-Mail-Servers andauert. Sie nutzte ihn für die offizielle Diplomatie ebenso wie zum Versenden von Geheimdokumenten. Ihre Verteidiger sehen eine Trump-Verschwörung hinter der Untersuchung, die allerdings unter seinem demokratischen Vorgänger Obama begann.

Unerschrocken mischt sich die Demokratin in die Kontroverse um ein Impeachment gegen ihren einstigen Rivalen Trump ein. So erzählte sie CBS News verbittert, dass Trump ein «illegitimer Präsident» sei. Sie beklagt ihre Enttäuschung, als sie die Mehrheit der Stimmen gewonnen hatte, aber nicht genug Wähler. Das sei etwa so, «wie bei einer Jobbewerbung 66 Millionen Empfehlungsschreiben zu erhalten, aber gegen einen korrupten menschlichen Tornado zu verlieren».

Einige sehen Clintons aggressive Rückkehr ins Rampenlicht als möglichen Auftakt zum Wahlkampf 2020, was Trump zweifellos erfreuen würde. *Amy Holmes*

wo Vizepräsident Biden den chinesischen Präsidenten Xi Jinping traf.

«Weniger als zwei Wochen später schloss Hunter Bidens Firma [Rosemont Seneca Partners] einen Private-Equity-Deal über eine Milliarde Dollar mit einer Tochtergesellschaft der Bank of China der chinesischen Regierung ab», so Autor Peter Schweizer Anfang Woche auf Fox News. «Der Deal wurde später auf 1,5 Milliarden Dollar erweitert. Kurz: Die chinesische Regierung finanzierte ein Unternehmen, das sie zusammen mit dem Sohn eines amtierenden Vizepräsidenten mit besass.»

Auch davon will Biden nichts gewusst haben. Doch Hunters chinesische Partner sagten, bei dem Besuch in Peking habe sich Biden junior persönlich dem Vizepräsidenten vorgestellt. «Wie das geschehen sein soll, ohne dass der Deal zur Sprache gekommen wäre, ist eine absurde Vorstellung», argumentiert Schweizer.

Schweizers Einschätzung lautet: «Die Biden-Familie bereicherte sich durch Korruption und Strohmänner. Joe als Vizepräsident und Ehefrau Jill Biden durften keine Bezahlungen von ausländischen Quellen annehmen, das wäre leicht aufgefallen. Aber statt dich selber stellst du deinen erwachsenen Sohn als Vertreter ein», so Schweizer auf Fox News. Die Beträge, die Hunter in der Ukraine und in China eingenommen habe, seien riesig. «Für etwas wurde er bezahlt, aber bestimmt nicht für seine Erfahrung – die hatte er nicht.» Es gebe also dringenden Aufklärungsbedarf. Was war die Gegenleistung der Bidens? Wie profitierten die Ukrainer und die chinesische Regierung von Bidens Netzwerk?

Von nationalem Interesse

Vor diesem Hintergrund erscheint Trumps Avance beim Telefonat mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyi in einem anderen Licht. Wenn er um den «Gefallen» bittet, die Machenschaften der Bidens untersuchen zu lassen, steht das nationale Interesse der USA durchaus im Vordergrund. Es geht darum, allfälliges korruptes Verhalten und Gegengeschäfte zu prüfen, die die Sicherheit der USA gefährden könnten.

Bis dato haben die meisten Medien Biden geschont. Sie legen ihren Fokus allein auf Trump und sein angebliches Fehlverhalten. Neue Dokumente, die im Zuge eines Impeachment-Verfahrens ans Tageslicht gelangen könnten, drohen jedoch Biden unter Druck zu setzen. Die familiären Verstrickungen in dubiose Deals mit zwielichtigen Partnern haben das Potenzial, Bidens Kandidatur 2020 zu ver-

senken. Entweder vor der Nominierung. Oder spätestens bei der Präsidentschaftswahl nächstes Jahr.

Derweil treiben die Demokraten das Prüfungsverfahren für ein Impeachment gegen Präsident Trump mit voller Kraft voran. Es ist ein äusserst riskantes Unterfangen. Abgesehen von einer Kriegserklärung ist ein Impeachment der radikalste und folgenreichste Akt, den der US-Kongress ins Auge fassen kann. Erst drei Mal in der Geschichte wurde



Hilfe für die Wiederwahl: Präsident Trump.

ein Amtsenthebungsverfahren gegen einen amerikanischen Präsidenten eingeleitet. Zum letzten Mal gegen Bill Clinton 1998. Die Republikaner mussten damals einsehen, dass das Volk nicht bereit war, den Präsidenten zu stürzen. Sie sahen dessen «Vergehen» nicht als schwerwiegend genug an. Die Republikaner bezahlten ihren Angriff auf Clinton mit Sitzverlusten.

Die Basis, auf welcher die Demokraten jetzt ihren Fall gegen Trump aufbauen, ist alles andere als solid. Sie tun es ohne überparteiliche Unterstützung. Dass sie die erforderlichen zwei Drittel der Senatsstimmen mobilisieren können, die für eine Amtsenthebung nötig sind, ist aus heutiger Sicht illusorisch. Mit einem Impeachment kurz vor den nächsten Präsidentschaftswahlen riskieren die Demokraten nicht nur eigene Verluste im Kongress. Die Treibjagd auf Trump könnte dem verfolgten Präsidenten letztlich gar zur Wiederwahl verhelfen. Mit Sicherheit jedoch schadet sie dem Land. Die Demokraten treiben ein bereits gespaltenes Volk weiter auseinander.

Ein Impeachment sei «eine lange und unproduktive Strasse», warnte der demokratische Gouverneur von New York, Andrew Cuomo, letzte Woche. «Und wo endet sie schliesslich? Im Nichts.» ○

Dampfhochdruck in Westminster

Von Hansrudolf Kamer — Im Machtkampf um den Brexit zeichnet sich eine politische Neuordnung ab. Die Strategie Boris Johnsons spaltet die Opposition, die keine gemeinsamen Ziele hat.



Verzerrte Gesichter, unglaubliche Aufregung und heuchlerische Anklagen über sprachliche Entgleisungen – im britischen Unterhaus gehen die Wellen hoch. Grosses Theater unter gütiger

Mithilfe der Medien, die davon leben. Der Eindruck entsteht, dass die Mutter aller Parlamente nicht mehr weiss, wie ihr geschieht.

Der höchste Gerichtshof, erst 2009 von der Labour-Regierung Tony Blairs gegründet, hat eigentlich keine verfassungsmässige Überwachungsfunktion wie der amerikanische. Dennoch nennt er sich Supreme Court, mischt sich ein und «überstimmt» selbst die Königin, die nicht mehr sakrosankt ist.

Baroness Hale of Richmond, die Präsidentin, begann die Urteilsverkündung mit der Feststellung, es gehe nur darum, ob das Ersuchen des Premierministers an die Königin, das Parlament zu vertagen, gesetzmässig war oder nicht. Zeitplan oder Bedingungen des Austritts aus der EU waren nicht Gegenstand dieser Prüfung.

Das strapazierte etwas die Glaubwürdigkeit. Auch nichtgewählte Richter sind so intelligent zu wissen, welche politischen Folgen ein Urteil hat. Sie haben sich deshalb in der Vergangenheit wohlweislich aus solchen Streitigkeiten herausgehalten. Noch am 11. September hatte die vorgeschaltete Instanz, der High Court, geurteilt, die Vertagung des Parlaments sei eine politische Angelegenheit und gehe das Gericht nichts an.

Doch nun gibt es einmal dieses Urteil, und die britische Politik muss damit rechnen, dass die höchsten Richter künftig nach amerikanischem Vorbild agieren werden, auch wenn das Königreich keine geschriebene Verfassung hat. Diese Aussicht eröffnet neue Möglichkeiten für die Regelung des Brexit, weist aber klar über ihn hinaus. Denn Verfassungsgerichtsbarkeit beruht auf dem Prinzip der strikten Gewaltenteilung, und das jüngste Urteil bekräftigt dies explizit. Das Unterhaus mit seinem profilierungssüchtigen Speaker untersteht dem ebenso, nicht nur die Regierung.

Und das alles nur wegen des simplen Austritts aus der Europäischen Union, der in einer Volksabstimmung mit klarer Mehrheit angenommen worden war. Früher hätte man

sich in Westminster zusammengerauft. Doch dank des denkbar inkompetenten Regierens von Theresa May und der inneren Konvulsionen der Labour-Partei ist dem nicht mehr so. Die konservative Mehrheit im Unterhaus ging 2017 verloren, die Verhandlungen mit der EU wurden unbedarfte geführt, Regierung und Opposition wurden schliesslich handlungsunfähig.

Altbewährte Strategie

So wurden neue Hoffnungen geweckt. Die Besiegten, die Remainers, akzeptieren das Resultat des Referendums nicht, auch wenn viele von ihnen stets behaupten, sie seien nur gegen einen Brexit ohne Abkommen. Sie blockieren aus Angst vor Machtverlust auch Neuwahlen. Auf ein Misstrauensvotum können sie sich nicht einigen, weil die disparate Schar aus Marxisten, Nationalisten, Liberalen und Anti-Johnson-Tories zu unterschiedliche Ziele verfolgt ausser dem einen – dem von ihnen ungeliebten, sonst aber populären Premierminister die Suppe zu versalzen.

Populär sind sie selber nicht. Mit der Blockade wollen sie ihn so weit schwächen, damit er die Wahlen, die früher oder später kommen, nicht gewinnen kann. Wenn er, beispielsweise, den auf Ende Oktober versprochenen Brexit nicht durchsetzt und eine

Fristverlängerung demütig von der EU verlangen muss.

Doch dass sich bei Wahlen im Dezember, im Januar oder etwas später eine Mehrheit für Labour oder die Liberaldemokraten oder die Brexit-Partei oder sich etwas ganz Neues wie eine Kopie der Macron-Truppe in Frankreich abzeichnet, ist wenig wahrscheinlich. Verglichen mit den Ränkespielen der Opposition ist Johnsons Ziel einfach und klar erkennbar – «Get Brexit done» –, und er hat trotz allem die Königin hinter sich.

Seine Strategie ist altbewährt: die Brexit-Partei aushebeln, ihre Anhänger den Tories zuführen und die Spaltung der Remainers zementieren. Da Labour selber zerstritten ist und im Brexit-Sumpf nur mäandriert, scheint die Rechnung aufzugehen.

In Ermangelung eines Besseren begannen die Remainers, den «nicht angemessenen Sprachgebrauch» von Justizminister Cox und Premierminister Johnson im Unterhaus anzuprangern. Prominent unter ihnen: der ehemalige Tory-Premierminister John Major. Im Zeitalter von Google wurde er umgehend mit Schimpfwörtern konfrontiert, die er an gleicher Stätte freigiebig ausgeteilt hatte.

Im gerade erschienenen letzten Band der Thatcher-Biografie von Charles Moore wird beschrieben, wie Major gegen die Premierministerin intrigierte, ihr Unterstützung vorheuchelte, während er im Hintergrund ihren Sturz betrieb, um selber an die Spitze zu gelangen.

Der Protegé, die graue Maus, hinterging seine Mentorin. Major schwenkte bald von ihrem skeptischen Kurs auf eine betont EU-freundliche Linie. Erst jetzt beginnt sich der Kreis zu schliessen. Was man sät, wird man ernten, oder auf Neudeutsch: *What goes around...*



Strapazierte Glaubwürdigkeit: Premier Johnson.

Fuchs und Löwe

Nach dem Rücktritt seines Innenministers Salvini hat der parteilose Regierungschef Giuseppe Conte in Italien plötzlich das Sagen. Was bedeutet das für das Land?

Von Matthias Rüb



Mitläufer an der Spitze: Italiens Ministerpräsident Conte.

Der Mann, der schon zum zweiten Mal die Regierung der drittgrössten Volkswirtschaft der Euro-Zone führt, hat noch nie für ein politisches Amt kandidiert. Deshalb konnte er auch noch nie vom Volk in ein politisches Amt gewählt werden, schon gar nicht ins Spitzenamt der Regierung. Und dennoch ist Giuseppe Conte, der aus einem Weiler in Apulien mit rund 400 Einwohnern stammt, auch nach einem Regierungswechsel weiter der Ministerpräsident Italiens.

In der Regierung Conte II, die der 55 Jahre alte Jurist seit dem 5. September führt, hat er auch das Sagen. Die Richtlinienkompetenz des Regierungschefs kann niemand mehr bezweifeln. Das war in der Regierung Conte I nicht so. An deren Spitze konnte er am 1. Juni 2018 nur deshalb gelangen, weil der parteilose Universitätsprofessor bis dahin in der italienischen Politik ein vollkommen unbeschriebenes Blatt gewesen war. Luigi Di Maio, Chef der links-populistischen Fünf-Sterne-Bewegung, und Matteo Salvini von der rechtsextremistischen Lega hatten sich auf den Mann mit dem verbindlichen Auftreten und dem distinguierten Äusseren nur deshalb einigen können, weil der ein politisches Leichtgewicht war. Die Richtung der Politik aber bestimmten die beiden

mächtigen Stellvertreter des Regierungschefs: Arbeitsminister Di Maio und vor allem Innenminister Salvini. Der Ministerpräsident mit den hübschen Krawatten, dem Gel im Haar und dem Einstecktuch im Sakko füllte die ihm zugeordnete Rolle glänzend aus: Er war der Mitläufer an der Spitze.

Den polternden Innenminister Salvini, der seine Politik gegen jede Form der illegalen Einwanderung mit robuster Rhetorik begleitete und damit den Beifall einer wachsenden Mehrheit der Italiener fand, rief der Regierungschef so gut wie nie zur Ordnung. Mit der Sozial- und Ausgabenpolitik des Arbeitsministers Di Maio, der ein bedingtes Bürgereinkommen für Arbeitslose und Arme durchsetzte, sympathisierte Conte offen. Überhaupt, so bekundete Conte, habe er den Aufstieg der politisch diffusen Fünf Sterne, gegründet im Oktober 2009 von dem Fernsehkomiker Beppe Grillo als Protestbewegung, zur stärksten politischen Kraft bei den Parlamentswahlen vom März 2018 mit grosser Sympathie verfolgt. Er selbst habe stets links gewählt, gab Conte zu Protokoll. Man darf annehmen, dass er seine Stimme bei Wahlen öfters jenen Parteien gegeben hat, deren Koalitionsregierung er jetzt führt: der Fünf-Sterne-

Bewegung und dem sozialdemokratischen Partito Democratico (PD).

Bei den Europawahlen vom Mai 2019 hatten gerade diese beiden Parteien schlimme Niederlagen hinnehmen müssen. Der Stimmenanteil der Fünf Sterne war von knapp 32 Prozent bei den Parlamentswahlen 2018 auf 17 Prozent zurückgegangen. Der PD war am 26. Mai zwar auf immerhin gut 22 Prozent gekommen und wieder zu stärkster Kraft der Linken geworden. Doch im Vergleich zum Rekordergebnis bei den Europawahlen von 2014 unter dem damaligen Ministerpräsidenten Matteo Renzi büsste der PD fast die Hälfte seines Stimmenanteils ein.

Triumphale Sieger

Der triumphale Sieger bei den Europawahlen in Italien aber war Matteo Salvini: Dessen rechtsextremistische Lega, die er erst kurz vor den Parlamentswahlen vom März 2018 von einer Regionalpartei für den wirtschaftsstarke Norden des Landes zur führenden nationalen Kraft der Rechten umgeformt hatte, erzielte mit mehr als 34 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Bei den Europawahlen vom Mai 2014 hatte der Stimmenanteil der damals noch «Lega Nord» genannten Regionalpartei mit ihrer

Machtbasis in der Lombardei gerade einmal 6 Prozent betragen. Und im Vergleich zu den Parlamentswahlen vom März 2018 konnte die Lega ihren Stimmenanteil immerhin mehr als verdoppeln.

Der Rest ist Geschichte. Salvini liess am 8. August die Koalition seiner Lega mit den Fünf Sternen platzen, um Neuwahlen im Oktober oder November zu erzwingen. Die hätte die Lega nach allen Umfragen klar gewonnen, und Salvini wäre an der Spitze einer Rechtskoalition mit Silvio Berlusconi konservativer Forza Italia und der gleichfalls rechtsnationalistischen Partei «Brüder Italiens» von Giorgia Meloni selbst Ministerpräsident geworden. Diese informelle Rechtskoalition hatte schon sämtliche Regionalwahlen von 2018 und 2019 gewonnen – vom Trentino im Norden über die Abruzzen in Mittelitalien bis nach Sardinien. Italien steuerte, unter der Führung Salvinis, auf eine strukturelle Mehrheit der Rechten zu.

Und jetzt hat Italien stattdessen eine Linkskoalition, die bis zum Ende der Legislaturperiode 2023 die Geschicke des Landes bestimmen könnte. Dafür sorgten drei politische Gestalten. Zuerst und zuvorderst Regierungschef Conte, der mit seinem Rücktritt dem Misstrauensantrag Salvinis zuvorkam und diesen nach allen Regeln der politischen Kunst düpierte. Dann Staatspräsident Sergio Mattarella, der das Parlament nicht, wie von Salvini kalkuliert, auflöste, sondern Conte abermals mit der Regierungsbildung beauftragte. Und schliesslich Matteo Renzi, der den trägen PD aus dem linken Schmollwinkel holte und in die Koalition mit dem ehemaligen Erzfeind von den Fünf Sternen trieb. Mit öffentlichen Anfeuerungsrufen und tatkräftiger Unterstützung im Hintergrund assistierten in Brüssel die künftige EU-Kommission unter der Deutschen Ursula von der Leyen, in Berlin und



Parteiarchs Di Maio (l.), Salvini.

Paris die Regierungen Merkel und Macron sowie schliesslich in Rom Papst Franziskus und die katholische Bischofskonferenz.

Sein machiavellistisches Meisterstück lieferte der alte und neue Regierungschef Conte mit seiner Rücktrittsrede im Senat vom 20. August. Dabei schulmeisterte er den neben ihm sitzenden «lieben Matteo» Salvini und stützte ihn, den «starken Mann» der italienischen Politik, der sich böse verkalkuliert hatte, auf das Mass eines egoistischen Selbstdarstellers zusammen, der sich im Kraftraum ein paar Gewichte zu viel aufgelegt hat. Sich selbst aber stilisierte Conte zum Verteidiger der demokratischen Institutionen, bar jeden persönlichen Machtanspruchs. In Machiavellis «Fürst» heisst es, wer die Macht erreichen und verteidigen wolle, müsse zugleich «Fuchs sein, um die Schlingen zu wittern, und Löwe, um die Wölfe zu schrecken». Im Schlüsselmoment der politischen Krise war Conte Fuchs und Löwe in einem. Und Salvini der begossene Pudel.

Die Führungsfigur und der Hoffnungsträger aller europäischen Souveränisten, zu welchem

zumal seit den Europawahlen von Marine Le Pen bis zu Viktor Orbán viele aufgeschaut hatten, hat sich selbst entmachtet. Salvinis zornige Klage über die angeblich vom italienischen Volk nicht gewollte Regierung Conte II mag verständlich sein, aber sie ist unbegründet: Regierungen werden von bestehenden Mehrheiten im Parlament bestimmt, nicht von aktuellen Meinungsumfragen. Dass die Zustimmungquoten für Salvini persönlich und für seine Partei seit dem beispiellosen Polit-Theater zur Ferienzeit zurückgegangen sind, kann nicht überraschen: «Denn das Volk liebt Ruhe» (Machiavelli) und das italienische Volk vor allem die Sommerruhe im August.

Wie weiter mit der Migrationspolitik?

Conte weiss eine breite Koalition hinter seinem zweiten Kabinett. Es ist eine Koalition, deren oberstes Ziel die Verhinderung der Rückkehr Salvinis an die Macht ist, zumal von dessen möglichem Aufstieg an die Spitze der Macht. Zu dieser Koalition gehören nicht nur die Abgeordneten und Senatoren von Fünf Sternen und PD sowie der neuen Partei Italia Viva von Matteo Renzi und anderer linker Parteien, sondern auch die katholische Amtskirche in Italien und der Vatikan unter Franziskus, dazu die neue EU-Kommission in Brüssel sowie die Regierungen in Berlin und Paris.

Ihr Ziel kann die grosse Koalition unter der Führung von Giuseppe Conte erreichen, indem sie in der Migrationspolitik faktisch die Linie Salvinis weiterverfolgt und rhetorisch die Abkehr von dieser verkündet. Giuseppe Conte hat die Zügel in der neuen Regierung fest in der Hand. Er muss die Macht in Rom nicht mehr mit zwei aufmüppigen Stellvertretern teilen. Er kann sich selbst treu bleiben: als Mitläufer an der Spitze. Nur wird er jetzt nicht mehr von Salvini getrieben. Sondern von Brüssel, Paris und Berlin unterstützt. Oder gesteuert? ○

Schon mit dreissig
nicht mehr arbeiten:
So gehtes.

Diese Woche:
Die CS im Krisenmodus.





Kampf gegen den Staat: Awajún-Indianer besetzen eine Pumpstation von Petroperú.

Revolte am Amazonas

Während sich die Welt über die Buschbrände empört, schwelt im peruanischen Tropenwald ein Krieg. Es geht um Erdöl, Umweltschutz und die Rechte der Urbevölkerung. Eine Reise durch einen Dschungel von Desinformation und Missverständnissen. *Von Alex Baur und Alex Kornhuber (Bilder).*

Welch hässliches Bild: eine schwarze Ölpfütze, so gross wie ein Tennisplatz, mitten im Urwald. Der Gestank ist penetrant, ein Dutzend Arbeiter, einzelne bis zu den Hüften im Schlamm, sind daran, die Sauerei mit Pumpen und Schaufeln zu entsorgen. Einen Monat, so schätzt der Vorarbeiter, würden die Aufräumarbeiten noch dauern. Früher hätte man den ganzen Schmutz wohl einfach im Urwaldboden versenkt. Doch diese Zeiten sind vorbei. Die verseuchte Erde wird nun über die Anden nach Talara an den Pazifik gekarrt, soweit möglich, recycelt und dann fachgerecht entsorgt.

Wir befinden uns in Tayuntsa, auf halber Strecke zwischen den Pumpstationen 5 und 6, bei Kilometer 371 des Oleoducto Norperuano. Die Erdölpipeline führt über tausend Kilometer entlang des Amazonas – des Río Marañón, wie der Oberlauf in Peru genannt wird – und dann über

die Anden an die Küste. Das Öl aus dem Amazonasbecken könnte rund die Hälfte des peruanischen Erdölbedarfs abdecken. Könnte. Doch seit gut drei Jahren fließt das schwarze Gold nur noch spärlich durch die Pipeline der staatlichen Erdölgesellschaft Petroperú. Der Grund liegt bei den Rohrbrüchen wie jenem von Tayuntsa.

Rohrbrüche gab es schon früher gelegentlich. Der Grund waren meistens Erdbeben, vor allem im hügeligen Gebiet am Rand des Amazonasbeckens. Vereinzelt kam es auch vor, dass ein Rohr des mittlerweile vierzigjährigen Oleoducto durchgerostet war. Doch seit Anfang 2016 sind es Sabotageakte, die Petroperú an den Rand des Ruins getrieben haben. Allein im laufenden Jahr gab es vier Anschläge. Eine Metallsäge oder Trennscheibe reicht dazu. Bislang wurde kein einziger Täter gefasst. Doch es gilt als offenes Geheim-

nis, dass Indianerföderationen hinter den Anschlägen stecken.

In der Comunidad Nativa Santa Rosa, drei Stunden Fahrt auf einer holprigen Strasse von Tayuntsa in Richtung Saramiriza, treffen wir Ontoniel Shajian Shawit im lokalen Schulhaus. Der 38-Jährige ist als besonders kämpferischer Anführer des Awajún-Stammes bekannt. Während uns Shajian einen Vortrag hält über den naturverbundenen Charakter der Awajún, die niemals eine derartige Schandtats begehen würden, versammeln sich spontan ein Dutzend Dorfbewohner um uns und hören schweigend zu.

Der Mann ist ein gewiefter Redner. Er spricht von Unterdrückung und Ausbeutung, preist die Tugenden des Naturvolkes. Seine Rhetorik trägt den unverkennbaren Duktus der staatlichen Universität San Marcos in Lima, eine

Hochburg der revolutionären Linken, wo er sieben Semester Verwaltungsrecht studierte. Gemäss Shajian stecken hinter den Attentaten ehemalige Ingenieure von Petroperú, die ihre eigenen Firmen gegründet haben und mit den Reinigungsarbeiten viel Geld verdienen; die Awajún würden doch nicht ihr eigenes Territorium, ihr eigenes Trinkwasser verseuchen. Das ergibt Sinn, könnte überzeugen. Aber warum hindern mit Lanzen und Pfeilen bewaffnete Ureinwohner dann regelmässig die Arbeiter von Petroperú daran, die mutwillig beschädigten Rohre zu flicken? Oft blockieren sie den Zugang zum Leck während Tagen und Wochen, so dass sich der Ölteppich ungehindert ausbreitet. Das lässt sich nicht bestreiten, davon gibt es zahlreiche Videoaufzeichnungen.

Otoniel Shajian bestreitet es auch nicht. Es gehe darum, die Spuren des Verbrechens zu sichern, bis die Staatsanwaltschaft vor Ort sei, sagt er. Und das dauere in dieser Gegend halt oft Tage. Mit demselben Argument könnte man einem Schwerverletzten die Erste Hilfe verweigern, wende ich ein, das sei absurd. Otoniel Shajian zuckt mit den Schultern. «Es ist der einzige Weg, die Regierung auf unsere Anliegen aufmerksam zu machen», räumt er schliesslich ohne Umschweife ein. «Ohne Druck läuft in diesem Land gar nichts.» Gefordert werden mehr Schulen, Ambulatorien, Strassen. Und Arbeit.

Immerhin Strom

Die Realität im Amazonas, das wird mir während meiner einwöchigen Reise zu den Indianern am Río Marañón schnell klar, ist so bunt, undurchdringlich und trügerisch wie der Dschungel. Nichts ist, wie es scheint. Der Traum einer von der Zivilisation möglichst unbefleckten Wildnis im Regenwald mag die Städte umtreiben. Die Menschen im Dschungel haben ganz andere Sorgen. Greta und der Klimawandel sind unendlich weit entfernt. Die Vorstellung, dass der Mensch irgendeines Tages dieses grüne Meer beherrschen oder gar vernichten könnte, erscheint weltfremd, wenn man mitten drin lebt.

Allein der peruanische Urwald an den Oberläufen des Amazonas umfasst 782 880 Quadratkilometer, was gut der doppelten Fläche von Deutschland entspricht. Rund 4,2 Millionen Menschen (Deutschland: 80 Millionen) leben in diesem Gebiet. Von den Wald- und Buschbränden, die 1500 Kilometer entfernt an den südlichen Rändern des Amazonasbeckens in Bolivien und Brasilien wüten, ist der eigentliche Regenwald kaum betroffen. Brandrodungen gibt es zwar auch hier. Die Indianer betreiben diese Methode seit Urzeiten. Doch wer hier einen Baum anzünden will, muss diesen erst fällen.

In Zaramiriza treffen wir den Bürgermeister Claudio Wampuch Bitap. Sein Büro befindet sich im ersten Stock des Gebäudes. Das Erdgeschoss steht während der Regenzeit im Januar regelmässig unter Wasser. Das Reich von Bürgermeister Wampuch, der Distrikt Manseriche, umfasst eine Fläche von 4315 Quadratkilometer Urwald, was in etwa der dreifachen Fläche des Kantons Luzern (1493 Quadratkilometer) entspricht. Rund 10 500 Einwohner, die meisten Bauern oder Fischer, sind auf diesem Gebiet registriert, rund ein Viertel von ihnen leben im Hauptort Saramiriza. Es gibt hier weder eine Polizeistation noch eine Bank. Dank der Pipeline ist Saramiriza aber am Stromnetz angeschlossen. Immerhin.

«Vierzig Jahre lang haben wir problemlos mit der Pipeline gelebt», sagt Wampuch. Man sei sich gegenseitig nicht in die Quere gekommen. Der «Canon» – eine Steuer auf die Ölförderung, die direkt in die Kassen der regionalen und lokalen Verwaltungen fliesst – war eine der wichtigsten Finanzquellen in einer

Region, die zu den ärmsten im Land gehört. Doch seit die Ölförderung stockt, gingen auch diese Einnahmen zurück. Dafür blüht das organisierte Verbrechen. Wo Not herrscht, kümmern sich die Menschen kaum um Nachhaltigkeit und Gesetze. Die Kokain-Mafia, illegale Goldschürfer und Holzfäller halten die Wirtschaft weiterhin in Schwung. Nur zahlen diese keine Steuern. Sie kümmern sich auch nicht um Umweltauflagen. Und keine Armee der Welt könnte sie in diesem Dschungel stoppen.

Gemäss Claudio Wampuch begannen die Unruhen in den nuller Jahren. Damals machten die ersten Gerüchte die Runde, laut denen Öllecks für die Gesundheit der Anwohner eine Gefahr seien. Von mysteriösen Seuchen war die Rede. Junge Einheimische, die in den Städten der Küste studiert hatten, seien zurückgekehrt, um die Bevölkerung zu organisieren, erzählt Wampuch. Vordergründig ging es um den Schutz des Urwalds, doch das war bloss der Hebel, um Druck aufzusetzen. Im Grunde verlangten die Awajún, was allen Peruanern zusteht: Schulen, Krankenstationen, Stra-

ssen. Und Arbeit. «Wie kann es sein», sagt Wampuch, «dass unter unseren Füessen Erdöl im Wert von Millionen Dollar durchfliesst, während viele Anwohner nicht einmal Strom in ihrer Hütte haben?»

Am 5. Juni 2009 wurden in der Nähe von Bagua bei Zusammenstössen zwischen den Föderationen und Ordnungskräften gemäss offiziellen Angaben 23 Polizisten und zehn Demonstranten getötet. Durch falsche Gerüchte aufgehetzte Awajún schlitzten zehn Polizisten die Kehle auf, nachdem sich diese



Bürgermeister Wampuch.

«Vierzig Jahre lang haben wir problemlos mit der Pipeline gelebt.»



Vorsätzliche Verschmutzung: Ölpipeline im peruanischen Urwald.



Schwierige Verhandlungen: selbsternannte Häuptlinge in Zaramura.

bereits ergeben hatten. Das Blutbad, das als «Baguazo» in die Geschichte eingehen sollte, war der Auftakt zu einer ganzen Reihe von Scharmützeln, Blockaden und Besetzungen von staatlichen Einrichtungen. Hinter den Attacken standen jeweils Föderationen, welche behaupten, die Interessen der Einheimischen zu vertreten. Letzteres erscheint allerdings mehr als nur zweifelhaft. Formale Strukturen gibt es kaum in dieser Gegend, keiner der unter sich in aller Regel zerstrittenen Häuptlinge wurde je demokratisch gewählt. Die Grenzen zwischen mafïösen Gruppen und den Indianer-Föderationen sind fließend. Für einen demokratischen Staat ist es schwierig, mit einem solchen Gegner zu verhandeln.

«Die Forderungen der Föderationen», so Bürgermeister Wampuch, «waren oft so unrealistisch wie die Versprechungen der Regierung.» Er weiss aber auch: Es ist nicht nur eine Frage des Geldes. Man muss erst Lehrer und Ärzte finden, die hier, fern der Zivilisation, arbeiten und leben wollen. In diesem Gebiet ein Stromnetz aufzubauen, ist eine Herausforderung für sich.

Plötzlich wollen alle Indianer sein

Wie rund 60 Prozent der Bevölkerung von Manseriche rechnet sich Bürgermeister Wampuch dem Volk der Awajún zu, die seit Urzeiten in dieser Gegend leben. Die restlichen 40 Prozent gelten als *mestizos*. Will heissen: Sie sind aus den Anden oder von der Küste zugewandert. Bisweilen nennen sie die Zugewanderten «Apachen». Die ironische Anspielung auf das nordamerikanische Kriegervolk führt zum Kern des Problems: In Peru, wo vier Fünftel der Bevölkerung überwiegend indianische Wurzeln haben, ist eine ethnische Zuordnung

vom subjektiven Empfinden geprägt. Über die Jahrhunderte haben sie sich alle mehr oder weniger vermischt. In Tat und Wahrheit dürften die meisten Amazonas-Indianer, genau wie die Zugewanderten, Mischlinge sein, *mestizos*.

Entlang der Amazonas-Pipeline leben neben den Awajún noch Wampis, Shapras, Achuar, Cocamas und die Qichwas, welche Letztere mit den Quechuas aus den Anden verwandt sind. Sprachliche und kulturelle Verwandtschaften gibt es auch bei den anderen Stämmen, ebenso allerdings Zwiste. Immerhin sind die Zeiten vorbei, in denen die Awajún ihre Lendenschurze mit den kunstvoll gefertigten Schrumpfköpfen ihrer gefallenen Gegner zierten. Gemäss offiziellen Schätzungen haben sich 98 Prozent der peruanischen Amazonas-Indianer längst in die Zivilisation integriert. Sogenannt Unkontaktierte finden sich höchstens noch tausend Kilometer südlich vom Río Marañón im Gebiet des Río Madre de Dios.

Bis zur Jahrtausendwende war die Rasse in Peru tabu. Das heisst nicht, dass es keinen Rassismus gab und gibt. Doch im Prinzip haben alle die gleichen Rechte. Wie überall auf dem amerikanischen Kontinent gilt das *ius solis*: Die Heimatberechtigung leitet sich allein aus dem Geburtsort ab. Die Abstammung der Vorfahren, die Blutlinie nach europäischem Vorbild (*ius sanguis*), spielt keine Rolle. Der In-

digenismus, der den Ureinwohnern Sonderrechte und geschützte Territorien einräumt, brach mit diesem Prinzip – und öffnete damit eine veritable Pandorabüchse mit Begehrlichkeiten aller Art. Es locken Privilegien, Sonderrechte, Ansprüche auf Reparation in Milliardenhöhe.

Plötzlich wollen alle Indianer sein.

Bezeichnenderweise war es eine Europäerin, die nach der Jahrtausendwende die Sonderrechte für die Urvölker in Peru energisch vorantrieb: die belgische Anthropologin und Präsidentengattin (2001–2006) Eliane Karp. In ihrer Wahlheimat als «Pocahontas» verspottet, brachte das Engagement für die *indigenas* der Belgierin auf dem internationalen Parkett eine ganze Reihe von Auszeichnungen ein. Karp war massgeblich an der Entstehung der 2007 von der

Uno-Vollversammlung verabschiedeten «Erklärung über die Rechte indigener Völker» beteiligt. Neben den USA, Kanada, Australien und Neuseeland stemmten sich einige afrikanische Staaten erfolglos gegen den Pakt, der den Urvölkern das Recht auf eigene Territorien und Entschädigungen für historisches Leid zuspricht. Blicke noch anzumerken, dass Eliane Karp heute zusammen mit ihrem Gatten Alejandro Toledo (er sitzt zurzeit in den USA in Auslieferungshaft) wegen angeblicher Korruption zur Verhaftung ausgeschrieben ist.

Bei der Pumpstation 5 der Amazonas-Pipeline, eine halbe Stunde von Saramiriza entfernt, treffen wir Luis, Hugo und Arturo. Alle drei sind Mestizen, sie stammen aus einfachen Verhältnissen und heuerten in den späten 1970er Jahren als junge Ingenieure bei Petroperú an. Sie stehen heute vor der Pension und waren über vier Jahrzehnte für den Unterhalt der Pipeline zuständig. Es war schwierig, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Schliesslich einigten wir uns darauf, dass keine Nachnamen genannt und keine Bilder gemacht werden. Das ist sehr ungewöhnlich in einem Land, in dem Journalisten in der Regel mit offenen Armen empfangen werden.

Am 6. Juli überfielen 400 mit Speeren und Messern bewaffnete Awajún zu nächtllicher Stunde die Pumpstation 5 und hielten diese während mehrerer Tage besetzt. Die Belegschaft bangte um ihr Leben. Wütend machte die drei Ingenieure aber vor allem die reisserische Berichterstattung von TV-Reportern aus Lima, die im Tross der Besetzer kamen. Die Indianer, so ihre Anklage, wehrten sich gegen die angeblichen Verschmutzungen durch eine



Unternehmer Perez und Mussolini.

Hauptproblem: Malaria, Parasiten, Schlangenbisse, Tuberkulose. Und Aids.



Geschäftsmodell Ölpest: Einheimische bei den Aufräumarbeiten.

obsolete und verrostete Pipeline. Die Staatsanwaltschaft im fernen Jaén eröffnete aufgrund der Medienberichte Strafverfahren gegen die drei Ingenieure.

«Alle vier Rohrbrüche in diesem Jahr», hält Luis dem entgegen, «waren offensichtlich Sabotageakte.» Er zeigt Fotos, auf denen die durch Trennscheiben verursachten Einschnitte klar zu erkennen sind. Videoaufzeichnungen zeigen, wie die Arbeiter daran gehindert werden, die Lecks zu flicken. Es stimme auch nicht, sagt Luis, dass die Pipeline, die durch Kanalkameras regelmässig von innen überwacht und auf Schwachstellen geröntgt werde, in schlechtem Zustand sei. Einzelne Teile müssten nach wenigen Jahren gewechselt werden, andere seien selbst in fünfzig Jahren noch gut. Im internationalen Sicherheits-Ranking könne die Amazonas-Pipeline im vorderen Mittelfeld mithalten.

Gemäss der Darstellung der Ingenieure lebte man vier Jahrzehnte lang in Frieden mit den Indianern. Die Pipeline – gemäss peruanischer Verfassung ein Verkehrsweg, auf den niemand ausser dem Staat einen territorialen Anspruch erheben kann – habe niemanden gestört. Gelegentlich half man den Anwohnern mit einem Trax oder einem Bagger bei kommunalen Arbeiten aus, die sie sich sonst nicht hätten leisten können. Einige fanden Arbeit bei den Trupps, welche das Trasse der Pipeline vom wuchernden Urwald freihalten. «Der grösste Fehler war wohl», meint Arturo, «dass man die Einheimischen nicht genügend ausgebildet hat.» Wenn es einer bis an die Küste schaffte und an einer Universität studierte, dann kaum *ingenieria* oder Agronomie, sondern brotlose Fächer wie Soziologie oder Anthropologie.

Ein letztes Tabu

Das Desaster begann Anfang 2016 mit einem Rohrbruch, der durch einen Erdbeben verursacht wurde. Im Sinne einer Wiedergutmachung stellte die abtretende Regierung unter Ollanta Humala Einheimische zu einem Tagessatz von 150 Soles (rund 40 US-Dollar) ein. Das ist mehr, als ein Arbeiter in dieser Gegend in einer Woche verdient. Doch der Geldsegen ging nicht an die Arbeiter, sondern an die Anführer der Indianerföderationen, die flink und eigens zu diesem Zweck Firmen gründeten. Seither kommt es ständig zu neuen «Rohrbrüchen». Und so sicher wie das Amen in der Kirche folgt die Forderung, die Firmen der Anführer mit den Aufräumarbeiten zu betrauen.

In San Lorenzo, sechs Bootsstunden abwärts auf dem Río Marañón, treffen wir den Krankenpfleger Ismael Perez und den Anthropologen Joel Mussolini (da sein Grossvater, ein Wampis, keinen Nachnamen hatte, so versichert Mussolini, habe ein italienischer Priester diesen kurzerhand auf den Namen des Duce

getauft). Perez und Mussolini waren nicht nur die Anführer des Angriffs auf die Pumpstation 5 vom letzten Juli. Die Reporterin Isabel Alvarado (wir treffen sie bei der lokalen Radiostation von Radio Laser) beschuldigt Ismael Perez, über Strohmann eine Firma zu kontrollieren, die sich mit den Öllecks eine goldene Nase verdient. Und sie ist nicht die Einzige, die das behauptet.

Perez und Mussolini bestreiten Letzteres. Dass die Anwohner selber für die meisten Ölverschmutzungen verantwortlich sind, stellen sie jedoch gar nicht erst in Abrede. Es sei das einzige Mittel, um den Staat auf die Not der Menschen im Amazonasbecken aufmerksam zu machen. Von der Öko-Bewegung und den NGOs halten sie sich bewusst fern. Greta Thunberg ist ihnen kein Begriff. Was sie fordern, ist konkret: Schulen, Ambulatorien, Elektrizität rund um die Uhr (im 6000-Seelen-Städtchen San Lorenzo fliesst der Strom



nur von 17 bis 22 Uhr). Und Arbeit. Vor allem die medizinische Versorgung, sagt der Krankenpfleger Perez, sei katastrophal: Es gebe Malaria, Parasiten, Schlangenbisse, Tuberkulose. Und Aids.

Blanca Luque Chauca, als Direktorin des peruanischen Gesundheitsministeriums für die «indigenen Völker» zuständig, kann das nur bestätigen. Wir besuchen sie nach unserer Rückkehr in Lima in ihrem kleinen, spartanisch ausgestatteten Büro. Erdöl im Trinkwasser mag ungesund sein, doch es ist belanglos gemessen an den tödlichen Seuchen im Amazonasgebiet. Gemäss Erhebungen des Gesundheitsministeriums sind 60 Prozent der indigenen Bevölkerung HIV-positiv. An Medikamenten fehlte es an sich nicht. «Das Problem», sagt Luque Chauca, «ist logistischer Natur.» Es fehle an der Infrastruktur, um Hilfsgüter in dieser abgele-

genen Gegend zu verteilen. Und noch schwieriger sei es, die Menschen über Risiken aufzuklären oder zur regelmässigen Einnahme von Arzneien zu bewegen.

Doch das ist ein Tabu. Über die Aids-Verseuchung bei den vermeintlich naturnahen Amazonas-Indianern fällt selbst in den peruanischen Medien nie ein Wort. Es stellt auch kaum einer die Frage, warum es bei den Urvölkern in Peru keine Kinder mit Missbildungen gibt – keine Trisomie 21 und keine Hasenscharten. Das hat nichts mit der Genetik zu tun, sondern mit bitterer Armut. Und mit Euthanasie.

Kinder mit Geburtsschäden werden im Fluss ertränkt, ausgesetzt oder lebendig begraben. Nicht weil die Awajún Unmensch wären, sondern weil ein behindertes Kind beim harten Überlebenskampf im Dschungel zur Bedrohung für den ganzen Stamm wird. Doch darüber wird geschwiegen. Es passt nicht ins Klischee des edlen Wilden, der in ungetrübter Eintracht mit der paradiesischen Umwelt lebt.

In Lima treffe ich schliesslich auch noch Carlos Paredes Lanatta. Der Ökonom und Professor, PhD in Yale, machte sich als knallharter Sanierer einen Namen. Im letzten Februar hat ihn die Regierung ins Direktorium von Petroperú berufen, seit Mai präsidiert er den kränkelnden Staatsbetrieb. Der Erdölriese ist gefährlich überschuldet. An sich hätte Peru genügend Öl, um sich selber zu versorgen. Doch die Misswirtschaft und die Sabotage der Amazonas-Pipeline, über die rund die Hälfte der Produktion fliesst, machen das schwarze Gold zum Verlustgeschäft. Peru muss längst wieder Erdöl importieren.

Die drei Engel von Carlos

«Meine wichtigsten Mitarbeiter sind drei Frauen», brummt Paredes Lanatta, «die drei Engel von Carlos»: Carmen, Chefin der Rechtsabteilung, Beatrix, Kommunikationschefin, und Eleonora, zuständig für die Verhandlungen mit den Indianerföderationen im Amazonasgebiet. Der neue Chef hat sich zum Ziel gesetzt, bis Ende Jahr einen dauerhaften Frieden auszuhandeln. Gelingt dies nicht, wird er die Pipeline stilllegen und das Erdöl aus dem benachbarten Ecuador importieren. Doch das wäre nur die halbe Miete. Es gilt auch, das Vertrauen in private Firmen wiederaufzubauen, die neue Ölquellen im Amazonas erschliessen.

Eigentlich kann sich das Land, in dem immer noch 20 Prozent der Bevölkerung in bitterer Armut leben, den Luxus von Ölimporten nicht leisten. Doch die Millionenverluste, mit denen das Oleoducto die Staatskasse täglich belastet, sind erst recht nicht zu verantworten. Treffen würde das Ende der Erdölproduktion im Urwald zuallererst dessen Bewohner. Ihnen blieben ausser dem Drogenhandel, der illegalen Goldschürfferei und dem Holzschlag kaum noch Alternativen. ○



Erweiterter Horizont: Sängerin Rossinelli.



Stimm-Sternchen

Von Michael Bahnerth

Mag sein, dass die Musikerin Anna Rossinelli im Universum der Melodien nur ein kleines Sternchen mit schwacher Stimme ist, matt scheinend im Licht der lauten Sterne und vergebens leuchtend gegen das unendliche Dunkel.

In Basel gilt die 32-Jährige inzwischen als seriöse Musikerin, was daran liegen mag, dass all der Musikerinnen-Bullshit wie «Ich will die Seelen der Menschen erreichen» oder «Das Kommerzielle interessiert mich nicht» von einem erfreulichen Reifeprozess übertönt worden ist. Früher galt sie als etwas hochnäsig, zickig auch, als ein kleines Mädchen mit einer Stimme, die alles ein klein wenig war: ein wenig nett, originell, schmutzig, ein klein wenig zu dünn, um ein Universum ins Schwingen zu bringen. Mehr als ein klein wenig war sie schön.

Ein wenig erfolgreich wurde sie 2011, als sie die Schweiz am Concours Eurovision de la Chanson vertrat mit der Ballade «In Love For A While», einen hübschen Song aus der musikalischen Hirnmasse von David Klein, ein Lied, das heute besser klingt als damals und das durchaus was hätte werden können, wenn in ihrer Stimme ein wenig mehr Dreck gewesen wäre. Rossinelli wurde Letzte, und es war ein klein wenig so, dass ihr violettes Kleid mehr Sound hatte als ihr Song.

Danach versuchte sie, den Titel ihres ersten Albums umzusetzen, «Bon voyage»: Sie tingelte zwischen Kellnerin, Badi-Kiosk-Betreiberin und Cervelat-Prominenz, sie veröffentlichte ein paar Alben und galt zwischenzeitlich als geldgierig, weil sie sich eine musikalische USA-Reise über Crowdfunding finanzieren liess. 50 000 Franken. Der Tenor in der Boulevardpresse war, dass Frau Rossinelli doch arbeiten gehen soll, wenn sie Ferien machen will.

Sie war dort vermutlich auf der Suche nach ihrer inneren musikalischen Stimme, reiste dorthin, wo Musik herkommt, Nashville, New Orleans, sie traf Musiker und Strassenmusikanten, fühlte ihren Horizont erweitert, aber wieder zu Hause in der Schweiz war der Himmel immer noch derselbe: ein Irgendwas zwischen Singen, *Schweizer Illustrierten* und dem Ernst des Lebens jener, deren Licht mehr flackert als scheint.

Sie wechselt jetzt zwischenzeitlich die Seite, wird nächstes Jahr vom Sternchen zur Sternguckerin, wenn man so will, zur Coachesse der Schweizer Version von «The Voice», einem Format, bei dem junge Menschen, die ein klein wenig eine Stimme haben, hoffen, sich Gehör zu verschaffen.



Elegante Pirouette: Dichter Spitteler mit Freundin Hedwig Glatt-Klisling im Engadin.

Literatur

Spittelers brisante Botschaft

Vor hundert Jahren wurde Carl Spitteler mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet. Der Versuch seiner literarischen Wiederentdeckung scheitert. Die offiziellen Feiern erfolgen unter Ausschluss der Westschweiz – und seiner Aussagen zur Neutralität. *Von Jürg Altwegg*

Mit mehr Aufwand als für Gottfried Kellers 200. Geburtstag feiert die Schweiz in diesem Jahr ihren einzigen Literaturnobelpreis. Verdanken wir ihn der Neutralität? Carl Spitteler bekam die Auszeichnung für sein Epos «Olympischer Frühling». Ausschlaggebend war seine Rede «Unser Schweizer Standpunkt», die er für die Neue Helvetische Gesellschaft (NHG) am Anfang des Ersten Weltkriegs gehalten hatte. Damals bedrohten die «Stimmungsgegensätze» den Zusammenhalt der Schweiz: Die Deutschschweiz sympathisierte mit den Deutschen, die Welschen hielten es mit Frankreich. Spittelers Rede ist zweifellos der wichtigste Beitrag, den ein Intellektueller zur Neutralität geleistet hat.

Vergleiche mit Gottfried Keller

In seinem nie übersetzten Standardwerk «La Suisse romande au cap du XXe siècle» (1964) be-

fasst sich Alfred Berchtold ausführlich mit dem 1845 in Liestal geborenen Spitteler. Der Genfer Historiker unterstreicht die Unterschiede zwischen diesem und Gottfried Keller, dem «Handwerker-Poeten, Schriftsteller-Bürger, Beamten-Dichter». Spitteler entschied sich im Alter von siebzehn Jahren, «Dichter – europäischer Dichter» zu werden. Dem Dialekt verweigerte er sich, auch privat sprach er nur Hochdeutsch. Er hatte «erwogen, seinen ersten Prometheus auf Hebräisch zu schreiben». Spitteler ging es «in der Nachfolge von Keller und Gotthelf um «ein «Los von Seldwyla» und neue Horizonte».

Berchtold vergleicht ihn mit Ramuz. Beide richteten ihre ganze Existenz auf das Schreiben aus: «Sie entfernen sich vom klassischen Modell des in die Gemeinschaft integrierten, dem pädagogischen, politischen und sozialen Apostolat geweihten helvetischen Schriftstellers.»

Nur einmal, so Berchtold, ist Spitteler, dieser «Exilierte im eigenen Land», von seinem Olymp in die «öffentliche Arena heruntergestiegen, um eine einstündige Rede zu halten. Am 14. Dezember 1914, auf Einladung der NHG Zürich. Historisch war der Moment, aussergewöhnlich die Wirkung. Spitteler ging ein gewaltiges Risiko ein und wusste es. Ferdinand Hodler war wegen seiner Kritik an der Bombardierung der Kathedrale von Reims in Deutschland in Ungnade gefallen. In der Schweiz hielt sich die Zahl von Spittelers Lesern in Grenzen. Aus Deutschland, wo er verlegt wurde, so Spitteler, «aber blüht mir Sympathie und Zustimmung wie ein Frühling entgegen, unabsehbar, unerschöpflich».

Er hat «mit seinem Text gekämpft, jedes Wort abgewogen und später keines bereut», hält Berchtold fest und fasst die Essenz der Rede zusammen: «Die Deutschen sind unsere Nachbarn

und die Welschen unsere Brüder, die auf unserer Seite wären, falls die Nachbarn Lust verspüren könnten, über unsere Zäune zu klettern.» Wie Hodler geisselte Spitteler den deutschen Einmarsch in Belgien, «das uns an sich nichts, dagegen durch sein Schicksal ausserordentlich viel» angeht. Umgehend schlug ihm eine Welle der Empörung entgegen. «Spitteler wird bei uns nie mehr die geringste Rolle spielen», drohte das *Stuttgarter Neue Tagblatt*: Schon im anstehenden Weihnachtsgeschäft werde man ihm den Affront heimzahlen.

«Unser Schweizer Standpunkt» ist kein pazifistisches Manifest. Noch ist niemandem bewusst, in welche Schlachtereier der Krieg münden wird. Die Rede ist weder Plädoyer für die Abschottung von der Welt und den Rückzug in ein «Réduit» noch militärische Strategie. «Unser Schweizer Standpunkt» ist eine durch und durch realpolitische Analyse: «Die Weltgeschichte lässt sich in einen einzigen Satz zusammenfassen: Jeder Staat raubt, so viel er kann. Punktum.»

Der Autor analysiert die Beziehungen der Schweiz zu mehreren Staaten und legt dar, warum sie nicht unsere Feinde sind. Aber nie werde man Nachbarn und Freunden unbegrenzt vertrauen können. Andere Länder mögen sich durch «Diplomatie, Übereinkommen und Bündnisse einigermassen vorsehen», der Schweiz, «die ja keine hohe auswärtige Politik betreibt, fehlt dieser Schutz der Rückversicherung».

Auch die «politische Einheit» des Landes kann diesen allein nicht garantieren. Aber in Zeiten des nationalistischen Wahns und Imperialismus ist sie erst recht eine Voraussetzung für das Überleben des Kleinstaats, in dem sich drei grosse europäische Kulturen überschneiden: «Wir haben nicht dasselbe Blut, nicht dieselbe Sprache, wir haben kein die Gegensätze vermittelndes Fürstenhaus, nicht einmal eine eigentliche Hauptstadt.» Aber es gibt ein Symbol, das diese «Elemente der Schwäche» überwinden kann: «die eidgenössische Fahne».

Treue zum Ideal

Die Pflege binnenschweizerischer Beziehungen und die Rücksicht auf alle Minderheiten machten für Spitteler zusammen mit der Neutralität die Identität der Schweiz aus. Am Ende der Rede plädiert er angesichts der «Unsumme von internationalem Leid», das keinen «Unterschied der Sprachen» macht, dafür, «unsere Herzen mit schweigender Ergriffenheit und unsere Seelen mit Andacht zu füllen. Und vor allem nehmen wir den Hut ab. Dann stehen wir auf dem richtigen neutralen, dem Schweizer Standpunkt.»

Als «Aufruf zur Brüderlichkeit» will Adolf Muschg die Rede verstehen, «jedenfalls war ihr Verfasser Europäer», schreibt er etwas trotzig in seinem Beitrag zu einer kleinen Sammlung von Essays «Neue Schweizer Standpunkte». Zusammengestellt hat sie die 1987 in Genf geborene

Vermittlerin und Übersetzerin (zum Beispiel von Max Frisch) Camille Luscher.

Die junge Dorothee Elmiger befasst sich darin auf sehr literarische Weise mit den Unterschieden von Freunden und Brüdern. Die in Paris lebende Pascale Kramer ist «eine ewig Fremde in Frankreich» geblieben und beschreibt im Folgenden ihre schweizerische Distanziertheit anlässlich des Attentats auf *Charlie Hebdo*: «Wie lange werde ich mich noch weigern können, einen Feind zu bezeichnen?»

Daniel de Roulet will in seinem Essay erzählen, «warum ich Hodler und Spitteler schon so lange bewundere»: für ihren Mut zur Neutralität und zum Protest gegen Deutschland. Hodlers Bilder seien nach dem Aufruf in der *Tribune de Genève* aus den Museen entfernt, seine Fresken übermalt worden. Ramuz und andere welsche Intellektuelle hielten sich bedeckt – Ernst Ansermet unterschrieb: «Wenn es darum geht, ein Ideal zu verteidigen, sind die Musiker und die Maler zuverlässiger als die Schriftsteller.» De Roulet stilisiert Hodlers Protest zu «einer Geste künstlerischer Kohärenz»: Treue zum Ideal bekunden, Distanz signalisieren.

«Parteinahme für die Nichtparteinahme»

Die Familiengeschichte des Genfer Schriftstellers de Roulet ist in beiden Weltkriegen mit Frankreich und der Deutsch- wie Westschweiz verknüpft. Im Falle einer Kriegsbeteiligung wären sich Brüder in zwei Armeen gegenübergestanden. Im Kalten Krieg war «meine Generation an der Reihe»: aus Protest gegen die Napalmbomben auf Vietnam warf Daniel de Roulet beim Besuch von General Westmoreland in Bern Molotowcocktails auf die amerikanische Botschaft und ist heute, «mit 75 Jahren, überzeugt, im Geiste von Hodler und ein paar anderen» gehandelt zu haben. Er zitiert Zeilen

von Spitteler, die er bei einem Besuch des Dichter- und Stadtmuseums in Liestal notiert hatte: «Dass wir als Unbeteiligte manches klarer sehen, richtiger beurteilen als die in der Kampfleidenschaft Befangenen, versteht sich von selbst.» Daniel de Roulets Kommentar: «Man könnte meinen, er spreche vom Handwerk des Schreibens: von der Parteinahme für die Nichtparteinahme.»

Dass Ferdinand Hodler heute wieder in ganz Europa auf grosse Wertschätzung stosse, stellt Peter von Matt in seiner Einleitung zu einem Band fest, den er zum Nobelpreis-Zentenarium in seiner Reihe «Kollektion» schweizerischer Klassiker (im Verlag Nagel & Kimche)

herausgegeben hat: «Carl Spitteler. Eine Begegnung mit seinem Werk». Es handelt sich um einen sehr geschickt umgesetzten Versuch, das breite Schaffen des Dichters dem zeitgenössischen Leser und Staatsbürger zu vermitteln. Stefanie Leuenberger hat zu den einzelnen Teilen – der Erzähler, der Dichter, der Denker, der Politiker – kurze, prägnante Einleitungen geschrieben. Für den Einstieg in das Werk empfiehlt sie den Roman «Imago». Das literarische Interesse an Spitteler macht sie indes vor allem an der Aktualität seiner Themen – Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, die Korruption des Menschen durch die Macht – fest.

Auch Peter von Matts Einleitung zeugt nicht unbedingt von überbordender Begeisterung und der Notwendigkeit, einen zu Unrecht Vergessenen, der nach seiner Rede aus der «deutschen Literatur verschwunden» sei, wieder zu entdecken. Vielleicht, so von Matt, käme es dazu, «wenn es einigen Fachleuten dämmerte, dass der «Olympische Frühling» das spektakulärste Ereignis der deutschsprachigen Fantasy-Literatur ist». Spitteler entwirft Bilder, «wie man sie noch nie gesehen hat». Irgendwie «altertümlich fremd und doch ganz gegenwärtig» erscheint sein Werk dem Kritiker. Den Roman «Imago» würdigt er als «eines der

frechsten Bücher» über das Schweizer Bürgertum mit «nadelspitzen Bosheiten, wie sie erst ein halbes Jahrhundert später in Max Frischs «Stiller» wieder aufblitzen». Die Gedichte rettet er mit der eleganten Pirouette, Carl Spitteler habe sie womöglich als «Parodie auf alle vaterländische Lyrik» geschrieben. Aber letztlich hält es auch Peter von Matt mehr mit den politischen Beiträgen. «Herausragend» nennt er den Essay «Vom Volk»: «Er analysiert scharfsinnig, wie in der Politik mit dem Wort «Volk» umgegangen wird, und man

stellt dann verblüfft fest, dass alles, was er aufdeckt, auch heute noch geschieht.»

Feierlichkeiten

Peter von Matt hielt Mitte September am Festakt in der Universität Luzern die Ansprache. Seit Anfang Jahr sind die Feierlichkeiten im Gang, täglich ist etwas los. In Kerzers kann man auf «Spittelers Schmetterlingsweg» spazieren. Anderswo sind Promenaden seiner Lyrik geweiht. Von Luzern bis Liestal gibt es Lesungen. Mit «Spitteler en Suisse romande» befasst sich eine kleine Ausstellung in La Neuveville am Bielersee. Der offizielle Auftakt erfolgte in Liestal mit einer Zeremonie in der Kirche und einer



Kulturminister Berset.

Bundesrat Berset sprach über die «Betrachtungen eines Politischen».

«Abendgesellschaft bei den Spitteler in der Rathausstrasse». So ist es in der Agenda des Komitees «Hundert Jahre Literaturnobelpreis» vermerkt, das von Alain Berset präsiert wird. Der Bundesrat sprach über die «Betrachtungen eines Politischen» und hatte als Motto für die Feierlichkeiten einen Satz aus «Unser Schweizer Standpunkt» ausgewählt: «In der Schweiz sehen wir von niemandem ab. Wäre die Minorität noch zehnmal minder, so würde sie uns dennoch wichtig wägen.» Natürlich, so Berset, «ist diese Aussage Spitteler von 1914 auch heute noch gültig».

Auch «für uns als SBB/CFF/FFS» bleibt die Rede «täglich Ansporn, unser Bestes zu geben». Die dreisprachige Bundesbahn ist als Sponsorin im Patronatskomitee vertreten und beruft sich auf Spitteler «Kohäsionsgedanken», dem sie verpflichtet sei. Insgesamt zwanzig Persönlichkeiten sind in Patronatskomitee und Vorstand von «Hundert Jahre Literaturnobelpreis» vertreten. La Neuveville scheint der westlichste Vorposten der Veranstaltungen zu sein. Unter den Persönlichkeiten, die Spitteler Verdienste um den schweizerischen Zusammenhalt in einem historischen Moment existenzieller Bedrohung beschwören, fehlen jegliche Schweizer aus Genf, der Waadt, Neuenburg, dem Jura und dem Wallis.

Gescheiterte Rehabilitation

Die «Stimmungsgegensätze» von 1914 sind einer unheimlichen Gleichgültigkeit gewichen. Mit seinen Phrasen und Festen bereitet unser «Hundert Jahre Literaturnobelpreis»-Komitee ohne Westschweizer Standpunkt Spitteler ein eigentliches Staatsbegräbnis: Keines seiner Mitglieder erwähnt die Neutralität. Sie bildet aber den Schlüsselbegriff seiner Rede und erscheint als Tabu dieses Zentenariums, dessen prominenter Schirmherrschaft es darum zu gehen scheint, Spitteler's Brisanz und Botschaft im Keim zu ersticken.

Die Bilanz der Hundertjahrfeier fällt ernüchternd aus. Trotz des vorbildlichen Lesebuchs muss man den aufrichtigen Versuch der literarischen Rehabilitation durch die Germanisten als gescheitert bezeichnen. Es ist wohl ganz gut, dass es eine nächste Feier zum 100. Jahrestag eines Literaturnobelpreisträgers so schnell nicht mehr geben wird. Und dass die erste Vergabe nach dem Kalten Krieg nicht an einen Schweizer ging. Max Frisch und Friedrich Dürrenmatt, die eine ideale Besetzung gewesen wären, starben 1990 und 1991. 1992 zeichnete die Stockholmer Akademie immerhin Elias Canetti aus, einen aus Bulgarien stammenden jüdischen Dichter englischer Staatsbürgerschaft und deutscher Sprache. Mit Wohnsitz in der Schweiz.

Carl Spitteler: Dichter, Denker, Redner. Nagel & Kimche. 352 S., Fr. 38.90

Camille Luscher: Neue Schweizer Standpunkte: Im Dialog mit Carl Spitteler. Rotpunkt. 136 S., Fr. 26.–



«Am Schluss kümmert sich niemand um dich»: Stallone als Ein-Mann-Armee Rambo.

Film

Mein Rambo

Der einsamste aller Actionhelden bäumt sich in «Last Blood» nochmals auf. Er zieht nach bald vier Jahrzehnten in sein fünftes, wohl letztes Gefecht. Gegen das «Rambo»-Virus war in den achtziger Jahren kein Bub immun. Mich befiel es an einem Mittwochnachmittag wegen eines Nadelstichs. Von Benjamin Bögli

Wir sassen auf einem beigen Spannteppich und starrten ungeduldig in den Röhrenfernsehapparat. Ganz scharf war das Bild nicht. Wann kam sie endlich, *die Szene?*

Wir, das waren René, Maurizio – Spitzname Muri – und ich. Muri, ein stets fröhlicher Südtaliener aus unserer Klasse und grosser SSC-Napoli-Fan, hatte uns an diesem Mittwochnachmittag im Januar 1986 zu sich nach Hause gelockt. Er besass neben einem wunderschönen Maradona-Fussballleibchen etwas, was selbst meinen sechs Jahre älteren Bruder interessierte: eine Videokassette von «Rambo 1»!

Beinahe wäre der Plan, den Film an diesem Nachmittag bei unserem Schulfreund zu schauen, in letzter Sekunde geplatzt, weil meine Mutter beim Mittagessen plötzlich

nicht mehr so ganz sicher war, ob «Rambo» einem knapp Elfjährigen wie mir zuzumuten sei. Zum Glück gelang es meinem Bruder, sie zu überzeugen, dass der erste Teil bestimmt weniger brutal sei als der zweite, den er bereits im Kino gesehen hatte.

Strafanzeige gegen «Rambo»

Rambos Gewalttätigkeit war damals ein Riesenthema. Die Schweizerische Friedensbewegung reichte 1985 gegen «Rambo» 2 – erfolglos – Strafanzeige ein und forderte ein Vorführverbot im ganzen Kanton Zürich. Der Film verstosse gegen das Zürcher Filmgesetz, gemäss dem die Vorführung von Filmen, «die eine verrohende Wirkung ausüben, zur Begehung von Verbrechen oder Vergehen aufreizen

oder in gemeiner Weise Menschen oder Menschengruppen verächtlich machen, verboten sei. Zudem werde er mit Mordrüstungen in Plastik und «Rambo»-Mordutensilien vermarktet, hiess es in einer Medienmitteilung der Friedensbewegung.

Ironischerweise fühlten sich dann aber Leute aus Aktivistenkreisen zu «Vergehen» angespornt. In den beiden Zürcher Kinos Apollo und Capitol, die «Rambo 2» zeigten, wurde ein Buttersäureanschlag verübt, und eine Leinwand wurde mit Farbbeuteln beworfen. Seit den Anschlägen auf Sexfilme sei solches nicht mehr vorgekommen, schrieb der *Tages-Anzeiger*.

Von all dem schien meine Mutter nichts zu wissen, und einem unvergesslichen Videonachmittag bei Maradona-Muri stand nichts mehr im Weg. Das heisst, eine ganz kleine Unsicherheit punkto Film bestand noch, denn Muris «Rambo»-Video war nicht auf Deutsch oder Englisch, sondern – Napoli-konform – auf Italienisch, und wir verstanden kein Wort. Ausser Muri natürlich. Wir waren aber so euphorisiert, dass dies überhaupt keine Rolle spielte. Im Gegenteil: Da Rambo-Darsteller Sylvester Stallone (eigentlich «Staglione») von einer italienischen Familie abstammte, wirkte der Video-Rambo für uns noch echter.

Grossartige Zeiten

Dann, nach ungefähr einer halben Stunde, griff Rambo endlich zur Nadel. Ein bisschen wussten wir vom Hörensagen über die Szene Bescheid. Jetzt sahen wir es mit eigenen Augen: Der Vietnamkrieg-Veteran nähte die Wunde an seinem Arm ohne mit der Wimper zu zucken tatsächlich selber zu! Wir Buben waren zutiefst beeindruckt. Dass Rambo das Nähzeug aus dem Griff eines riesigen Messers, das im Notfall auch als Säge diene, entnahm, raubte uns ebenfalls fast den Verstand. Alles, was ich jetzt wollte, war ein solches «Mordutensil». Bald besass ich ein Rambo-Messer mit Nadel, Faden und Kompass im Griff. Das Abenteuer dazu fehlte allerdings. Ich fühlte mich wie ein Actionheld ohne Action und verlor das Interesse an diesem mehr oder weniger scharfen Gegenstand schnell.

Sylvester Stallone hingegen blieb ein nachhaltiges Ereignis. Rambo war eine neue Art von Hollywood-Idol. Die früheren Actionhelden aus den amerikanischen Western und den Weltkriegsfilmen wie John Wayne, Charlton Heston oder Kirk Douglas waren unverwundliche Vaterfiguren. Sie führten Heere an. Sie setzten sich für ein System ein, das sie zu tragen schienen. Bei Rambo hingegen handelte es sich um eine Ein-Mann-Armee. Der Amerikaner Stallone erklärte das Phänomen des neuen Actionstars in einem Interview mit dem *Guardian* einmal so: «Wir kämpfen nicht für Amerika. Wir benutzen das Land nur als Kulisse oder tragen einfach eine amerikanische Uniform. Aber es geht um die eigene Person. Am Schluss kümmert sich niemand um dich.» Der Zeitgeist trieb die Indi-

vidualisierung also auch im Genre des Kriegsfilms voran: Rambo, der einsamste Actionheld der Filmgeschichte.

Für uns Stallone-Fans waren es grossartige Zeiten. Wenige Monate nach «Rambo 2» kam «Rocky IV» ins Kino. Ein Junge in unserem Fussballklub, ebenfalls ein Italiener, glich Stallone aufs Haar. Hin und wieder nannten wir ihn Rocky. Eines Abends nach dem Training zog er stolz ein paar weisse Boxhandschuhe aus seiner Tasche, auf denen in schwarzen Buchstaben «Rocky» stand. Die ganze Mannschaft jubelte.

Stallones Erotik des Schreibens

«Rocky» war überhaupt der Grund, weshalb Stallone, Jahrgang 1946, in Hollywood gross herauskam und wir ihn kannten. Da er als Schauspieler den Durchbruch nicht schaffte, schrieb er das «Rocky»-Drehbuch und sich seine Rolle damit gleich selbst auf den Leib. Das Timing war perfekt. 1975 hatte Stallone 106 Dollar auf seinem Konto. Innerhalb von dreieinhalb Tagen schrieb er «Rocky». Die Dreharbeiten dauerten 28 Tage. Der Film spielte über hundert Millionen Dollar ein und gewann drei Oscars. 1977 war Stallone Millionär und Weltstar. «Schreiben ist für mich beinahe pure Erotik», sagte er in einem *Playboy*-Interview 1978.

Diese Hintergründe interessierten uns damals natürlich nicht. Wir wollten einfach spektakuläre Filme mit Sylvester Stallone sehen. Ein Detail, das wir im *Bravo* lasen, liess uns jedoch nicht ganz kalt: Es gab auch einen Sexfilm mit Stallone! Er hiess «The Party at Kitty and Stud's». Irgendwie wollte das nicht so recht ins Bild des stählernen Hollywood-Helden passen. Zum Glück bekam ich das schrecklich peinliche Werk erst sehr viel später zu Gesicht. Immerhin bezahlte jemand 2010 auf Ebay für dessen Rechte 270 000 Pfund.

«Rocky IV» aber hielt, was er versprach: Krieg im Boxring. Das genial komponierte Duell zwischen dem bodenständigen Amerikaner Rocky Balboa und dem synthetischen Russen Ivan Drago gipfelte nach einem unglaublichen Kampf in einer Rede von Rocky. Ausser Atem beschwor er die beiden Länder, das Kriegsbeil zu begraben und ihre Rivalität – wie Drago und er – auf den Sport zu beschränken. 1989 war ich sicher: Wenn es nicht David Hasselhoff war, der mit «Looking for Freedom» die Berliner Mauer zu Fall brachte, dann war es ganz bestimmt Sylvester Stallone alias Rambo und Rocky, der den Kalten Krieg im Alleingang beendete.

Jetzt zieht John Rambo in sein wohl letztes Gefecht um Leben und Tod. Im fünften Teil der Serie, «Last Blood» (derzeit im Kino), macht er einen mexikanischen Drogen- und Frauenhändler kalt. Das Messer trägt er immer noch auf sich, der Showdown hat ein paar mitreissende Momente, aber sonst weiss er mich nicht mehr zu packen.

Vielleicht muss ich mir den Film einfach nochmals auf Italienisch anschauen.

Jazz

Quadratur des Kreises

Von Peter Rüedi

Bahnbrechende Entdeckungen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften werden von jungen Leuten gemacht, die Intelligenz hört irgendwann auf, sich weiterzuentwickeln. Was nun allerdings nicht meint, danach wäre der Sinn des Lebens verwirkt. Intelligenz ist ein kreativer Faktor unter anderen, in der Kunst zuweilen ein ziemlich hinderlicher. Joshua Redman, als Sohn eines grossen Tenorsaxofonisten eben fünfzig geworden und also selbst längst nicht mehr, was man im Jazz einen *young lion* nennt, sagt es so, wenn er von den Musikern seiner jüngsten CD spricht: «Wir begannen zwischen 1998 und 2001 regelmässig zu spielen. Und dann begannen wir wieder 2013. Es gibt nichts, was [in der improvisierten Musik] das Verständnis und die Empathie und das Vertrauen ersetzt, das du dir in über zwei Jahrzehnten des gemeinsamen Spiels erwirbst. Es ist ein Ethos der Zusammenarbeit; wir machen, was für die Musik, und nicht, was für die eigene individuelle Agenda richtig ist. Das Grossartige am Spiel mit diesen *guys* [Aaron Goldberg, p; Reuben Rogers, b; Gregory Hutchinson, dr]: Was immer ich anbringe, ganz gleich wie verdeckt oder weitschweifig oder verwirrt oder sogar schlecht es ist – sie entdecken darin die beste Musik und bringen sie ans Licht.»

Redman war schon bei seinem Beginn, unter dem Einfluss von seinem Vater, von Sonny Rollins, John Coltrane und anderen, ein ungewein begabter Saxofonist mit weitem Horizont, grosser Biagsamkeit und sorgsamem Umgang mit explosiven Effekten. Aber er ist immer weiter organisch gewachsen und steht nach einem fulminanten Auftritt mit den Bad Plus mit den drei letzten Veröffentlichungen im Zenit seines Lebenswerks: einem Duo mit dem langjährigen Partner Brad Mehldau («Nearness»), einer Hommage an das Quartett, das sein Vater Dewey mit Don Cherry, Charlie Haden und Ed Blackwell bildete («Still Dreaming»), und jetzt mit der CD, die den Wahlspruch aller Improvisatoren im Titel trägt: «Come What May». Auf wundersame Weise ein fast «klassisches» und gleichzeitig ein ungewein entspanntes, offenes Album. So etwas wie die Quadratur des Kreises.



Joshua Redman Quartet:
Come What May. Nonesuch
7559-79267-3



«Diktieren, wie eine Gesellschaft auszusehen hat»: Musiker Grönemeyer.

Debatten

Moralinsäure statt Drachenblut

Deutsche Künstler und Intellektuelle gerieren sich immer mehr als Demokratiewächter. Dass sie genau die Spaltung betreiben, die sie zu bekämpfen vorgeben, kümmert sie nicht. *Von David Klein*

Deutschland empört sich mal wieder. Und wie immer, wenn es um den sogenannten Faschismus geht, um das unheilige deutsche Erbe des Genozids an den europäischen Juden, taumelt die Republik von Standpunkt zu Standpunkt, verstrickt sich in Widersprüche, zieht falsche Schlüsse und fällt sich dabei permanent selbst ins Wort, um sich letztlich fundamental misszuverstehen. Schon Kurt Tucholsky wusste: «Nie geraten die Deutschen so sehr ausser sich, wie wenn sie zu sich kommen wollen.»

Losgetreten wurde die aktuelle Debatte von Herbert Grönemeyer, dem «Gewissensbarden der Nation» (*Spiegel*), anlässlich eines Konzerts in Wien, wo Grönemeyer sein Gefolge unter anderem darauf einschwor, zu «diktieren, wie eine Gesellschaft auszusehen hat». Bekanntlich macht ja der Ton die Musik, da erstaunt es wenig, dass Grönemeyers im überschlagenden Falsett der betonten Selbstgerechtigkeit gebrülltes Dekret eine heftige Diskussion auslöste.

«Echt und authentisch»

Ich kenne Herbie persönlich, war mit ihm im Tonstudio und einen Abend in Londons Pubs unterwegs. Ich könnte über die Enttäuschung schreiben, dass sich mein ehemaliges Idol als falscher Prophet entpuppte, der Wasser predigt, während er im Wein schier ersäuft. Wie er auf einem Erstklassflugticket von London nach Zürich bestand (er musste sich mit Business-Class begnügen) oder wie schnell er bei den kleinsten Unstimmigkeiten mit seinem Anwalt drohte. Aber Grönemeyer ist lediglich ein Komparse in der neusten deutschen Fascho-Posse.

Eine Armada von Journalisten, Politikern, Kunstschaffenden und allerlei Promis schlägt

sich nun einen Weg durch das Meinungsdickicht – ihre Schwerter nicht wie einst jenes von Siegfried in Drachenblut, sondern in Moralinsäure getaucht. Man überbietet sich bis zur Lächerlichkeit, um sich in der hysterischen Kakophonie der selbsternannten Demokratieversteher mit seinen absurden Thesen Gehör zu verschaffen.

Professorin Ulrike Guérot, Dauergast in den linkslastigen Konsensstuben der Anne Wills und Sandra Maischbergers der Republik, relativiert Grönemeyers «Crescendo von Volk und Führungsgestalt» (*Zeit online*) damit, dass er – wie sie selbst – aus dem Rheinland stamme, wo die Menschen noch «echt und authentisch» seien und sich «auch schon mal anschreien». Das ist etwa so widersinnig wie die Behauptung der Islamwissenschaftlerin Lamyia Kaddor, Massenbelästigungen in Freibädern durch «Südländer» seien darauf zurückzuführen, dass «Geselligkeit typisch für eine südländische Lebensart» sei, was sich auch «auf viele Jugendliche» übertrage, die «ihr Ding gerne in grösseren Gruppen» machen, «auch ins Freibad gehen».

Margarethe Stokowski, zuständig für Klamauf-Feminismus beim *Spiegel*, zählt Dezibel, vergleicht Faschismus mit Sprudelwasser und resümiert, dass «dieses Land gut daran täte, möglichst viele Formen von Antifaschismus zu kultivieren».

Eine Form dieses Antifaschismus manifestiert sich längst in der links-rot-grünen Gesinnungs-Gestapo, die durch Deutschland patrouilliert und alles und jeden niedertrampelt, der sich dem linksliberalen Meinungskonsens nicht andient. Diese Exponenten eines «hellen» Deutschland brüllen nicht. Es sind die gleichen unscheinbaren Schreibtischtäter von einst, die still und heimlich ihre Arbeit verrichten.

Sie sitzen in der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), wo Matthias Eisel, Leiter des Landesbüros Sachsen, eine Lesung des deutsch-israelischen Autors Chaim Noll kurzfristig absagte, weil er «auf eine Reihe von Äusserungen und Kommentaren» von Noll gestossen sein will (es handelt sich dabei vorwiegend um Nolls Kritik an der deutschen Iran-Politik), die es ihm zur Gewissheit machten, Noll «verachte» die «deutsche Politik insgesamt». Sie sitzen in der Volkshochschule Konstanz, wo Vorstandsmitglied Dorothee Jacobs-Krahen einen geplanten Vortrag des Islamkritikers Hamed Abdel-Samad unter dem Vorwand angeblicher Sicherheitsbedenken absagte, ohne den Referenten darüber zu informieren.

Und sie sitzen beim renommierten Literatur- und Musikfest «Wege durch das Land», dessen künstlerische Leiterin Helene Grass, Schauspielerin und Tochter des SS-Mitglieds Günter Grass (seine SS-Arbeitskollegen ermordeten am 23. Januar 1943 meine Ur-Grossmutter Gisela Schiller in Auschwitz), eine vertraglich zugesagte musikalische Lesung mit der kürzlich verstorbenen Hannelore Elsner und meinem Jazz-Quartett vom 1. Juni dieses Jahres absagte, weil sie, wie Herr Eisel von der FES, auf meinem Twitter-Account politische Ansichten entdeckte, die ihr missfielen.

Systemtreue Staatskünstler

Frau Grass' Begründung der Absage verdeutlicht, wie weit die kognitive Dissonanz – eine Störung zwischen Wahrnehmung, Verhalten und Emotion – bezüglich der Akzeptanz von divergierenden politischen Standpunkten in Deutschland bereits fortgeschritten ist. Denn im Ankündigungstext des Festivals, das sich auch kritisch mit der DDR auseinandersetzen wollte, ist zu lesen: «Anders als im heutigen Deutschland [...] war es für viele Künstlerinnen und Künstler aus der DDR kaum möglich, Politik von der Kunstproduktion zu trennen.» Offensichtlich fehlt es Frau Grass an der nötigen intellektuellen Kapazität, zu erkennen, dass sie mit einer Absage aufgrund politischer Differenzen genau das betrieben hatte, was zu kritisieren sie vorgab.

Im Dritten Reich gab es die «Gottbegnadeten-Liste», auf der regimetreue Kulturschaffende wie Heinz Rühmann, Gustaf Gründgens, Marianne Hoppe oder Hans Albers vermerkt wurden, die den Nationalsozialisten für Propagandafilme und -auftritte zu Diensten waren. Es sind wohl ähnlich systemtreue Staatskünstler, die mit ihrem massenhaften Protest dafür sorgten, dass der Leiter der hessischen Filmförderung, Hans Joachim Mendig, seines Amtes enthoben wurde, weil er sich im Juli privat mit dem AfD-Parteivorsitzenden Jörg Meuthen traf.

Dass die AfD eine demokratisch gewählte Partei ist, kümmerte die Filmschaffenden nicht. Daraus kann man nun entweder den Rückschluss ziehen, dass die Deutschen auch heute noch die Nazis sind, die sie schon immer waren, weil sie partout nicht davon abzubringen sind, Nazis zu wählen. Oder mit dem Nazi-Vorwurf an die AfD ist es doch nicht so weit her, wie uns die Propaganda der gemäss einer kürzlich durchgeführten Reuters-Studie mehrheitlich linken Meinungsmaschinerie von ARD und ZDF glauben machen will.

Der Psychologe Ahmad Mansour schreibt in einer der wenigen gehaltvollen Voten zur Causa Grönemeyer auf Twitter: «Dass jeder vernünftige demokratische Mensch Rechtsradikalismus ablehnt, ist zivilgesellschaftliche Pflicht! Ein Problem gibt es jedoch, wenn vermehrt legitime konservative Positionen als rechts-

radikal-unmoralisch abgestempelt werden. Das ist für Demokratie & Debattenkultur toxisch.» Kampfbegriffe wie Nazi, links, rechts, Faschismus, Antifaschismus schwirren als sinnentleerte Worthülsen durch den Sprachgebrauch, ohne dass man sich Gedanken über die Einordnung dieser Begriffe macht. Dabei wäre eine diesbezügliche Standortbestimmung dringend nötig. Dass ein Journalist des «Leitmediums» *Zeit* mit Goethe, Schiller und Luther drei ausgewiesene Antisemiten zum «intellektuellen Dreigestirn Deutschlands» erkoren hat, ist dabei nicht sonderlich hilfreich.

Molotowcocktails und Steine

Sind die antifaschistischen Saubermänner, die Wahlplakate abreißen oder verunstalten, bereits Faschisten oder noch Kämpfer für Demokratie? Sind die linken Molotowcocktail- und Steinwerfer aus dem Hambacher Forst noch beherzte Kämpfer für den Klimawandel, oder handelt es sich um Landfriedensbruch, vorsätzliche Brandstiftung und gefährliche Körperverletzung? Sind die Schläger, die den AfD-Bundestagsabgeordneten Frank Magnitz aus dem Hinterhalt attackierten und blutig schlugen, Gewaltverbrecher oder noch aufrechte Kämpfer gegen rechts? Nehmen «Linksautonome» bei einer Hausbesetzung die Immobilie «in Beschlag», oder begehen sie Hausfriedensbruch? Und sind andererseits konservative Journalis-

ten wie Henryk M. Broder (*Welt, Weltwoche, Achse des Guten*), Roland Tichy (*Tichys Einblick*) oder Alexander Kissler (*Cicero*) «rechts», «rechts-populistisch» oder bereits «rechtsextrem»? Ist, wie Altbundespräsident Joachim Gauck zu bedenken gibt, «alles, was rechts vom linken Denken ist, schon der Beginn von Faschismus»?

Diese Fragen können nicht mit Sprechverboten geklärt werden, wie sie auch an deutschen Universitäten um sich greifen. So geraten an der Humboldt-Universität zu Berlin Herfried Münkler, Professor für Politikwissenschaft, und Jörg Baberowski, Professor für die Geschichte Osteuropas, ebenso wie Johannes Varwick, Lehrstuhlinhaber für Internationale Beziehungen und Europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, immer wieder ins Visier der studentischen Meinungs-Sturmtruppen. Es wird im Netz gegen sie gehetzt, ihre Institute werden «besetzt» und verwüstet. Dieselben Studenten demonstrieren für Multikulti, gegen Hass und Ausgrenzung, während sie handkehrum an den «Fridays for Future»-Demonstrationen SUV-Fahrer stigmatisieren, ihre Fahrzeuge beschädigen und Fotos davon ins Netz stellen.

Wenn das die Lichtgestalten einer dereinst zu diktierenden «offenen» Gesellschaft sind, muss man sich fragen, wie offen eine Gesellschaft sein darf, bis sie nicht mehr ganz dicht ist.



CATOs neue Sachlichkeit geht ins dritte Jahr.

Sichern Sie sich das aktuelle Heft* gratis!



Die Welt im Bann der Bombe

Außer Kontrolle: Jörg Friedrich über die Unaufhaltsamkeit der Atomwaffe

Brauchen Europa und die USA eine neue transatlantische Allianz?

Entschädigung für die Hohenzollern: Wer ist warum dagegen?

☎ 030 . 81 09 67 80

CATO Verlag GmbH
Fasanenstraße 4 | 10623 Berlin
Mehr auf cato-magazin.de/abo

* solange der Vorrat reicht



Schräge Sekte: «Midsommar».

Kino

Kling, Klang, Gloria

Ein Amerikaner soll den Horrorfilm zu neuen, kreativen Höhen geführt haben, behauptet die Kritik zu «Midsommar» – aber was heisst das schon. Von Wolfram Knorr

Wenn man dem Urteil der Filmkritik trauen darf, dann ist der New Yorker Filmmacher Ari Aster ein Erneuerer des Horrorfilms. Über seinen Erstling «Hereditary» (2018) hat sie sich («brillant», «Meisterwerk») fast nicht mehr einkriegen können. Voller Respekt wurde schon damals über sein nächstes Projekt geraunt, in dem es, irgendwo hoch oben im Norden Schwedens, um eine Sonnenwendfeier gehen sollte. Nun also ist der Zweitling geboren, heisst «Midsommar», und man weiss nach nahezu zweieinhalb Stunden noch weniger als in «Hereditary», was hier eigentlich anliegt, ausser dass wieder irgendwas Satanisches rumlodert, vom bohrend schleppenden Stil bis zur wuchtig dräuenden Musik. Also wieder eine (Horror-)Perle im Futter. Sogar Ingmar-Bergman-Einflüsse seien spürbar, und Kubricks «Shining»! Boah!!

Es geht um eine Einladung von Pelle (Vilhelm Blomgren) nach Schweden, wo seine Gemeinde ein tolles, neuntägiges Sonnenwendfest feiert. Seine engsten Studentenkumpels sollen mitkommen, zu denen Christian (Jack Reynor) und dessen Freundin Dani (Florence Pugh) gehören. Gleich zu Beginn widerfährt Dani eine schreckliche Familientragödie. Die Teilnahme am Fest werde ihr guttun, findet Pelle. Kaum im sommerlichen Hinterland Schwedens angekommen, werden die Gäste tandaradeimässig mit Blumenkränzchen und

magic mushrooms versehen, in märchenhaft bemalten Massenlager-Scheunen untergebracht, frömmlicherisch besungen, betantz und an langen Tischen mit komischer Manna bewirtet. So weit, so gut, bis sich langsam Seltsamkeiten im arkadischen Kling-Klang-Gloria mehren, und Asters Schleppestil schleppend in die Gänge kommt. Die langsame Steigerung signalisiert extrem Kostbares, aber eben sehr, sehr behutsam. Exquisit, raunt da der Cinephile.

Dabei hat keine von Asters Figuren eine in Verhaltensweisen, Empfindungen oder Wahrnehmungen individuelle Geschichte. Wer ist Pelle? Wer Christian? Wer Dani, deren Familie Selbstmord begeht? Sie bleiben so austauschbar wie die Menagerie eines jeden Durchschnitts-Horrorfilms. Irgendwann verschwindet ein Gast nach dem anderen auf mysteriöse Weise, und man weiss, dass die Jesuslatschen-tragenden, verdackelt lächelnden Barträger und ihre weiblichen Pendants, alle in weissen Gewändern, eine schräge Sekte bilden und Pelle so was wie ein Lockvogel ist, der fürs Fest, das zur Sicherheit nur alle neunzig Jahre (!) stattfindet, Opfer rekrutiert. Asters Unanfechtbarkeits-Sound – schwülstiges musikalisches Modulations-Gedröhne, suggestive Kamerafahrten – entpuppt sich rasch als edelgaunerische Masche, die dies erzählt: Junge Kerle landen in Satansekte und werden geopfert. Und Dani? Wird zum befreien

Maibaum, oder so ähnlich. Dafür braucht Aster zweieinhalb Stunden. In den guten alten Zeiten reichten achtzig Minuten, und das Ergebnis war meist schnörkelloser Kinospass.

«Midsommar», von der Kritik ehrfürchtig von unten bestaunt (ein Horrorfilm nicht in der Dunkelheit, sondern im Licht, in der Sonne!! O Gott, wie unglaublich kühn!) ist eine waldwiesen-dummdreiste Mythen-Windbeutel-Mixtur aus Ikea, Knäckebrötchen, Ringelreihen und Monte Verità. Gequirelter Quark. ★☆☆☆☆

Weitere Premieren

Grâce à Dieu — Durch Zufall entdeckt Familienvater Alexandre (Melvil Poupaud), dass sein ehemaliger Priester Bernard Preynat (Bernard Verley), der ihn als Kind missbrauchte, in Amt und Würden ist. Erboast darüber gibt er sein Schweigen auf und schreibt Kardinal Barbarin (François Marthouret) über das Vorgefallene; doch der antwortet auch nur mit einem Brief. Es folgt Brief auf Brief, ohne dass sich etwas ändern würde. Darauf beschliesst Alexandre, weitere Missbrauchsopfer zu suchen, und wird bald fündig. Die Sache nimmt langsam Fahrt auf, bis die Kirche zu Stellungnahmen gezwungen wird und Preynat seine Taten zwar zugibt, sich aber selbst als Opfer sieht, weil er unter seiner Pädophilie leide.

Der Fall ist authentisch. Im Frühjahr wurde Kardinal Barbarin wegen der Vertuschung von sieben Missbrauchsfällen zu einer Strafe von sechs Monaten auf Bewährung verurteilt und Preynat seines Amtes enthoben. Beeindruckend am Film von François Ozon («Frantz») ist die – auch im Visuellen – betonte Sachlichkeit und Schlichtheit, mit der er den Kampf der Betroffenen gegen die Kirche vorantreibt. Dabei bedient er sich eines gelungenen dramaturgischen Kniffs: Er gibt – ähnlich einem Staffellauf – die Handlung von Alexandre an François (Denis Ménochet) weiter, der viel emotionaler handelt als der skrupulöse Akademiker Alexandre. Auf François folgt Emmanuel (Swann Arlaud), den der Missbrauch seelisch aus der Bahn geworfen hat und der am stärksten die Bindung zu den Mitbetroffenen sucht und im gemeinsamen Kampf wieder ein Gleichgewicht findet. Der Wechsel von Figur zu Figur gibt dem Aufklärungsprozess einen



Emotionaler Furor: «Grâce à Dieu».

emotionalen Furor. Bevor der Film, der in Berlin den Silbernen Bären erhielt, in Frankreich ins Kino kam, hatte die Kirche gegen die Veröffentlichung geklagt. Die Klage wurde abgelehnt. ★★★★★☆

Systemsprenger — «Mama hasst mich.» Eine grauenvolle Feststellung, die unter die Haut geht, während die neunjährige Benni (Helena Zengel) im Wald steht, nach ihrer Mutter ruft und keine Antwort bekommt. Benni ist ein



Alle sind überfordert: «Systemsprenger».

Mädchen, das mit sich nicht ins Reine kommt, bei jeder Gelegenheit ausrastet, ihre Mitmenschen beschimpft, bedroht. Sie ist ein «Systemsprenger». Lehrer, Psychologen, Sozialarbeiter, Wohngruppenleiter, alle sind überfordert, kriegen sie nicht in den Griff. Nur dem Antigewalttrainer Michael (Albrecht Schuch) gelingt ein Zugang zu dem Mädchen – was aber zu neuen Problemen führt. Das Erstlingswerk der Dokumentaristin Nora Fingscheidt nimmt alle Sinne in Anspruch und setzt kühne ästhetische Mittel ein, um dem unablässig ausrastenden Mädchen ganz nahe zu kommen. Der Film geht als deutscher Beitrag ins Oscar-Rennen, wurde zahlreich ausgezeichnet, und die unglaubliche Helena Zengel als Benni wurde bereits von Tom Hanks nach New York geholt. ★★★★★☆

Knorr's Liste

1	Parasite Regie: Bong Joon-Ho	★★★★★
2	Toy Story 4 Regie: Josh Cooley	★★★★★
3	Downton Abbey Regie: Julian Fellowes	★★★★☆
4	L'adieu à la nuit Regie: André Téchiné	★★★★☆
5	Diego Maradona Regie: Asif Kapadia	★★★★☆
6	Late Night Regie: Nisha Ganatra	★★★★☆
7	Once Upon a Time in Hollywood Regie: Quentin Tarantino	★★★★☆
8	Ad Astra Regie: James Gray	★★★★☆
9	It Chapter Two Regie: Andy Muschietti	★★★★☆
10	Der Buezer Regie: Hans Kaufmann	★★★★☆



Körzis Hollywood

Geklonter Star

Will Smith sen. gegen Will Smith jr. Von Norbert Körzdörfer

Kino ist die Kunst des Lügens. Lichtstrahlen in einer Dunkelkammer zaubern Fantasiegemälde. Blut ist Ketchup. Tränen sind Zwiebeln. Busen und Pos sind von Nackt-Doubles. Oscar-Star Gary Oldman steckte als Churchill in einem Dreissig-Kilo-Fett-Anzug. 007 hat vier (!) Stunt-Zwillinge! Und Harry Potters Magie-Internat Hogwarts ist ein Plastik-Labyrinth vor gigantischen Green Screens.

Hollywood lügt, um uns zu verzaubern. Jetzt klonst Hollywood seine Stars in die Unsterblichkeit! 3-D-Computer kopieren einen Hologramm-Avatar zum ewigen Body-Archivieren der Stars. Der neuste Kino-Quantensprung: der Thriller «Gemini Man» von Ang Lee! Will Smith (51) spielt sich selbst – und sein geklontes jüngeres Gen-Double. Story? Super-Killer kämpft gegen Jung-Killer: Smith senior gegen Smith junior! Drehbuch: David Benioff («Game of Thrones»).

Verwirrend. Faszinierend. Zukunft? Ich sitze mit Harrison Ford, 77, in Los Angeles. Carhartt-Jeans. Schwarzer Kaffee, nie Milch, nie Zucker. Flugzeug- und Helikopterpilot, Tesla-Fahrer. In der letzten «Star Wars»-Trilogie spielt er Kult-Held Han Solo als Original und als jüngere Kino-Kopie: «Vielleicht kann ich ewig spielen, vielleicht sterbe ich nie im Kino?» Der Unsterbliche plant schon den fünften «Indiana Jones»-Teil (Premiere: Juli 2021) – zu seinem 79. Geburtstag! Robert de Niro (auch schon 76) spielt in Scorseses Mafia-Thriller «The Irishman» einen Auftragskiller. Mit Hilfe des Computers wurde er in einigen Szenen verjüngt.

In Babelsberg bei Berlin, dem Hollywood Europas, steht ein Sechs-Millionen-Computer-Studio mit 36 Körper-Kameras, die jeden Schauspieler optisch klonen können: Es entstehen virtuelle Mimen, die man per Joystick steuern kann. In Disneys Milliarden-Kino-Hit «The Lion King» von Jon Fa-

vreau kommt alles vom Computer (1490 CG-Shots)! Alle 86 Tierarten wirken echter als echte Tiere, inklusive der Königslöwen-Stimme von James Earl Jones (88, Darth Vader).

Alles begann vielleicht mit der Science-Fiction-Sensation «Avatar» (2009) von Filmgenie James Cameron (65, «Titanic»). Der Technikfreak, Tiefseetaucher und Rolex-Träger revolutionierte mit der Motion-Capture-Technik (Bewegungserfassung) den Kinofilm. Die Stars stecken in Tracking-Trainingsanzügen mit tennisballähnlichen Markern, die ihre Bewegungen in einem riesigen grünen Studio digital aufzeichnen. Inzwischen ist auch die Mimik-Erkennung sensationell (Andy Serkis in «Planet of the Apes»). James Cameron kaufte für sechzehn Millionen Dollar ein Tal in Neuseeland als Open-Air-Studio – und dreht dort «Avatar 2» (2021) bis «Avatar 5» (2027)!

Der Trick aller Kino-Zauberer: geniale Täuschung. Sir Ridley Scott (81, «Blade Runner», «Gladiator») treibt bei jeder Einstellung grundsätzlich die Zauberfrage an: «Glaubt mir das der Kino-Fan?» Ja, gerne, immer. Bei seinem letzten Thriller, «All the Money in the World», schnitt das Filmgenie (spielt täglich Tennis) für zehn Millionen Dollar Kevin Spacey wegen der Sex-Skandale raus und ersetzte ihn durch Christopher Plummer (89).

Hollywood will unsere Fantasie verführen und unser Geld. Wer für zwei Stunden ins Kino flüchtet, will sich verzaubern lassen. Sir Ben Kingsley (75, «Gandhi», «Schindler's List» etc.), der jeden Tag schwimmt, lebt in seinen Rollen: «Ich spiele mit meiner Seele. Jede Rolle ist ein Puzzle-Stück. Alle meine Filme sind ein Mosaik meiner Seele.» Sir Ben Kingsley: «Ich bin ein Mosaik meiner Filme...»

Norbert Körzdörfer ist Journalist und Schriftsteller.



Thiel

Misswahl

Von *Andreas Thiel*

Moderator: Willkommen zur Wahl der schweizerischen Miss Bundesrat. Zu dieser Wahl antreten werden dieses Jahr Simonetta Sommaruga, Karin Keller-Sutter und Viola Amherd. Die drei Kandidatinnen präsentieren sich gerade im Bikini auf dem Catwalk im Nationalratssaal. Hören wir uns mal an, was die Jury zu diesem Auftritt sagt.

Ignazio Cassis: Müssen wir wirklich darüber abstimmen, welche am besten aussieht?

Alain Berset: Nein, bei einer Bundesrätin geht es nicht um das Aussehen. Hören wir uns doch erst mal an, was sie sagen.

Guy Parmelin: Müssen wir uns das wirklich anhören?

Ueli Maurer: Es geht doch nicht darum, was sie sagen. Wir sollten uns vielmehr anschauen, was sie tun.

Guy Parmelin: Im Bikini?

Ignazio Cassis: Oder was sie können.

Guy Parmelin: Im Bikini?

Alain Berset: Ich finde es äusserst schwierig, zu beurteilen, was sie können. Wer kam überhaupt auf die Idee mit der Misswahl?

Ignazio Cassis: Die CVP. Das ist Teil ihrer neuen Kampagne.

Ueli Maurer: Müsste es nicht «Misswahl» heissen? Eine «Misswahl» wäre ja eine Falschwahl.

Guy Parmelin: Dann passt es ja zur CVP.

Ueli Maurer: Sollen wir jetzt die Miss Bundesrätin oder die Missbundesrätin 2019 wählen? Das wäre ja dann das Gegenteil.

Alain Berset: Also ich finde beides schwierig.

Ignazio Cassis: Können wir nicht einfach darüber abstimmen, welche am besten aussieht?

Moderator: Es wird eine spannende Wahl Nacht werden. Und wir freuen uns auch schon auf nächste Woche, wenn die frischgekürte Miss Bundesrat 2019 zusammen mit ihren unterlegenen Kontrahentinnen den Mister Bundesrat 2019 wählen wird.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Träume, die wahr werden

Champagner für den Ex-Zunftmeister am ZFF. Dirigentin Wüstendörfer entdeckt das Schweizer Kulturgut der Sinfonik neu. Reminiszenzen zweier altgedienter Journalistinnen. Von *Hildegard Schwaninger*

Hätte sich der frühere Zunftmeister Felix E. Müller je träumen lassen, dass er eines Abends, umgeben von bildhübschen Parfümerieverkäuferinnen, in der Frauenbadi Champagner schlürfen wird? Nun, das ZFF (Zürich Film Festival) macht vieles möglich, realisiert sogar Träume, die man gar nicht hat. Da Nadja Schildknecht und Karl Spoerri auf 2020 als ZFF-Chefs zurücktreten, ist Felix E. Müller, der ehemalige Chefredaktor der *NZZ am Sonntag*, jetzt Verwaltungsratspräsident des Festivals, das auch für Glanz und Glamour steht.

So begab sich Müller, der ja weniger der Glamour-Typ ist als der sprichwörtliche Zwinglianer, am Samstagabend in die Frauenbadi. Mit seiner Frau Franziska Widmer, Universitätsrätin der Uni Zürich und Tochter eines ehemaligen Zürcher Stadtpräsidenten. Dort, in der besten Location für eine Cocktailparty (traumhaftes Ambiente mitten auf der Limmat), lädt Dior Cosmetics jedes Jahr zur ZFF-Party. Immer ein stimmungsvoller Abend mit viel Frauenpower. Personal der Parfümeriebranche aus der ganzen Schweiz ist geladen, die Sales-Manager/-innen werden belohnt für ihre Bemühungen, Dior-Produkte an die Frau zu bringen (und an den Mann: «Eau Sauvage» ist nach wie vor ein Renner). Die Limmat erstrahlt, geschmückt mit opulenten Blumenbouquets, im Lichterglanz, eine Band spielt Musik, es wird getanzt. Meistens tanzen die Frauen miteinander, naturgemäss herrscht Männermangel.

Zu später Stunde schaute Nadja Schildknecht noch vorbei (Dior Cosmetics ist Sponsor). Ausserdem sah man Hilda Burger Calderón von PKZ, die – nach dem Ende ihres Engagements bei der Swiss Red Cross Gala – sich mehr ihrer eigenen Stiftung (für Kinder in Kolumbien) widmet, für die sie am 2. November ein Konzert am Zürcher Konservatorium organisiert. Lauri Agosti, die Ex des millionenschweren Bauunternehmers Adriano Agosti, erschien wie ein lebendiger Beweis für die Möglichkeiten der Beauty-Industrie. Sie sah, obwohl schon über fünfzig und seit sechs Jahren in einem erbitterten Scheidungskrieg, fantastisch aus. Ihren sensationellen Körper, präsentiert in einem hautengen Samt-Body, verdankt sie den Pilates- und Yogastunden, die sie im Holmes Place im Jelmoli gibt – um, wie sie erzählte, sich ihr eigenes Geld zu verdienen. Finanzielle Engpässe bei einer Frau, die mit einem Multimillionär zwei Kinder hat? Ups, auch das soll es geben.

Die junge Schweizer Dirigentin Lena-Lisa Wüstendörfer (geb. 1983) verschreibt sich der Swissness. Ihre Wurzeln hat die ambitionierte blonde Musikerin in Ostfriesland. Von dort stammte ihr Vater, der Schauspieler Edzard Wüstendörfer, der viele Jahre Ensemblemitglied des Zürcher Schauspielhauses war. Lena-Lisa Wüstendörfer wurde in Zürich geboren, ist in Zürich und Basel aufgewachsen, seit Jahren kennt man sie als gebaute und tief



Fast verliebt

Fiese Chemie

Von *Claudia Schumacher*

Die Chemie muss stimmen, zwei müssen sich riechen können – weiss jeder. Eine unbewusste Grösse, die unser Paarungsverhalten beeinflusst. Manchmal findet man je-

manden attraktiv, obwohl es optisch nicht erklärbar ist. Und umgekehrt: Da trifft jemand rein äusserlich voll deinen Geschmack, aber du möchtest den Menschen nicht mal mit der Pinzette anfassen – du kannst ihn einfach nicht riechen.

Nun ist das alles harmlos, so lange die Chemie die Fronten zwischen zwei Menschen klärt, bevor sie sich aufeinander einlassen. Mir hat die Chemie aber auch schon zweimal im Verlauf einer Beziehung, nach Jahren des Zusammenseins, einen Streich gespielt. Plötzlich konnte ich meinen jeweiligen Freund nicht mehr riechen. Rückblickend nenne ich das Phänomen «Schlussmachergeruch»: Beide Männer, die für mich vorher den ultimativen Wohlgeruch verströmten, nach Zuhause dufteten, rochen plötzlich schlecht. Und interessanterweise beide gleich: ein relativ stechender Geruch, ein bisschen nach Nagellackentferner, aus dem Mund. Was – objektiv und nüchtern betrachtet – eher unwahrschein-



Vieles wird möglich: Spoerri (l.), Schildknecht.



Profund gebildet: Lena-Lisa Wüstendörfer.



Altmeisterin: Charlotte Peter.

gebildete Nachwuchsdirigentin. Jetzt hat sie das Swiss Orchestra gegründet, dessen Music Director sie ist. Die Idee – Motto: «Mozart, Beethoven – wo sind die Schweizer?» – ist, «das Schweizer Kulturgut der Sinfonik zu entdecken und zur Aufführung zu bringen». Im Orchester sind junge Berufsmusiker im Alter zwischen 25 und 45 Jahren. Konzerte sind in der ganzen Schweiz geplant mit Solisten wie dem Schweizer Pianisten **Oliver Schnyder** und dem Oboisten **Heinz Holliger**. Und die grosse Entdeckung Wüstendörfers (aus der Zeit der Klassik, wie Beethoven und Mozart) ist der Westschweizer Komponist **Jean-Baptiste Edouard Dupuy**. Ja, von dem hat man wirklich noch nie etwas gehört.

Jetzt wird es spannend: Zwei Altmeisterinnen des Journalismus veröffentlichen ihre Memoiren – unter dem Titel «Was wir nicht schreiben durften». **Charlotte Peter** ist 95 Jahre alt und wirklich eine unglaubliche Persönlichkeit. Die Doktorin der Geschichte, die für ihr Leben zwei Ziele hatte, Schreiben und Reisen, ist immer noch unterwegs und organisiert und leitet Bildungsreisen in alle Welt (am liebsten China, wo sie fast 200-mal schon war). **Suzanne Speich** hat als Journalistin Ende der 1960er Jahre einen Papst und **Richard Nixon** interviewt und kümmert sich heute um das fotografische Werk von **Michel Comte** (als Leiterin des Michel Comte Estate). Die zwei Powerfrauen haben sich zusammengetan und plaudern aus der Schule. Das Buch erscheint im Münster-Verlag, Buchpremiere inklusive Laudatio (**Kurt Zimmermann**) und Podiumsgespräch (Leitung: **René Lüchinger**) ist im Zunfthaus zur Meisen.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

lich war. Beide Männer waren sportlich, gesund und hatten zu dem Zeitpunkt nichts an ihrem Lebensstil verändert. Ich glaube, es war ein psychosomatischer Geruch: Die Beziehung hatte sich totgelaufen, ich wollte raus – und mein Körper unterstützte mich dabei, indem er mir physische Gründe gab. Aber vielleicht war es auch umgekehrt? Wenn man sich beim Küssen über längere Zeit nicht mehr wohlfühlt, den anderen nicht mehr riechen kann, lässt sich eine intime Beziehung schwer fortführen.

Chemie kann grausam sein. Das wohl drastischste Beispiel dafür ist die Honeymoon-Zystitis – die paarungsbedingte Blasenentzündung. Der Name kommt daher, dass Paare in den Flitterwochen gelegentlich eine Blasenentzündung bekommen, weil sie zum einen mehr Sex haben als sonst, was die Entzündlichkeit erhöht, und zum anderen oft in warme, exotische Regionen reisen, die ihre Alltagshygiene durcheinander-

bringen. Das Phänomen der Honeymoon-Zystitis tritt aber oft auch bei Frischverliebten auf – und kann der Verliebtheit schnell ein Ende setzen. Eine Freundin von mir bekam in den ersten sieben Monaten ihrer neuen Beziehung vier Blasenentzündungen. Sie wie ihr Freund liessen sich untersuchen, beide waren gesund. Sie versuchte Tricks wie Wasserlassen nach dem Sex – trotzdem wurde sie krank. Ihre Intimflora war nicht kompatibel mit seiner. Wer schon mal die Schmerzen einer Blasenentzündung erlebt hat, versteht, dass sie sich letztlich trennte: deswegen.

Delikat daran ist, dass die beiden sich über einen Online-Algorithmus kennengelernt hatten und eine hohe Matching-Punktzahl erreichten. Nur kann man noch so gut zusammenpassen: Die simple Sache mit der Chemie kann leider kein Computer berechnen.



Unten durch

Geschnetzeltes

Von **Linus Reichlin**

Demoitis ist der Fachbegriff für die Gewöhnung an das Schlechte. Die Bezeichnung stammt ursprünglich aus der Musikbranche: Junge, unbekannte Musiker nehmen zu Hause Demoverversionen ihrer Songs mit einem billigen Recorder auf und hören sich die Songs dann hundert Mal an, immer mit dem Hintergrundrauschen und der miserablen Soundqualität des billigen Recorders. Eines Tages kriegen sie einen Plattenvertrag und nehmen dieselben Songs in einem professionellen Studio mit einem High-End-Recorder auf – aber wenn sie sich die viel besseren Aufnahmen dann anhören, finden sie, dass die Songs jetzt scheisse klingen. Dieses Phänomen tritt auch bei Leuten auf, die zum Beispiel in Indien in der Nähe von riesigen Müllhalden aufgewachsen sind. Wenn sie später in eine bessere Gegend ziehen, finden sie, dass es hier nicht gut riecht. Als ich mit meinem Freund Joe aus New York eine Woche in einer Hütte im Engadin verbrachte, konnte er nicht schlafen, weil ihm der Verkehrslärm fehlte. Er lud sich aus dem Internet ein MP3-File runter, «urban sounds», und spielte es zum Einschlafen ab.

Weit verbreitet ist Demoitis auch auf kulinarischem Gebiet. Meine Tante Anna war eine schreckliche Köchin, die sich aber viel auf ihr Zürcher Geschnetzeltes einbildete, das sie immer so lange kochte, bis man mit dem Fleisch eine schussichere Weste hätte herstellen können. Als ich später einmal mit Tante Annas Kindern in einem Spitzenrestaurant Zürcher Geschnetzeltes ass, beklagten sie sich, das Fleisch sei zu weich. Wie viele Menschen behaupten nicht, niemand habe dieses oder jenes Gericht besser zubereitet als ihre Mutter! Meistens hat die Mutter aber einfach die Gaumen ihrer Kinder jahrzehntelang auf zähes Fleisch und verkochte Kartoffeln konditioniert. Eine der grössten Demoitikerinnen aller Zeiten jedoch war Bea, eine ehemalige Freundin von mir, und bei ihr ging es nicht ums Essen, sondern ums Liegen. Bea schlief auf einer dreissig Jahre alten Stahlbetonmatratze mit Titankern – ein Abwurf dieser Matratze aus einem Kilometer Höhe hätte einen nuklearen Winter ausgelöst. Ich selbst besass eine moderne Premiummatratze

>>> Fortsetzung auf Seite 64

mit Kanälen, Memory-Schaum und allem Drum und Dran. Aber auf meiner Matratze bekam Bea Rückenschmerzen, weil ihre Rückenmuskeln eine entspannte Schlafhaltung als traumatisch empfanden. Beas demoitische Wahrnehmungsstörung führte dazu, dass ich dauernd bei ihr schlief und mir auf ihrer Todesmatratze kurz vor unserer Trennung einen Bandscheibenvorfall holte. Ja, Demoitis kann gefährlich sein, vor allem, wenn die Gewöhnung an das Schlechte auf Politik und Wirtschaft überspringt. Wenn eine politische Gesinnung es schafft, sich ein halbes Jahrhundert lang zu behaupten, gewöhnen sich nicht nur die Eltern, sondern auch ihre Kinder daran, selbst wenn die Gesinnung genauso schwere Meinungsschäden verursacht wie Beas Matratze Rückenschäden. Inzwischen gehen Generationen von politischen Demoitikern zur Wahlurne und stimmen bei der Frage «Wollen Sie die Initiative für zähes Zürcher Geschnetzeltes annehmen?» mit einem saftigen Ja.

Die «polarisierte Gesellschaft», von der die Medien oft sprechen, ist eine Gesellschaft, in der jeder Demoitiker die Freiheit hat, sich an etwas anderes Schlechtes zu gewöhnen als sein Nachbar. Die Leute, die zähes Geschnetzeltes unter Naturschutz stellen wollen, stehen unversöhnlich jenen gegenüber, die zum Einschlafen «urban sounds» brauchen. Wie kann Demoitis überwunden werden? Es gibt wenig Hoffnung. Der amerikanische Country-Musiker Willie Nelson stützte beim Zupfen der Gitarre fünfzig Jahre lang den kleinen Finger auf dem Schallbrett ab, obwohl ihm fünfzig Jahre lang alle Musiklehrer davon abrieten, weil es das Spielen behindert. Bei seinem Tod hatte seine Gitarre an der Stelle, an der er den Finger aufgestützt hatte, ein kleines Loch.

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Die Wucht und das Filigrane

Von Peter Rüedi

In diesen Tagen, in denen sich jeder Zweite für einen Klimafachmann, für eine Retterin des Erdkreises hält und wir alle nicht recht wissen, wohin mit all unserer Betroffenheit, ist ein Gedanke oder auch zwei an jene angezeigt, die das Phänomen nicht nur via abstrakte Messwerte erleben: die Winzer. Rutscht die gesamte Reblandschaft allmählich nach Norden, das Languedoc und die südliche Rhone nach Bordeaux, das Burgund nach Deutschland, Skandinavien und Südengland? Die Walliser behelfen sich bereits damit, dass sie ihre empfindlichen Pinots in immer höhere Lagen zügel. Sozusagen in Terrains, die ihnen die schmelzenden Gletscher überlassen. Ist natürlich übertrieben, aber nur ein wenig. Jedenfalls ist, zumal in den von mir geliebten Appellationen des südlichen Frankreich, in Spanien und im italienischen Mezzogiorno, in den heissen Sommern unseres Missvergnügens in Reberg und Keller zunehmend önologisches Raffinement gefragt, um Wucht und Alkoholgehalt gegenzusteuern, die den Weingenuss zu Schwerathletik werden lassen.

Die Quadratur des Kreises ist, unter Bedingungen wie im legendären Sommer 2003 Weine zu kreieren, die Struktur und Substanz haben und doch beschwingt sind, tänzerisch, elegant; die Lust auf einen zweiten, dritten, vierten Schluck machen, mich dem Nachhall nachträumen lassen und mir nicht die Kehle abschnüren. Das sind Weine, die das Denken, zumindest die Neugierde anregen, hinter ihr sensorisches Geheimnis zu kommen. Ausnahmeköner trotzdem nach wie vor in ihren südlichen Stammlanden den steigenden Temperaturen, am Ätna, vom Duero respektive Douro, an den Côtes du Rhône mit ihrem Bijou Châteauneuf-du-Pape. Unweit der Gralsburg dieser Appellation, dem mythischen Château Rayas, betreiben Sylvie und ihre Tochter Marilou Vacheron mit Bruno Gaspard auf ähnlich sandigen Böden ihren Clos du Caillou (nicht zu verwechseln mit dem Sauternes-ChâteaUCAillou), bio-zertifizierte neun Hektar in der Appellation Châteauneuf-du-Pape und 45 in der Appellation Côtes du Rhône.

Das Flaggschiff, die Réserve des Ersteren aus dem heissen Jahr 2017, buchte bei Parkers *Wine Advocate* 98 bis 100 Punkte, kostet aber auch stolze 125 Franken. Meine Empfehlung ist die Réserve des Côtes du Rhône, der, blind verkostet, zweifelsohne für einen Châteauneuf gehalten würde, und zwar einen der besseren. Die Grenache-Mourvèdre-Cuvée stammt auch aus dem heissen Sommer 2017 und ist ein monumentaler, tiefer, würziger, etwas pfefferiger Wein mit endlosem Finish, der aber seine 15 Prozent Alkohol nie als Fussfessel mit sich schleppt, sich im Gegenteil zu einem fabelhaft changierenden Aromenspiel und einem mineralischen Feuerwerk aufschwingt. Stupend.

Le Clos du Caillou, Côtes du Rhône, La Réserve 2017. Fr. 32.40. Gerstl, Spreitenbach. www.gerstl.ch



Salz & Pfeffer

Stern des Aargaus

Von Andreas Honegger

Nein, hier ist nicht von Michelin-Sternen die Rede, sondern von dem Aargauer Kantonswappen: Gegenüber den *treize étoiles* des Wallis hat der Aargau nur deren drei im Wappen (Sterne also) – verglichen mit den fünfzig der Vereinigten Staaten sind beide

Schweizer Kantone nicht sehr stellar. Da passt es gut ins Bild, dass der Aargau – verglichen mit anderen Landesteilen, vor allem aber mit dem Nachbarkanton Zürich – Mühe hat, sich kulinarisch zu behaupten. Freunde, die den Aargau spitzzüngig als Gastrowüste bezeichnen, haben uns in den Kulturkanton gelockt, damit wir einen aufstrebenden Stern kennenlernen.

Der begabte, ideenreiche und sympathische Tim Munz kocht im gemütlichen und gepflegten «Wirtshaus zur Heimat» in Ehrendingen nahe bei Baden. Wir haben uns zum Menü «Small Plates» entschlossen, das acht kleine Surprise-Gänge umfasst, mit denen der junge Küchenchef zeigen will und kann, was er draufhat (Fr. 88.–). Ein Pâté de foie aus Kalbsleber mit Cognac, Röstzwiebeln und Apfel-Chutney stiess auf unterschiedliches Echo – gegen zwei Stückchen perfekt zubereitetem Fegato alla veneziana blieb es chancenlos. Die kleine Vorspeise tönnte aber schon ein Motiv an, das sich wie ein

roter Faden durch das Essen zog: Fast immer ist etwas *crunchy* oder bröselartig knusprig. Ein Wasserbüffel-Tatar war gelungen, auch wenn die Kombination mit Krümeln von Belper Knolle und Sommertrüffeln zwar keine Mesalliance, aber doch ein bisschen gewagt war. Geschmacklich gut ausgewogen war eine kleine Bouillabaisse, und auch der Wolfsbarsch mit Blattspinat und Risotto war sehr gut. Rindsfilet-Würfel an Trüffeljus stiessen in unserer Runde ebenfalls auf Begeisterung. Und so ging es dann auf diesem hohen Niveau mit einem Litschi-Sorbet weiter. Der Appetit für eine wirklich kleine Käseauswahl blieb uns erhalten. Munz ist talentiert, ehrgeizig und hat sich immerhin schon vierzehn Gault-Millau-Punkte geholt.

Wirtshaus zur Heimat, Dorfstrasse 22, Ehrendingen. Tel. 0562103828



Auto

Plötzlich diese Übersicht

Der CX-30 könnte der neue Bestseller von Mazda werden: Das kompakte SUV ist formschön und technisch interessant. *Von David Schnapp*

Die japanische Automarke Mazda hat eine lange Geschichte der unkonventionellen Lösungsansätze. Dazu gehören der Wankelmotor im Sportcoupé RX-8 ebenso wie der legendäre Roadster MX-5, der das ganze Genre der offenen Zweisitzer wiederbelebt hat. Selbst den Benzinmotor haben die Mazda-Ingenieure neu erfunden. Eine erste Probefahrt in einem Prototypen konnte ich vor einiger Zeit machen (*Weltwoche* Nr. 9/18), nun ist das Aggregat serienreif und wird im Mazda 3 sowie im eben lancierten CX-30 eingesetzt.

Das kompakte Crossover-SUV CX-30 ist der neue potenzielle Bestseller von Mazda, ein Auto mit eleganten Linien, genügend Platz für vier Personen, aber gleichzeitig mit übersichtlichen Aussenmassen, so dass man auch in einer städtischen Parkgarage nicht unter Bluthochdruck zu leiden beginnt. 17,5 Zentimeter Bodenfreiheit geben dem Fahrer zudem mehr Übersicht, was vermutlich immer noch der wichtigste Grund ist, warum viele Käuferinnen und Käufer sich für ein SUV entscheiden:

Übersicht macht Autofahren grundsätzlich entspannter.

Ich fuhr den CX-30 kürzlich in Katalonien. Angetrieben wird er vom erwähnten, neu erfundenen Aggregat namens Skyactiv-X, das «die Effizienz eines Diesels mit der Drehfreudigkeit eines Benziners verbindet», wie es ein Mazda-Techniker ausdrückt. Dank einem speziellen Kompressionsverfahren kann in diesem Motor mit einem mageren Benzin-Luft-Gemisch gearbeitet werden. Für den Brennvorang in den Zylindern wird also weniger Treibstoff verwendet, zudem erfüllt der Motor die strengsten Abgasnormen (Euro 6d ISC-FCM). Ein «Mild Hybrid»-System optimiert den Verbrauch zusätzlich, der CX-30 ist mit rund fünf Litern auf hundert Kilometer zu fahren.

Japanisches «Jinba Ittai»

Mit 180 PS ist der CX-30 Skyactiv-X dennoch ausreichend motorisiert, das manuelle Sechsgang-Getriebe lässt einen das Auto bei Bedarf auch dynamisch bewegen. Das Fahrwerk wirkt

ausgewogen, neigt sich nicht übermässig in schnellen Kurven und macht auf der Autobahn einen ausgesprochen komfortablen Eindruck. Überhaupt ist es das entspannte Vorankommen, wofür der neue Mazda gemacht ist. «Jinba Ittai» heisst die japanische Losung für die Einheit zwischen Fahrer und Fahrzeug.

Dass man sich in dem Auto sofort wohlfühlt, hat auch mit dem Innenraum zu tun, der für ein Auto in diesem Segment auf hohem Niveau gestaltet und verarbeitet ist. Dazu kommt viel Technik: Head-up-Display, Abstandsradar oder Infrarotkameras im zentralen Display, die erkennen, ob der Fahrer gerade Gefahr läuft, am Steuer einzunicken. Zwar merkt man beim einen oder anderen Schalter, dass man in einem Volumenmodell sitzt, und die Navigation ist noch nicht auf dem Niveau von konkurrierenden, Google-basierten Systemen. Aber die Anmutung und das Raumgefühl im CX-30 sind dennoch ausgezeichnet, und das beliebte Motto «weniger ist mehr» wurde beim Bedienkonzept sinnvoll umgesetzt. Überhaupt machen sie bei Mazda ziemlich viel, das Sinn macht.

Mazda CX-30 Skyactiv-X Revolution AWD

Leistung: 180 PS / 132 kW; Hubraum: 1998 ccm
Max. Drehmoment: 224 Nm (bei 3000 U/min)
Verbrauch (WLTP): 4,9 l / 100 km
Beschleunigung (0–100 km/h): 8,9 sec
Höchstgeschwindigkeit: 204 km/h
Preis: ab Fr. 39 650.–



Tamaras Welt

Adieu, Sexyness!

Nach den Formel-1-Grid-Girls, den Podium-Damen beim Radfahren und den Dart-Girls werden jetzt auch die Cheerleader abgeschafft. Willkommen zur neuen Prüderie. Von Tamara Wernli

Stellen Sie sich vor, Sie hätten ein sportliches Hobby. In Ihre Leidenschaft investieren Sie unzählige Stunden, Energie, Schweiß – Sie gehören damit sogar zu den Besten in Europa, nehmen an Wettkämpfen teil und erfreuen viele Zuschauer mit Ihren Auftritten. Nun aber ortet jemand plötzlich ein Problem. Er entscheidet, dass Ihre Darbietungen «nicht mehr in unsere Zeit» passen, und entzieht Ihnen die Show-Plattform. So gerade geschehen bei Cheerleadern in Berlin. Die Hysterie rund um den Sexismus kennt kein Halten mehr – und trifft dabei die Falschen.

Der Basketballklub Alba Berlin kündigte die Änderung jüngst auf seiner Website an: «Wir verabschieden uns nach 25 Jahren von den Alba Dancers», so Alba-Geschäftsführer Marco Baldi. «Zukünftig werden in den Spielunterbrechungen der Alba-Heimspiele keine Cheerleader mehr auftreten.» Die Tänzerinnen hätten in den letzten 25 Jahren Tolles geleistet. «Wir sind aber zu der Überzeugung gekommen, dass das Auftreten junger Frauen als attraktive Pausenfüller bei Sport-Events nicht mehr in unsere Zeit passt.» Man wolle stärker fördern, dass Frauen im Basketball als Spielerinnen sichtbar werden.

Das Ereignis passt so vortrefflich in die heutige Zeit, dass ich es vor über einem Jahr schon in einer Kolumne vorausgesagt hatte: «Nach den Grid-Girls werden die Ehrendamen beim Radfahren verbannt. Dann die Nummerngirls beim Boxen. Dann die Cheerleader.» Wäre es nicht einfacher, man würde Glamour und Sexyness grundsätzlich aus der Gesellschaft verbannen?

Man möchte in dem Klub also vermeiden, dass die Tänzerinnen als Sexobjekte wahrgenommen werden – oder so ähnlich. Das ist nobel. Vermutlich sind wir nur Momente

davon entfernt, dass der Verantwortliche eine Medaille für «Frauenstärkung» erhält. Nur, Cheerleading ist eben keine Show, wo leichtbekleidete Damen ein bisschen herumtwerfen. Sicher, der eine oder andere Zuschauer wird mehr Freude an dem Tanz als am Basketballspiel selbst haben. Cheerleading ist aber vor allem harter Sport und aufwendige Choreografie. Cheerleader sind Athletinnen, trainieren mehrmals pro Woche.

Warum soll die sportlich geniale Pausenunterhaltung also nicht in unsere Zeit passen? Wer bestimmt, was zeitgemäss ist? Sind knapp bekleidete Damen jetzt per se schlecht? Und wo sollen sie ihre Shows künftig vorführen, in ihrem Keller? Vielleicht fällt es ihnen ja nicht auf, aber indem sexistisch geschulte Frauenversther wie die Baldis dieser Welt Cheerleader als «attraktive Pausenfüller» bezeichnen, entwerten sie die Frauen gleich selbst – und doppelt. Denn damit deutet man ja gerade an, sie seien Sexobjekte, während man ihnen gleichzeitig ihre Kompetenz als Sportlerinnen aberkennt. Wie die Reaktion der Cheerleader zeigt, sehen sie das ähnlich. Die Alba-Cheerleader-Chefin Valesca Stix sagt bei Bild.de: «Ein Klub kann sich natürlich umorientieren, was das Rahmen-Programm angeht. Aber die Begründung in unserem Fall ist natürlich komisch. Dass wir so dargestellt werden, ist nicht schön.»

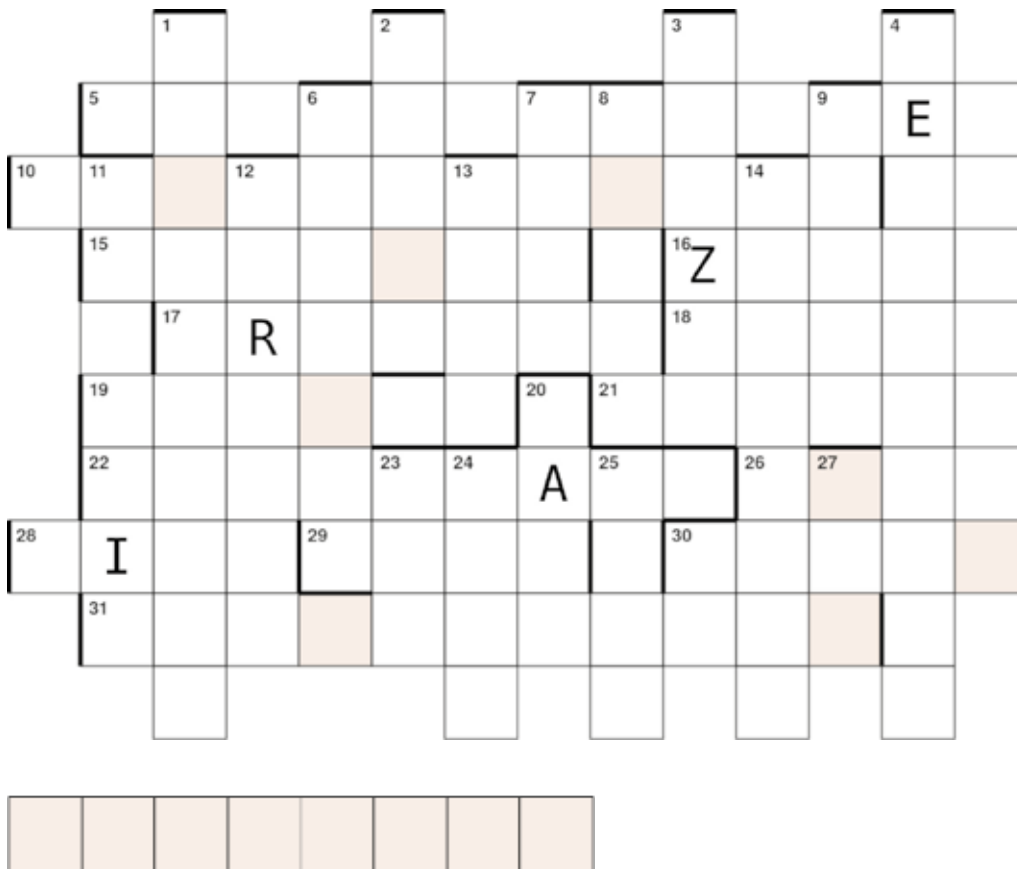
Anfang 2018 schaffte die Formel 1 die Grid-girls ab, sexy gekleidete Hostessen, die im Motorsport für Promotionsjobs eingesetzt werden. Raten Sie mal, wie die betroffenen Frauen damals reagiert haben. «Danke, endlich, ich habe mich im Job schon immer schlecht gefühlt»? Nicht ganz. Unmissverständlich haben sie zum Ausdruck gebracht,

dass sie nicht gerettet werden wollen. Gridgirl Lauren-Jade schrieb bei Twitter: «Die Welt dreht gerade durch! Angeblich verteidigen uns diese Feministen, aber in Wirklichkeit verlieren wir wegen ihnen unsere Jobs! Während den acht Jahren, die ich als Grid-Girl gearbeitet habe, habe ich mich kein einziges Mal schlecht gefühlt! Ich tue es, weil ich es gerne tue und weil ich die Wahl habe.» Niemand sollte ihr vorschreiben dürfen, was sie arbeite. Auch das berühmte Model und Formel-1-Fahngirl Kelly Brook meinte: «Sie wollen uns verteidigen, aber das tun sie nicht.» Der *Sun* sagte sie: «Feministen bevormunden uns, sie versuchen uns das Recht zu nehmen, eigene Entscheide zu treffen.»

Beim Feminismus geht es ja angeblich um die Würde der Frau, konkret: Wir sollten nicht als auf unsere Körper reduzierte Objekte dargestellt werden (der moderne Kampfbegriff dafür heisst «Objektifizierung»), es geht um Gleichberechtigung und Selbstbestimmung. Wenn nun aber Leute über den Kopf von Frauen hinweg bestimmen, welcher Job, Sport oder welches Hobby gut für sie ist (oder für das Publikum) und wie sie ihren Körper einsetzen sollen, stärkt das nicht die Würde der Frau. Wenn wir selbstbestimmt und freiwillig Entscheide treffen, diese Wahl uns aber im Namen von «Female Empowerment» weggenommen wird, ist es genau das Gegenteil: Man nimmt uns das Recht auf Selbstbestimmung. Das ist Bevormundung und schadet uns letztlich mehr, als dass es uns nützt. Solange die Neo-Prüdisten aber anderen ihre eigenen Moralvorstellungen überstülpen können, kümmert sie das scheinbar wenig.

Angesichts der Tatsache, dass also Athletik, gepaart mit Sexyness, 2019 nicht mehr zeitgemäss ist, sollte man konsequenterweise auch Eiskunstläuferinnen und Beachvolleyballerinnen verbannen. Die Stärkung der Frau kann nämlich nur erreicht werden, wenn endlich alle attraktiven Sportlerinnen von der Bildfläche verschwunden sind.

Tamara Wernli, Video-Bloggerin, lebt bei Basel. Aktuelles Video auf www.weltwoche.ch



Lösungswort — Bauer

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 5 Picken flinke Finken tüchtig im dichten Fichtendickicht oder braten prahlerische Piraten pikanten Piratenbraten, dann handelt's sich wohl darum. 10 Vermeintlich zukunftsweisende Ablagerungen oder solche wie «Dieser Espresso schmeckt hervorragend!». 15 Ausgangsloser Tunnel, macht der Konditor zur Weihnachtszeit aus Hefeteig. 16 Mit vertikal gespiegeltem Ersten wird das Fackeln zu Fabeln. 17 Daran lässt sich bei der Heimkehr erkennen, wer Badeferien in Kroatien und wer Kulturferien in Schottland gebucht hatte. 18 Bedeutet töten an dem Ort, wo dies die porte. 19 Steinzeiterrungenschaften, unter die man besser weder wörtlich noch bildlich gerät. 21 Mistiges Wetter. 22 50-100 cm oder figurativ beachtlich mehr. 26 Den Gesponsen bevorstehendes Bevor. 28 Bush-Nachfolger und -Vorgänger, folgt gleichenorts dem Dinner im Diner. 29 Beschreibt in Calais den Humor, für den die ennet des Kanals bekannt sind. 30 Monastère-Bewohner, kanonisch beispielsweise der Jacques. 31 Nach 1NO, 2SW, 2NW und 3SO liegt Ausgangs- relativ zum Endpunkt so.

Senkrecht — 1 Verdankt seinen Auftrieb etwas wie Blabla und wurde vermehrt von Frau Kerner besungen. 2 Überlebt – unbelegt! – den Tod und ist mit Herz verbunden eng verbunden. 3 Das Neue Testament erklärt sie zur ultimativen Siegerin. 4 Spezialität von Dozenten und Stammtischregenten, wird nach doppeltem «re»-Raub zum Urlaub. 6 Beschreibt willkommenen Gast und für Harmoniebedürftige unwillkommene Atmosphäre. 7 Zauberhaft anziehend oder sozial-medial ausschliessend. 8 Sorgt für Leben, ist in gerne zugegen und nicht nur in der Sahelzone ein Segen. 9 Die Philosophie prägender Blutsauger mit Wasserstoffkopf. 11 Abzweigerlos sauber, auch im Inserat zu finden. 12 Bachbewohnerin, die nach teilweisem Sprachwechsel zur Pourher wird. 13 Er macht mit Konfi Pralinen, sie können von Süden im Westen als Alternativen zu Schienen dienen. 14 Er verdient mit illusionär verblüffender Unterhaltung seinen Unterhalt. 20 Präfix: Ist am Zentrum schwer und am Ton tief. 23 Liegt östlich von Eden und signalisiert im Norden Zustimmung. 24 Die Komplementärfarbe zu Lulole. 25 Nah bi üs und überdies überdies. 27 Von dort geht das Pendel periodisch nach hin hin. 30 Praxisorientierte Uni-Alternative.

I=J=Y © Andri Martinelli – RätselFactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 636



Waagrecht — 5 SAAL[HAELFTEN] 11 KUPPELVERSUCH 14 OEFFENBAR wird nach Punkteverlust zu offenbar. 15 ETWA 16 REN 17 GUT 19 IAUSE: österreichisch fürs Zvieri 21 REALISMUS 24 UNS: Dativ von wir 25 TEMPTATIONS: engl. Versuche (Jesus' Wüstenfasten) 28 MODUS 30 BOERSEN 32 ESOTERIKERIN: Anagramm von «Ironiesekret»

Senkrecht — 1 LAUFRAEDER 2 ALPEN: Anagramm von «Nepal» 3 KL[ERUS]: lat. erus = Herr 4 FEU(er) 5 SKELETON: Rennschlitten und engl. Skelett 6 APPELMUS 7 HENGST 8 ALBUM 9 EVA 10 FREI(burg) 12 STAU(nen) 13 CASSINI: Saturn-Orbiter bei der Cassini-Huygens-Mission 18 TUTOR: «Tuten» ist kursiv geschrieben. 20 UNSER 22 (Eo) IPSO (facto) 23 KORK 26 ABE: zentral im Nabel 27 IEIN 29 ETC 31 SEX

Lösungswort — **FENSTERLADEN**

EMS

WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien

**4x4
GRATIS**



Tarraco Style 2.0 TDI, 150 PS, 7-Gang-DSG, 4Drive, 5-Türer, Barkaufpreis Fr. 43'200.-, abzüglich Fr. 1'000.- Advantage-Prämie, abzüglich 4x4 for free-Prämie Fr. 2'050.- = Nettopreis Fr. 40'150.- oder Fr. 349.-/Monat. Empfohlener Verkaufspreis inkl. MwSt. (unverbindliche Preisempfehlung des Importeurs AMAG Import AG). Normverbrauch gesamt 5,6 l/100 km, 146 g CO₂/km (137 g Ø Neuwagen), 24 g CO₂/km Energie Bereitst. Energieeffizienzklasse: D. Angebot gültig bis 31.10.2019. Leasing: effektiver Jahreszins 1.92%, Laufzeit 48 Monate (10'000 km/Jahr), Sonderzahlung 20%, exkl. obligatorischer Vollkaskoversicherung. Die Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Laufzeit: 1.9.-31.10.2019 für alle Neuwagen der Marke SEAT bei Finanzierung über AMAG Leasing AG. Nur bei teilnehmenden Partnern.

Der neue **Tarraco**

jetzt mit

- **4x4 gratis**
- **1.9% Leasing**

Mehr unter: seat.ch/4Drive


SEAT